



Biwelsährlicher Abonnementpreis. in Breslau 6 Mark. Wochen-Abonnement. 60 Pf.
Außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgehr für den Raum einer
kleinen Zeile 30 Pf., für Anzeige aus Schlesien u. Bösen 20 Pf.

Eraktion: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 94. Morgen-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dreitag, den 7. Februar 1890.

Die Gewerbeschiedsgerichte.

Im Handelsministerium ist ein Entwurf über die Einführung von gewerblichen Schiedsgerichten ausgearbeitet worden. Die Sache hat schon vor vielen Jahren den Reichstag beschäftigt und ist dann an einem Punkte von untergeordneter Bedeutung hängen geblieben. Die Regierung wünschte sich das Recht vorbehalten zu sehen, den Vorsitzenden des Gerichts zu bestätigen, und der Reichstag ist nicht darauf eingegangen. Im folgenden Jahre wurde der Versuch nicht wiederholt, eine Verständigung herbeizuführen.

Seit einigen Jahren hat die freisinnige Partei die Angelegenheit wieder angeregt, und Herr von Bötticher hat sich damit begnügt, kühlen Tons zu versichern, die Sache scheine ihm nicht dringlich. Allerdings so dringlich ist sie nicht, wie die ausreichende Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Schweinefleisch; aber eine Veranlassung, sie zu verzögern, liegt auch nicht vor. Etwa fünfzehn größere Städte haben auf dem Wege ortsstatutarischer Regelung gewerbliche Schiedsgerichte eingeführt und sie sind hier mit Befriedigung aufgenommen worden. Man darf anderen Landestheilen nicht die Wohlthaten entziehen, die für einige Städte durchgeführt sind. Der Versuch, für Berlin dieselbe Einrichtung auf dem Wege statutarischer Regelung herbeizuführen, ist gescheitert, weil zuerst der Oberpräsident seine Entscheidung Jahr und Tag verzögerte und dann seine Genehmigung an Bedingungen knüpfte, die unerschwinglich sind. Die Reichshauptstadt entbehrt trotz des guten Willens der Kommunalbehörden einer Einrichtung, die ihr so notwendig ist, wie irgend einer anderen Gemeinde. Die freisinnige Partei hat auch diese Frage in Fluss gebracht, gerade eben so wie die Gehaltsverhöhung für die Unterbeamten. Man er sieht daraus, daß dieselbe trotz aller Schwierigkeiten, welche ihren Wirken bereitet werden, unablässig bemüht ist, praktisch nützliche Anregungen zu geben.

Die Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte durch die Gesetzgebung hat vor derjenigen, welche durch ortsstatutarische Regelung erfolgt, manche Vorzüge voraus. Das staatlich eingesetzte Gewerbericht ist in dem Gerichtsverfassungsgesetz als ein Organ der ordentlichen Rechtspflege anerkannt, hat alle diejenigen Machtvolkommenheiten, die einem anderen Gerichte zustehen; es kann auch gegen widerstreitende Elemente mit starker Hand vorgehen.

Die Ernennung des Vorsitzenden ist den Kommunalbehörden überlassen; eine staatliche Bestätigung wird nicht gefordert. In den Einzelheiten enthält das Gesetz mancherlei Rückschritte gegen dasjenige, was schon in verschiedenen Communen zu Recht besteht. Das aktive und das passive Wahlrecht wird mehr eingeschränkt; das Frauenwahlrecht namentlich ist ganz bestätigt, das Alter, mit welchem das Wahlrecht eintritt, erhöht. Wir messen diesen Punkten kein übermäßiges Gewicht bei, aber wir müssen doch betonen, daß aus der praktischen Erfahrung keine Gründe werden hergeleitet werden können, die bestehenden Einrichtungen nach rückwärts zu revidieren, denn diese Einrichtungen haben sich überall in vollstem Maße bewährt. Dies gilt insbesondere von dem activen Wahlrecht der Frauen, das man dort kaum entbehren kann, wo Tausende von Arbeiterinnen mit dem Nähn von Wäsche und Mänteln beschäftigt werden.

In einer Beziehung erscheinen die Vorschläge des Entwurfs völlig unannehmbar, nämlich hinsichtlich der Kosten. Es sollen in allen Fällen dem unterliegenden Theile die Kosten auferlegt werden, abgestuft nach dem Werthe des Streitobjekts, aufsteigend bis zu einem Betrage von 30 Mark, im Mindestbetrage aber von einer Mark. Wenn die Höhe der ordentlichen Gerichtskosten zwar nicht das ausschließliche, aber doch ein mitwirkendes Motiv für das Verlangen nach Schiedsgerichten bildeten, so wird durch einen solchen Vorschlag kaum Abhilfe geschaffen. Sowohl viele der bestehenden Ortsstatuten als auch die Berliner Vorschläge schreiben die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege vor und wir halten diese Einrichtung für eine vollkommen zweckmäßige, höchstens mit der Maßgabe, daß eine mäßige Succumbenzstrafe angeordnet werden darf, wenn ein Theil in frivoler Weise Klage erhoben oder einen Anspruch gestritten hat. Im Großen und Ganzen kann man sagen, daß die Mehrzahl der vor den ordentlichen Gerichten geführten Prozesse hätte verhütet werden können, wenn beide Theile die gehörige Vorsicht gelüft hätten, und daß diejenigen, welche diese Vorsicht außer Auge gesetzt haben, die Folgen ihrer Unvorsichtigkeit in Form von Gerichtskosten zu tragen haben. Bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse liegen die Dinge aber anders; Arbeitsverträge muß derjenige abschließen, der auf seiner Hände Arbeit angewiesen ist. Das Arbeitgeber und Arbeiter bei Abschluß dieses Vertrages nicht mit einigen Umständlichkeit zu Werke gehen können, wie etwa ein Bauherr, der mit einem Baumeister einen Vertrag abschließt, liegt in der Natur der Sache. Streitigkeiten, die sich in unvermeidlicher Weise aus einem solchen Vertrage ergeben, sollten geschlichtet werden, ohne daß den Beteiligten noch erhebliche Opfer erwachsen. Die Communen werden gern bereit sein, die Kosten, welche ihnen aus der Handhabung der Rechtspflege erwachsen, aus eigenen Mitteln zu tragen, und es sollte ihnen die Wohlthat, sich für ihr Wirken bezahlt zu machen, nicht aufgedrängt werden.

Sehr beläugenswerth erscheint uns die Vorschrift, daß die Zuständigkeit der Innungsschiedsgerichte aufrechterhalten werden soll. Hierin liegt eine völlig unberechtigte Begünstigung der Innungen, die man um so weniger billigen kann, als die bestehenden Innungsschiedsgerichte sich nirgends durch hervorragende Leistungen ausgezeichnet haben. Sind beide streitführenden Theile damit einverstanden, die Sache zur Entscheidung vor ein Innungsschiedsgericht zu bringen, so stehen ihrer Vertragsfreiheit ja keine Hindernisse im Wege; wird aber ein Theil widerwillig gezwungen, vor einem solchen Gerichte Recht zu nehmen, so wird er demselben mit Misstrauen gegenüberstehen. Und die ganze Bedeutung der Schiedsgerichte liegt doch darin, daß beide Theile zu dem Gerichte Vertrauen haben.

Sehr erstaunlich ist es, daß den Gewerbegeichten zugleich die Ermächtigung ertheilt wird, als Einigungsämter thätig zu sein. In dieser Eigenschaft können sie nur vermitteln, nicht entscheiden; sie können nur Vergleichsvorschläge machen, keine Urteile fällen. Es ist vorauszusehen, daß viele Fälle eintreten werden, in denen ihre Vermittelung nicht nachgesucht, ja vielleicht schroff zurückgewiesen wird. Aber es ist ein Mangel, daß in solchen Fällen, wo beide Theile zu einer Einigung bereit sind, sich keine Behörde findet, die von dieser

Geneigtheit Gebrauch zu machen in der Lage ist. Feder einzelne Fall, in welchem es gelingt, eine bevorstehende Arbeitseinstellung zu umgehen, ist ein Segen für die menschliche Gesellschaft. Es ist zu wünschen, daß man auf Grund des jetzigen Entwurfs unter Ausmerzung seiner Schwächen zu einer Verständigung gelangt.

Deutschland.

Berlin, 6. Februar. [Über die kaiserlichen Erlasse] liegen bereits einige Zeitungsstimmen vor. Die „Voß. Ztg.“ schreibt: „Die Berufung des Herrn von Berlepsch an die Stelle des Fürsten Bismarck ist mehr als ein Personenwechsel, es ist ein vollkommener Systemwechsel, den wir nur freudig begrüßen können, ohne uns von dem Umstände beirren zu lassen, daß diese bedeutsame Kundgebung kurz vor dem 20. Februar erfolgt und in der Wahl dieses Augenblickes für die Veröffentlichung eine gewisse Aktualität gesehen werden kann. An vielen Stellen zeigen die Erlasse eine unverkennbare Nehnlichkeit mit der Ansprache, welche der Kaiser am 16. Mai an die Grubenbestler gerichtet hat. Sie stehen aber zugleich in unverkennbarem Gegensatz zu den Anschauungen, welche Fürst Bismarck bekannt hat, dessen Auffassung nur in der stark belonten Rücksicht, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten, Rechnung getragen wird. Diese Rücksicht hat der Kanzler sowohl in der Frage des nationalen Arbeiterschutzes als der internationalen Fabrikgesetzgebung stets in den Vordergrund gerückt, und der Satz in dem ersten Erlass, daß der Verlust des Absatzes im Auslande nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brodlos machen würde, spricht einen vom Fürsten Bismarck wiederholt behandelten Gedanken aus.“ Das Blatt weist dann darauf hin, daß Fürst Bismarck den Gedanken, eine internationale Regelung der Fabrikgesetzgebung herbeizuführen, früher bekämpft hat. „Noch am 15. Januar 1885 sprach er im Reichstage gegenüber dem Antrage des Freiherrn von Hertling auf Vorlegung eines Arbeiterschutzgesetzes, bei dessen Erörterung auch von internationalen Vereinbarungen, beispielsweise über einen Normalarbeitszeit, die Rede war: „Die ganze Sache wäre nur dann ausführbar, wenn wir durch ein Abkommen mit der ganzen Welt so wie der Generalpostmeister einen Weltpostverein gestiftet hätten, einen Weltarbeitsverein herstellen könnten, zugleich mit einem Weltlohnabsatzverein, der Amerika, England und alle Länder, die Industrien haben, kurz alle Welt umfaßte, und daß auch keiner sich unterstünde, seinen Beamten und seinen Aufsichtsbeamten — oder diese ihren Arbeitern zu gestatten, im Interesse der Konkurrenz von diesem Sazie im Mündesten abzuweichen. Daß das nicht möglich ist in der Welt, in der wir leben, das werden Sie selbst mir zugeben.“

Auch die „Volks-Zitung“ findet, „daß mit der bisher von dem Reichskanzler beobachteten schroffen Ablehnung jeder Fortbildung des gesetzlichen Arbeiterschutzes gebrochen werden soll. Zum ersten Male seit zwanzig und mehr Jahren wird in einer wichtigen Frage gegen die Politik des Reichskanzlers entschieden und zwar durch feierliche Kundgebungen des Souveräns.“ Ganz besonders scharf trete dieser Widerpruch in dem ersten Erlass hervor. „Der in demselben dem Reichskanzler ertheilte Auftrag deckt sich inhaltlich vollständig mit dem dankenswerthen Vorgehen des schweizerischen Bundesrats, der sich längst um das Zustandekommen einer internationalen Konferenz zur Vorberatung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung bemüht hat, aber mit diesen Bemühungen an der ablehnenden Haltung namentlich auch der deutschen Regierung gescheitert ist. Es ist dankenswerth und zeugt für den freien Blick des Deutschen Kaisers, daß er ohne jede Empfindlichkeit das bisher von seinen politischen Verathen unterstützte Vorbild einer republikanischen Regierung nachahmt, aber für den verantwortlichen Träger der deutschen Reichspolitik enthält der betreffende Erlass mittelbar immerhin einen gewissen Tadel. Uebrigens hatte der schweizerische Bundesrat sich von seinem Mißerfolge nicht abschrecken lassen und eine erneute Einladung zu einer am 5. Mai dieses Jahres im Ständedienst zu Bern abzuholenden Konferenz über die internationale Fabrikgesetzgebung an die europäischen Mächte erlassen. Man kann dem kleinen, von den deutschen Offiziösen eben erst in so nichtswürdiger Weise geschmähten Culturstaat schon die Genugthuung gönnen, daß der größte Militärstaat ihm nunmehr auf halbem Wege entgegenkommt und ein Beginnen unterstützt, dessen Initiative ergriffen zu haben, immer ein Ruhm der schweizerischen Republik bleibt.“ Den zweiten Erlass findet die „Volks-Zitung“ so allgemein gehalten, daß ein eingehenderes Urteil, als eine allgemeine Anerkennung der wohlwollenden Absicht, nicht angezeigt erscheint. Ob der Staatsrat, in welchem die Interessen der Bureaucratie und des Unternehmerthums überreich, die Interessen der arbeitenden Klassen aber ganz und gar nicht vertreten sind, ein geeignetes Organ für die Vorberatung der königlichen Absichten ist, läßt das Blatt einweilen unerklärt, schon um deshalb, weil sich der König, wohl in Berücksichtigung des eben erwähnten Unstandes, die Ergänzung derselben durch sachkundige Männer ausdrücklich vorbehält.

Die „Nat.-Ztg.“ erörtert, wie schon telegraphisch gemeldet, zunächst den Umstand, daß die Erlass der Gegenezeichnung entbeben. „Nach Art. 17 der Reichsverfassung bedürfen „die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers der Gegenezeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.“ Nach Art. 44 der preußischen Verfassung bedürfen „alle Regierungsakte des Königs der Gegenezeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.“ Angeleicht dieser, zu den wichtigsten gehörenden Verfassungsbestimmungen ist die Frage nicht zu umgehen, warum Fürst Bismarck den ersten, die Herren v. Maybach und v. Berlepsch den zweiten Erlass nicht gegengezeichnet haben.“ Im Uebrigen findet die „Nat.-Ztg.“, daß der sachliche Inhalt ernste Genugthuung hervorruft werden. Das Blatt schließt seine Betrachtungen mit folgenden Worten: „Die Einzelheiten des umfassenden, nationalen und internationalen socialpolitischen Programms, welches in den beiden kaiserlichen Erlassen angedeutet ist, werden sich erst allmälig in bestimmten Umrisen herausbilden. Aber auch in dem allgemeinen Rahmen, in welchem es zunächst nur vorliegt, ist es eine Befundung socialreformatorischen Sinnes, die in der ganzen Welt, zunächst vor Allem in Deutschland, einen tiefen Eindruck hervorbringen wird. Die deutschen Arbeiter namentlich sollten erkennen, daß sie durch Unterstützung dieses Programms an einer erreichbaren Besserung ihres Loses

viel wirksamer mitarbeiten können, als durch die socialdemokratische Agitation.“

Prinz und Prinzessin Heinrich haben auf ihrer Orientreise am 21. Januar Jerusalem besucht. Der „Köln. Volks-Ztg.“ wird darüber vom 22. Januar geschrieben: Trotz des strömenden Regens haben die hiesigen Deutschen es sich nicht nehmen lassen, den hohen Herrschaften entgegenzureiten, bis man dieselben bei Abzug antraf, von wo nach freundlicher Erwiderung auf die Hochrufe der Wagen zunächst bis Cöln weiterreiste. Dort dankte der Prinz für den ihm bereiteten Empfang und unterhielt sich in leutseliger Weise mit seinen Landsleuten, setzte sich dann zu Pferde an die Spitze des Zuges, in dem die ersten deutschen und türkischen Beamten sich befanden. Obgleich der Tag schon zur Neige ging, als die hohen Reisenden in Jerusalem eintrafen, machten sie doch noch einen Besuch in der heil. Grabeskirche und suchten die h. Stätten auf. Bei dieser Gelegenheit ließ Prinz Heinrich sich auch das Schwert Gottfrieds von Bouillon zeigen, das sein großes Interesse erregte. Der hohe Besuch wird nur drei Tage in der h. Stadt verweilen.

[Die verstorbene Kaiserin Augusta] hat der Stadt Koblenz testamentarisch die Summe von 115000 M. vermacht. Hieron sollen, laut der „Koblenzer Volks-Ztg.“ 85000 M. bzw. die Hinsen davon zu Zwecken der Rheinanlagen verwendet werden, 15000 M. zur freien Verfügung der Stadt stehen und 15000 M. für mildthätige Anstalten zu verwenden sein.

[Die Wahlbewegung.] Im ersten Berliner Wahlkreise stellte sich am Mittwoch Abend der freisinnige Kandidat, Albert Träger, seinen Wählern vor. Die Zuhörer zählten nach Tausenden, auch die Socialdemokraten waren zahlreich vertreten. Der Redner entwickelte unter großem Beifall das Programm der freisinnigen Partei. Nachdem der Beifallsturm sich gelegt, erklärte der Vorsitzende Dr. Hermes, daß es jedem Wähler des ersten Wahlkreises frei stehe, etwaige Fragen an den Kandidaten zu richten. Einer der anwesenden Socialdemokraten verlangte in ungern Weise das Wort zur Geschäftsordnung und als der Vorsitzende ihm dies verweigerte, entonten von allen Seiten mißbilligende Zurufe aus den Kreisen der Socialdemokraten. Vergebens nahm der Vorsitzende zur Ruhe, ein wirres Durcheinander von Stimmen übertönte ihn und schließlich erklärte er die Verhandlung für geschlossen. Gleichzeitig bedeckte sich der überwachende Polizeiintendent mit dem Helm und erklärte die Verhandlung für aufgelöst. Während die Socialdemokraten unter Hochrufen auf die Socialdemokratie und Singer und unter Abjuring der Arbeiterschaftsläuse langsam den Saal räumten, erwiderten die Freisinnigen mit Hochrufen auf Albert Träger. Zu Ausschreitungen kam es nicht.

Ueber eine neue bemerkenswerthe Kundgebung des Prinzen Carolath im conservativen Verein zu Guben wird dem „Berliner Tageblatt“ von dort gemeldet: Wie in ganzen Reiche, so hat namentlich auch in unserem Wahlkreise die jüngste Reichstagsrede des Prinzen zu Schön-aich-Carolath die freudige Aufregung hervorgerufen. Allerdings hatten wir von unserer Abgeordneten, der im Volksmunde als der rothe Prinz bezeichnet wird, nichts Anderes erwartet; begierig waren wir nur auf die Haltung des conservativen Vereins, dessen Ehrenpräsident der Prinz ist, und aus dem im Jahre 1887 diesen Mittwoch ausgeschieden waren, welche wahrscheinlich die Urheber der Angriffe gegen den Abgeordneten für Guben-Lübben in der Kreuzzeitung und im „Vol.“ sind. Unter Anderem legte man dem Prinzen Carolath zur Last, es sei sein eigenstes Versehen, die Baar-Subventionen für die conservativen Blätter des Kreises, deren Unterstützung eine statutenmäßige Pflicht des conservativen Vereins ist, durch dumme Machenschaften eingedrungen zu haben. Hieran ist nur so viel wahr: Der „Gubener Anzeiger“, ein dreimal wöchentlich erscheinendes Winkelblatt, welches bei den letzten Reichstagswahlen die Liberalen in einer unglaublichen Weise begeisterte und sie mit Vorliebe als „Reichsgiftmischer“ bezeichnete, bezog im Jahre 2500 Mark Zusatz aus Privatmitteln. Glaubte man nur der Dienste des Blättchens nicht mehr zu bedürfen, oder waren es andere Gründe, die Quartalszuflüsse stockten, und an Stelle des bedeutungslosen „Gubener Anzeiger“ trat die schnell zu Einfluß gelangende liberale „Niederlausitzer Volkszeitung“. — Sezt mir hat der conservativen Verein seinen Ehrenpräsidenten empfangen, man hat ihn wegen seines ritterlichen Eintretens für zwei geschmähte königliche Frauen gefeiert, man hat sich mit der prinzlichen Rede durchaus einverstanden erklärt und ihn wiederum auf den Wahlschild erhoben. Prinz Carolath sprach darauf folgendes:

„Es will Frühling werden, und zum Frühling gehört der Friede; darum lassen Sie uns unsere Blicke richten auf den inneren Frieden, denn von einem Kriege von außer her haben wir, wie wir neulich von Alerhöchster Stelle gehört haben, nichts zu fürchten. Ich habe schon häufig an anderer Stelle gesagt, ich sage es hier noch einmal: Es ist die Pflicht eines jeden Staatsbürgers, das Seine an seinem Theile zu thun, um den Frieden im Innern zu erhalten, und darnach zu streben, die Aussöhnung aller Parteien unter einander zu fördern. Das ist unsere Pflicht als Christ und im Verein. Wenn wir hinblicken auf unsern Brüder, so denken wir nicht nur an die Worte „Liebe deinen Nächsten“, sondern auch an die Mahnung „Liebe eure Feinde“, und er selbst hat uns am Kreuz dafür das beste Beispiel gegeben, als er für seine Feinde bat. So sollen auch wir auf die sehen, welche anderer Meinung sind als wir, sie nicht als unsre Feinde betrachten, sondern als Männer, welche nach ihrer Überzeugung andere Urtheile gewonnen haben. Im Verein sollen wir danach wirken, um da sehe ich heute so viele Frauen unter uns; sie, die deutschen Frauen, auch sie können viel dazu beitragen, den Frieden zu erhalten. Ich lege keinen Wert auf die Unterordnung anderer Meinungen unter die meine, jeder Mann hande und urtheile frei nach bester Überzeugung, und so handeln Sie auch bei der Wahl; beurtheilen Sie mich frei, ohne Schwung, es würde mich mehr freuen, von wenigen Männern frei gewählt zu sein, als von einer größeren Zahl, welche ihre Stimmen gezwungen geben. Lassen Sie es uns als unsere Aufgabe betrachten, den inneren Frieden zu festigen; ihm bringe ich ein Hoch, möge es erlingen über den Verein hinaus in alle deutschen Gaue, wo Deutsche wohnen mit deutschen Herzen.“

[Die gemischte Deputation für die innere Ausschmückung des Rathauses] hielt am Montag unter Vorsitz des Bürgermeisters Geb. Reg.-Raths-Dunker eine Sitzung ab, in welcher der Stadtbaurath Blankenstein seine Vorschläge für die Ausgestaltung des Bürgerzaales mache. Der Bürgerzaal sei, so führte Herr Blankenstein aus, in Folge seiner häufigen Benutzung zu abendländlichen Versammlungen dermaßen von Gasraus und Heizungsstaub geschwärzt, daß er einen durchaus unwürdigen Eindruck macht. Eine gründliche Wiederherstellung des Saales könne füglich nicht länger hinausgezögert werden. Hierzu komme noch, daß die Ausschmückung desselben überhaupt, angeblich weil es bei Beendigung des Baues an Geld fehle, niemals vollendet werden sei. Daß aber der Saal auf ein viel reicheres Ausgestaltung, namentlich auch durch figürliche Malereien berechnet war, habe der Erbauer des Rathauses, Baurath Wäsemann, vielfach ausgedrückt und ergab sich auch als durchaus notwendig aus dem, was wirklich zur Ausführung gekommen ist. Nachdem die Wandflächen des großen Treppenhauses und des Bandgangs vor dem Magistratsitzungssaal zur Darstellung der großen weltgeschichtlichen Ereignisse bestimmt seien, sollte im Bürgerzaal seinem Namen entsprechend, das bürgerliche und Volksleben Berlins zum

Ausdruck kommen, wozu bereits während der Bauzeit von dem Maler Professor August v. Heyden einige Skizzen entworfen worden seien. Der Gedanke gehe dahin, die Gegenstände entsprechend den vier Wänden aus vier verschiedenen Jahrhunderten zu entnehmen und dieselben in einfacher, mehr gobelinartiger Behandlung in Farben auszuführen. Die Darstellungen an der Fensterwand sollen etwa mit der alten Wendefahre am Mühlendamm beginnen, mittelalterliche und neuere Volksfeste, Handel und Verkehr u. s. w. folgen und auf der Rückwand, an welcher die Nebenbühne aufgestellt ist, Bilder der neuesten Zeit, unter Andern der Berliner Weihnachtsmarkt, der Stralauer Fischzug, der Marktverkehr und eine öffentliche Prüfung in einer Volksschule den Abschluß machen. Auf einer Skizze von einem Theile der dritten Wand seien beispielsweise folgende Bilder enthalten: „Leben auf der Straße (Quacker) im 17. Jahrhundert“; „Prüfung eines Meisterstücks vor offener Gewerkschule“, „Überführung der Gewerkschule zu dem neuen Obermeister und Begrüßung derselben mit Ehrentum“. Baurath Blanckenstein habe dazu hingezogen, daß da der Bau eine so mangelhafte Tagesbeleuchtung habe, die Ausführung der großen Bilder an Ort und Stelle kaum möglich sein und nur übrig bleiben würde, die Bilder auf Leinwand zu malen und aufzuhängen. Ferner erscheine nothwendig, damit der Saal und seine Materien nicht von Neuem schnell eingewärmt würden, die Gasbeleuchtung durch elektrisches Licht in Anschluß an die demnächst auszuführende Straßenbeleuchtung zu erleben, wofür die Kosten mit 5500 M. vorgesehen seien. Außerdem seien die Wasserbeziehungen oben mit Schirmen zu verdecken, welche den Staub auffangen, oder wenigstens verhindern, daß derselbe gegen die Wandmalereien getrieben werde. Von selbst versteht es sich, daß auch die Dezen eine feinere Materie erhalten müssen. Die Gesamtkosten seien auf 48 000 M. veranschlagt. Die Deputation stimme sämtlichen Vorschlägen des Bauraths Blanckenstein zu und beschloß, der Stadtverordneten-Versammlung in diesem Sinne Bericht zu erstatten.

Nach der Übersicht über die Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1889 sind in Civilsachen an Revisionen im Berichtsjahr anhängig geworden 2034. Von den ergangenen Urtheilen lauteten auf Aufhebung des angefochtenen Urtheils 482, darunter 358 unter Zurückweisung der Sache in die frühere Instanz und 124 unter Entscheidung in der Sache selbst, auf Zurückweisung oder Verwerfung der Revision 1299. In einem Falle hat eine Entscheidung der vereinigten Senate stattgefunden. An Patentsachen waren anhängig 40, davon sind erledigt 23. Durch Urteil sind von den Patentsachen 21 erledigt, darunter 15, in denen die angefochtene Entscheidung bestätigt ist. An Revisionen gegen Entscheidungen des preußischen Ober-Landesgerichts sind 11 anhängig gewesen, davon wurden 6 durch Urteil erledigt, 5 blieben unerledigt. Die ergangenen Urtheile lauteten sämtlich auf Zurückweisung der Revision. — In Strafsachen waren anhängig an Revisionen gegen Urtheile der Strafammern in erster Instanz 3237, in der Berufungsinstanz 16. Davon sind erledigt durch Bericht oder sonst ohne Gerichtsbeschluss 43, durch Beschluss, in welchem die Revision für ungültig erachtet ist 362, durch Beschluss, welcher die Unzuständigkeit des Reichsgerichts ausspricht 6, durch Urteil 2007, zusammen 3418. In 17 Fällen ist der § 397 der Strafprozeßordnung angewendet worden. In einem Falle hat eine Entscheidung der vereinigten Strafsenate stattgefunden. An Strafsachen, für welche das Reichsgericht in erster und letzter Instanz zuständig ist, waren 3 anhängig. Davon ist einer durch Beschluss auf Aufsicherungserhebung der Angeklagten wegen der in § 136 Nr. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Verbrechen erledigt. — An Beschwerden in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Strafsachen und Concursverfahren waren 792 anhängig geworden. Erledigt wurden davon ohne Entscheidung 21, durch Entscheidung 749 und zwar wurden 154 für begründet, 595 für unbegründet erklärt. Unter den Beschwerden befanden sich 9 in Concurssachen, die sämtlich für unbegründet erklärt wurden. — Was die Geschäfte in Sachen betrifft, welche in erster Instanz zur Zuständigkeit der Consulargerichte gehören, so wurden an Berufungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten 6 anhängig. Von den ergangenen Urtheilen lauteten auf Aufhebung des angefochtenen Urtheils bezw. Verwerfung der Berufung 3. An Berufungen in Strafsachen waren anhängig 3. Davon sind 2 durch Urteil erledigt, und zwar lautete 1 auf Aufhebung des angefochtenen Urtheils unter Entscheidung in der Sache selbst und 1 auf Verwerfung der Berufung. — An Geschäften der Reichsanwaltschaft waren zu bearbeiten 10 Hoch- und Landesvertragsachen, 3428 Strafsachen, und zwar 3427 Revisionen und 1 Berufung in Consulargerichtssachen, 26 ehrengerichtliche Strafsachen gegen Rechtsanwälte in der Berufungsinstanz, 9 Disciplinary-sachen, 1 Beschwerde über einen Beschluss des Untersuchungsrichters in Hochvertrags- und Landesvertrags-Sachen, 78 Anträge auf Entscheidung des Revisionsgerichts, 64 Gefüge um Wiedereinführung in den vorigen Stand, 19 Anträge auf Bestimmung des zuständigen Gerichts, 4 Anträge gemäß § 144 des Gerichtsverfassungsgesetzes, 3 Beschwerden über verweigerte Rechtshilfe in Strafsachen, 14 Erinnerungen gegen den Kostenantrag bezw. Beschwerden, welche den Kostenansatz betrafen, sowie 5710 Vertragstücke überhaupt. — An Berufungen in ehrengerichtlichen Sachen gegen Rechtsanwälte waren 43 zu erledigen. Davon sind erledigt 6 ohne Urteil, 32 durch Urteil. In 22 Fällen wurde das angefochene Urteil bestätigt, in 10 abgeändert oder aufgehoben. — An Revisionen, Richtigkeitsbeschwerden, Cassationsrecursen und Oberappellationen in Civilsachen nach den älteren Prozeßgesetzen waren 17 zu erledigen. Erledigt wurden 14, und zwar ohne Urteil 1, durch Urteil 13. In 9 Urtheilen wurde die angefochene Ent-

scheidung bestätigt oder das Rechtsmittel verworfen, in 1 abgeändert, in 2 aufgehoben oder vernichtet unter Zurückweisung zur anderweitigen Entscheidung.

[Der Ausschuss der Studirenden der Thierärztlichen Hochschule ist aufgelöst, weil er, wie ein Anschlag des Rectors Prof. Schütz besagt, „nicht mehr die Gesamtheit der Studirenden vertreibt.“ Seit dem letzten Sommerhalbjahr bestand an der Hochschule eine stark gereizte Spannung zwischen den Farbstudenten und der sogenannten Intensität, welche in dem neu begründeten „Wissenschaftlichen Abend“ einen Vereinigungspunkt gefunden und bewirkt hatte, daß der Ausschuss schließlich nun noch aus Mitgliedern der Corporationen sich zusammensetzte.

[Der Bau-Ausschuss für das 10. Deutsche Bundeschießen wird die von ihm aufgestellten Pläne nunmehr den Behörden zur Genehmigung einreichen. Der mächtige Festplatz an der Schönhauser Allee wird nach diesen Plänen in zwei Theile zerfallen. Zunächst der Stadt liegt der ausgedehnte Budenplatz, auf dem Schaustellen und Vergnügungen aller Art dargeboten werden sollen. Die Anmeldungen sind zahlreich eingelaufen, doch nahezu sämtliche Plätze belegt sind. In den am Montag abgehaltenen Sitzung des Centralausschusses wurde beschlossen, eine besondere Fachcommission für diese Schaustellen einzurichten. Die zweite, größere Hälfte des Platzes nimmt der eigentliche Festplatz ein. Die Eingänge zu beiden Plätzen werden durch mächtige Portalbauten markirt. Innthaltes des eigentlichen Festplatzes wird sich der Gabentempel erheben. Dem Eingange gegenüber liegt die 220 Meter lange, Schiekhalle, welche 120 Schießstände, die Bureau zur Lösing der Schießkarten und zwei Bierbuffets enthält. Vor der Halle liegt ein kleinerer Pavillon für Post und Telegraphie. Die große, 140 Meter lange, 35 Meter tiefe Festhalle nimmt die nach Bankett zu belegende Seite des Festplatzes ein. Zu Seiten der Festhalle werden sich die Pavillons für die Conditorei und die Münchener Kindl-Brauerei befinden. Gegenüber der Festhalle, da wo Fest- und Budenplatz aneinander grenzen, sollen die drei großen Brauerei-Ausländer errichtet werden. Zur Zeit ist man bereits mit der Anlage des Tiefbrunnens beschäftigt, die Auskreibungen für die Einzäunung des ganzen Grundstücks sind gleichfalls schon erfolgt, so daß mit Eintritt der wärmeren Witterung sofort mit dem Bau begonnen werden kann. Hinter der Festhalle will man einen geräumigen Droschenhalteplatz anlegen.

[Lübeck, 4. Februar. [Proces gegen die früheren Beamten der Lübecker Feuer-Berührungs-Gesellschaft Biermann und Meyer.] Die Mittwochssitzung begann mit der Vernehmung des mitangeklagten Meyer über die Bilanz von 1887. Derselbe weiß nichts von den Transaktionen, welche Biermann von 1888 nach 1887 vorgenommen, und findet sie nicht in der Ordnung. Wenn er die merkwürdige Art in Betracht ziehe, wie Biermann vorgegangen sei, könne er sich der Vermuthung nicht entschlagen, daß Biermann den Stand des Geschäfts habe künftlich verbessern wollen. Zeuge Inspector Klein weiß nichts davon, daß Biermann ihm zu einem schriftlichen Gutachten aufgefordert, oder daß er ein solches geleistet. Über die Sache gesprochen hätte er allerdings oft mit Biermann. Buchhalter Sump erzählte: Biermann sei vor Fertigstellung der Bilanz zu ihm gekommen und habe gefragt, er solle noch 75 000 Mark als Ausstände aus dem indirekten continentalen und transatlantischen Geschäft in die Bilanz aufnehmen. Er habe dem Biermann erwidert, ob diese Summe nicht zu hoch sei. Aber Biermann habe entgegnet: er habe sie selbst geprüft. Damals habe er, Zeuge, keine Ahnung gehabt, daß in diesen 75 000 M. eine Massen-Beträge aus 1888 enthalten seien. Er spätere habe er dies entdeckt. Zeuge weiß aus seiner Erfahrung nicht, bei irgend einem Geschäft einen Modus wie den Biermann'schen gefunden zu haben. — Sachverständiger Schickedanz legt im Einzelnen dar, was als Gegenfaß zu den aus 1888 genommenen 75 000 M. nun in 1888 wirklich als rückständig eingegangen sei und kommt auf die Summe von netto rund 15 000 M. in den ersten 3 Monaten, und von 2000 M. im 2. Quartal. Verteidiger Dr. Friedmann bestreitet die Zuverlässigkeit der Schickedanz'schen Aufstellung. Er weiß zahlenmäßig nach, daß derselbe circa 3000 M. überleben habe. — Schickedanz gibt dies zu. — Der Verteidiger glaubt, daß noch weitere Posten übersehen sind, namentlich in den späteren Monaten des Jahres, welche nicht ordentlich geprüft seien. Er wünscht nochmalige Prüfung. — Schickedanz bemerkt, daß dies Wochen in Anspruch nehme. Der Präsident sieht keine Veranlassung, weitere Prüfungen anzutreten. — Ueber einzelne Buchungsformen entwindet sich noch eine längere Auseinandersetzung. — Sachverständiger Director Apfel hält die Manipulation Biermann's für ungewöhnlich und ungünstig. — Sachverständiger Director Eppert hält das Verfahren auch für ungewöhnlich, beweist aber, ob es ungünstig sei. Biermann habe, so weiß er verstanden, die Einnahmen aus den ersten Monaten 1888 als Compensation für Ausstände 1887 genommen. — Sachverständiger Capell sagt, wenn Schätzungen in einer Bilanz erlaubt seien, so sei auch gegen diese Art der Schätzungen formell nichts einzubwenden, obgleich sie ungewöhnlich sei. Dann geriet die Verhandlung wieder in ein fast unendringliches Zahlenmaterial; es werden nun von den verschiedenen Seiten die verschiedensten Vermuthungen über die Bedeutung einzelner Zahlen in der Bilanz ausgesprochen.

D e s t r e i c h - U n g a r n .

[Wien, 5. Febr. [Die Durchführung des Ausgleichs. — Ein Wiener Antisemitenführer.] Mit einer Promethei, die alles Lob verdient, ist die Regierung an die Durchführung der Ausgleichsstipulationen, soweit dieselbe an ihr liegt, geschritten. Die heutige „Wiener Zeit.“ veröffentlicht zwei Verordnungen des Justiz-

ministeriums, welche sich als die Ausführung der von der Ausgleichskonferenz mit Bezug auf die Gerichtsorganisation und die Besetzung von Richterstellen in Böhmen darstellen. Die erste der beiden Verordnungen, gerichtet an das Oberlandesgericht in Prag, betrifft die Neuabgrenzung der Gerichtsprengel. Im Eingange giebt das Justizministerium die Absicht kund, in den Sprengeln der Kreisgerichte Eger, Brüx, Leitmeritz, Böhmisches Leipa, Reichenberg und Budweis und den angrenzenden Sprengeln eine Umgestaltung der Sprengel der Bezirksgerichte und Kreisgerichte unter Berücksichtigung der Wünsche der beheimateten Bevölkerung, der territorialen, Communications und Verkehrsverhältnisse in der Weise vorzunehmen, daß, so weit möglich, die Gerichtsprengel nur Gemeinden einer und derselben Nationalität umfassen. Im Weiteren wird über die Einsetzung der Commission, welche das Oberat über diese Neueinteilung zu verfügen hat, und über die Zusammenlegung dieser Commission verfügt. Schließlich wird dem Oberlandesgericht die thunlichste Beschleunigung der Angelegenheit empfohlen, damit dem böhmischen Landtag in seiner nächsten Session wenigstens ein Theil der Operaten vorgelegt werden könne. Die zweite Ministerial-Verordnung verfügt die den Ausgleichspunctationen entsprechende Zweiteilung des Prager Obergerichts in einen tschechischen Senat mit 26 und einen deutschen Senat mit 15 Rathstellen, bei welch letzteren von dem Nachweis der Kenntnis der tschechischen Sprache abgesehen wird, während bei den ersten an dem Erforderniß der Kenntnis beider Landessprachen festzuhalten ist. Hinrichlich der richterlichen Beamten und des Hilfspersonals bei den Gerichtshöfen erster Instanz in den Bezirksgerichten wird angeordnet, daß für das Erforderniß der Kenntnis beider Landessprachen der jeweilige dienstliche Bedarf des betreffenden Gerichtes maßgebend sein soll. Es wird daher — so heißt es wörtlich in der Verordnung — bei Stellenbesetzungen immer sorgsam zu erwägen sein, ob nach den obwaltenden Verhältnissen, nach der gewonnenen Erfahrung und mit Rücksicht auf die Sprachkenntnisse der übrigen bei dem Gericht bereits angestellten Personen für die zu besetzende Stelle nebst der deutschen auch die Kenntnis der böhmischen Sprache erforderlich sei. Dem Justizminister Grafen Schönborn muß die volle Anerkennung zu Theil werden, daß er mit dieser Verordnung eine von vielen noch für zweifelhaft gehaltene Bestimmung des Ausgleichsprotokolls in durchaus loyaler und den Wünschen der Deutschen gerecht werdender Weise zur Ausführung gebracht hat. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die berichtigte, noch in Kraft bestehende Sprachenverordnung damit zwar nicht formell aufgehoben ist, aber doch in ihrem wesentlichen und von den Deutschen als eine drückende Last empfundene Prinzip — demzufolge in ganz Böhmen ohne Rücksicht auf das Bedürfnis von allen richterlichen Beamten die Kenntnis beider Landessprachen gefordert werden mußte — so gut wie bestmöglich erscheint. An dieser Thatstache werden keine Nörgeleien etwas ändern, und selbst die vereinzelten Ultra-Nationalen auf deutscher Seite werden zugeben müssen, daß selbst in der Sprachenfrage von den deutschen Conferenzteilnehmern mehr erreicht worden ist, als sich auf den ersten Blick erkennen ließ.

— Vor einem der Wiener Bezirksgerichte gelangte gestern ein Proces zum Austrage, dessen Verlauf einen unserer ersten Antisemitenführer in recht grelle und nichts weniger als vortheilhafte Beleuchtung setzte. Cornelius Vetter (recte Fetter, wie sein von einem hiesigen Wochenblatte veröffentlichter Taufchein nachwies, geboren zu Trenčín in der Slowakei) war vor noch nicht gar langer Zeit Erzieher in verschiedenen jüdischen Häusern, und lud noch zur Taufe eines seiner Kinder einen bekannten jüdischen Böhsianer. Plötzlich entdeckte er sein antisemitisches Herz, wurde einer der fanatischsten Prediger in den Versammlungen und zum Lohn dafür vom Bezirke Landstraße in den Gemeinderath entsandt. Seine Häutung vom enragirtesten Deutschnationalen, Schönerer- und Bismarckbeter zum schwärzesten Antisemiten sei nur nebenbei erwähnt. Gegenstand des Proceses bildete eine Ehrenbeleidigungsklage Vetter's gegen den dem jüdischen Glauben angehörenden Gemeinderath Sigmund Meyer, weil dieser ihn (Vetter) in öffentlicher Gemeinderatsitzung der bewußten Zunge gezielt. Herr Sigmund Meyer hatte einmal in einem Couloirgespräch dem Dr. Eueger, als derselbe in gewohnter heiterer Weise das Überhandnehmen der Juden besprach, scherhaft zugerufen: „Wenn Ihnen die Juden zu viel sind, so wandern Sie aus!“ Dr. Eueger, ein Meister im Verbrechen, nahm die nächste Gelegenheit wahr, um Herrn Meyer zu impfen, er habe damals gesagt: „Wenn Ihnen (den Christen) die Juden zu viel sind, so mögen Sie auswandern.“ Meyer berichtete Eueger sofort in

Nochdruck verboten.

Ein Wiener Dichterheim.

Die elegante Prosa der Ringstraße umschließt manches poetische Plätzchen, wenn diese auch nicht gerade in den Belebungen zu suchen sind, vielmehr etwas höher oben, wo die leichten Fenster stehen und die Schwalben nur bei schönem Wetter fliegen. Eines dieser Plätzchen war am 3. Februar stark heimgesucht von festlich gekleideten Abordnungen und einzelnen Beglückwünschern, denn an diesem Tage feierte Ludwig August Frankl, gleich Bauernfeld ein lebendes Denkmal früherer Wiener Zeiten, sein achtzigstes Wiegensefest. Man muß die Thatsache seiner eigenen Handschrift glauben, die unter dem Bildnis vor seinem soeben erschienenen Band Gedichte (Episches und Lyrisches, Stuttgart, Bonz) in festen Zügen zu lesen giebt: „Geb. 3. Februar 1810.“ Dem Bilde selbst glaubt man die Acht-zehntel-Jahrhundert nicht, und noch weniger den kleinen, kernigen Mann, der frisch und stramme seinen Wachposten auf dem Wiener Parncz behauptet und noch lange nicht an Ablösung denkt. Er beschloß so fröhlich sein achtes Jahrzehnt, wie vor zehn Jahren sein siebentes, an dem ihm die Stadt Wien das prächtige Bürgerdiplom bescheerte, das jetzt so bedeutsam sein kleines Studio schmückt.

Dieses Stübchen im vierten Stock des ehemaligen Palais Schei, von dem die Aussicht über den monumentalsten Theil des Ringes und die beiden Kaisergräten weithin bis an den Kahlenberg reicht, bildet nebst den anstoßenden Salons ein merkwürdiges Museum zur Geschichte des geistigen Wien. Da ist alles vollgeprägt und behangt mit Trümmer und Andenken einer hochinteressanten Zeit, deren Brennpunkt das Feuerjahr 1848 bildete. Es ist das Lebensmuseum eines Altwiener und eines Stückes Alt Wien zugleich. Die Bilder allein, welche sämtliche Wände bis an den Plafond bedecken, sind eine Galerie, deren grösster Theil einst im historischen Museum der Stadt Wien hängen wird. Einzelne sind für Wien von grossem Interesse; das Raimund-Bildnis z. B., das der vor einigen Jahren verstorbene Schiller sechs Wochen vor dem Tode des Dichters gemalt hat, oder einige merkwürdige Lenau-Porträts. Eins derselben, leben-groß in Öl, das schlicht geschilderte dunkle Haar lang auf die Schultern niedergehend, den Wahnwitz der Zukunft nur zu deutlich im Gesichte, ist bereits in den Bilderschatz der illustrierten Literaturgeschichte übergegangen. Noch werthvoller ist ein anderes, eine Zeichnung von Meister Schwind, nach welcher fröhlich Baronin Marcolisch ein Delporträt gemalt hat, als Geburtstagsgeschenk für den Besitzer. Schon die Entstehung dieses Bildes ist interessant. Lenau hatte eben seinen

„Faust“ vollendet und lud eine Anzahl Freunde ein, um ihnen das Gedicht vorzulesen. Grillvarzer war dabei und Bauernfeld, Zedlik und Hammer-Purgstall, Schwind, auch Frankl. Der Dichter las seine genialen Verse unter ahemloser Spannung der Zuhörer, für den Maler aber war er selber das Gedicht. Schwind griff zum Bleistift und zeichnete im Stillen die eingehendste Studie des vorliegenden Poeten, dessen Gedankenschwung er gleichsam im Fluge erhaschte.

Doch an viele dieser Kunstgegenstände knüpfen sich ähnliche Erinnerungen. Hier auf einem kleinen Console steht eine fushohe Gipsgruppe von drei lieblichen Mädchengestalten in längst verschollener Tracht. Es sind die drei Töchter des berühmten Malers Schnorr von Carolsfeld. Hans Gasser war in die Jüngste verliebt, aber sie starb früh. Er trauerte um sie als Künstler, indem er diese kleine Gruppe modellirte, als ideales Grabdenkmal, das aber niemals ausgeführt worden. Auch ausgestellt war die liebenswürdige Gruppe nie, in einem stillen Poetenbüchlein hat sie ihr Plätzchen gefunden, von Wenigen bekannt. Eine Erinnerung ganz anderer Art wird durch jenes große Bild lebendig, das ein wunderschön junges Weib darstellt, sitzend, vom Rücken und im Profil gesehen, bis zur Hälften unbekleidet, nur von lichtsarbigen Blören im Geschmack der Shawlzeit umstaltet. Es ist die Gattin eines der begabtesten vormärzlichen Maler, mit verliebtem Pinsel in den Füllerwochen nach der Natur gemalt; in das heitere, sunnige Wien von damals fiel ja noch ein Nachschimmer von der künstlerisch-naiv drauf los geniebenden Rubenszeit, deren analoge Denkmäler im Belvedere hängen. Und hier wieder, dieses eingerahmte, farbige Blatt ist eine litterarische Reminiszenz. Ransföhl hat es gezeichnet, der berühmte Hundemaler der vierziger Jahre. Es stellt einen lässigen Köter vor, der durchaus in ein Lokal eindringen möchte, von dessen Schwelle ihn ein derber Wachhund zurückdrückt. Der abgewiesene Biersüßer trägt die Züge eines damals gehäupteten Schriftstellers, der trotz aller Anstrengung nicht in den damaligen Schriftstellerverband aufgenommen wurde. Sehr zahlreich sind die Bilder von Amerling, mit dem Frankl durch ein ganzes Leben eng verbunden war. Beide Männer und Beider Familien sind da von jener farbenfrohen Hand wiederholt dargestellt, in verschiedenster Auffassung; auch ein Gipsabguß der seitdem erhalteten Künstlerhand wird unter den Reliquien des Hauses bewahrt. Ein lebensgroßer Mohrenkopf dagegen ist ein Werk Nahls, das Porträt eines Negerelaven, welchen Frankl auf seiner bekannten Orientreise in Kairo für 400 Gulden Silber freigekauft und nach Wien gebracht hatte. Dreizehn Monate lang war der Schwarze bei ihm und lernte auch ziemlich gut Deutsch, bis seine Lunge das Wiener Wüstenklima

nicht mehr vertragen konnte und sein Besitzer ihn in die wärmere Heimat zurückholte. Von Frankl selbst sind viele Porträts vorhanden, darunter ältere, die auch zeitgeschichtlich interessant sind. Vorzüglich ist ein Amerling'sches Brustbild, das ihn 28jährig darstellt, während ein kleines von J. M. Ullinger, in ganzer Figur, uns den jungen Legionär zeigt, der die kecksten politischen Lieder sang, darunter jenes zur Freiheitshymne gewordene: „Die Universität“, das erste censurfrei gedruckte Gedicht, das, wie Helfert (Wiener Parnas im Jahre 1848) erzählt, „beispiellosen Erfolg“ gehabt und eine Verbreitung gefunden, wie kein anderes in jenen Tagen. Der Urheber manches solchen Liedes war bis heute nicht bekannt und erst Frankl's obenterwähntester neuester Band giebt darüber Aufschluß, so über das gegen Velasquez gerichtete Truflied: „Recker Van, komm nur an!“

An das Jahr Achtundvierzig erinnern auch weniger persönlich geartete Stücke dieses eigentlichsten Hausmuseums. So das merkwürdige Unicum jenes eisernen Siegels des Studenten-Ausschusses, das die Inschrift führt: „Beauftragter Rath, entschlossene That.“ Der Säbel und das Porträt Parnas' des Commandanten der Nationalgarde, sind da aufbewahrt. Auch das Ehrenschwert, das Frankl damals von den Studenten des Polytechnikums verehrt wurde; die Inschrift darauf ist aus einem seiner Gedichte und lautet: „Dass es Gott willt, dieses Schwert schon wär das leicht dieser Welt.“ Auch drei Bilder, die jetzt als Supraporten des Salons dienen, haben ihre Geschichte. Sie stellen die Entwicklung der Menschheit vor (ein vierter ist verschollen) und wurden auf Bestellung des Fürsten Metternich gemalt. Aber an demselben Tage, an dem der Maler nach Wien kam, um sie dem Fürsten zu überreichen, floh dieser aus der Residenz und drei davon gelangten später in den Besitz des Dichters. Auch Bilder, nicht nur Bücher, haben ihre Schicksale.

Andere Gegenstände wecken einen Nachhall aus dem Osten, aus jener Zeit, da Frankl im Auftrage einer Prager Dame, die zu dem Zwecke 50 000 Gulden spendete, eine (noch jetzt bestehende) Schule in Jerusalem zu gründen hatte. Manche darunter sind richtige Museumsstücke, z. B. ein prächtiges Barteltintenfäß, wie die Moslem sie zu tragen pflegen, aber aus Silber; Abb-el-Kader hat es dem Dichter geschenkt und einen Spruch dazu geschrieben, der jetzt facsimile eingraviert, nebst Nebenzeichen, auf dem wertvollen Andenken zu lesen ist. Andere sind Dinge, wie ein Poet sie erhält und aufbewahrt. Unter einem kleinen Glassturz z. B. hat sich eine Steinnelke vom Berg Carmel wohl erhalten, eine jener berühmten Steinnelken, die nur auf jener heiligen Höhe wachsen und von denen die Mönche früher den Königen von Frankreich, als

der Sitzung, er berichtigte wiederholt auf Grund des Preßgesetzes die in den Antisemitenblättern stets von Neuem ausgebeutete Lueger'sche Version seiner Neuherierung als eine unwahre. Als das Alles nichts half und jüngst Herr Bitter im Gemeinderath wieder die Behauptung aufstellte, Meyer habe die Christen zur Auswanderung aufgesordert, zieh' ihn Peptizerer, wie schon erwähnt, der bewußten Elige. Darauf erfolgte die Klage. Aber wie das zuweilen schon vorzukommen pflegt, spielte der Kläger in diesem Processe eine recht lästige Rolle. Allerdings glaubt der Richter mit einer Verurtheilung vorgehen zu müssen, trotzdem selbst der als Zeuge vernommene Dr. Lueger aussagte, er könnte nicht beeiden, daß Herr Meyer damals das Wort „Christen“ gebraucht, doch habe es auf ihn den Eindruck gemacht, als ob in dem Saxe „so wandern sie aus“ das sie nicht mit grohem, sondern mit kleinem Anfangsbuchstaben gemeint gewesen sei, und sich daher nicht auf ihn (Lueger) allein, sondern auf alle Christen bezogen hätte. Der Richter verurtheilte, wie gesagt, den Angeklagten, weil der Beweis der „bewußten“ Elige nicht erbracht worden sei. Allein in der Begründung des Urtheils führte der Richter aus, daß durch das incorrecte, entschieden zu mißbilligende Benehmen des Herrn Bitter, der aus einer an sich unbedeutenden Neuherierung Capital schlägt und trotz wiederholter Dementirung nicht aufhört, dieselbe politisch zu verwerthen, der Angeklagte fast exculpirt erscheine, weshalb er denselben auch statt der vom Gesetz vorgeschriebenen Strafe von einem bis sechs Monaten Arrest blos zu einer Geldstrafe von 50 Fl. verurtheile. Doch viel härter noch als durch diese Urtheilsbegründung wurde Herr Bitter durch eine Episode im Processe selbst getroffen. Der Vertreter des Angeklagten erbot sich nämlich zu dem Zeugenbeweise, daß Bitter in wiederholten Fällen die eigenen Parteigenossen um Geldbeträge hintergangen habe, indem er den Drucker von Wahlaufrufen u. dgl. veranlaßte, höhere Rechnungen vorzulegen und die Differenz ihm (Bitter) gutzuschreiben. Dr. Pattai, als Vertreter Bitters, wehrte sich gegen diesen Zeugenbeweis, weil derselbe mit der Prochesache nichts zu thun habe, und der Richter stimmte dieser Ansicht auch zu. Gleichzeitig gab er aber Bitter den Rath gegen diese Anklagen einzuschreiten. Bitter erklärte, er werde das thun.

Frankreich

s. Paris, 4. Febr. [Das Ministerium. — Die Beziehungen zu Russland. — Senatorwahl.] Die Senatoren behaupten, daß die Zwistigkeiten zwischen Tirard und Constans nach ihrer gestern stattgehabten längeren Besprechung gänzlich beigelegt sind. Indessen wird man diese Versicherungen mit Vorsicht entgegen nehmen müssen. Mir wird aus guter Quelle berichtet, daß die beiden Minister gestern sehr scharf mit einander discutirten und daß Constans heftig Tirard wegen der eigenmächtigen Handlungen desselben im Resort des Jünen, die der Ministerpräsident während seines Collegen Abwesenheit getroffen, zur Rede stellte. Der Präsident Carnot soll persönlich dazwischen getreten sein und nur durch ein Machtwort die beiden Gegner beschwichtigt haben. Die Spannung zwischen den einzelnen Ministern, zwischen Constans und Tirard, Spuller und Rouver ist jedenfalls nicht vollkommen gewichen, und wir müssen uns deshalb als in einer vorläufig latenten Krise befindlich betrachten. — Der Herzog von Leuchtenberg, Neffe des Zaren, stattete gestern dem Präsidenten der Republik einen nicht offiziellen Besuch ab. Der nicht offizielle Charakter dieser Zusammenkunft wurde dadurch markirt, daß der russische Prinz und seine Begleiter in einfachen Gehrocken erschienen, keine Ordensdecorationen angelegt hatten und daß kein besonderes Truppenteilachement zu ihrem Empfange ins Elysée beordert worden war. Die Entrevue soll sehr herzlich gewesen sein: der Präsident trug dem Herzog auf, seinem kaiserlichen Oheim seine respectvollen Grüße zu überbringen und ihn der unerschütterlichen Sympathie Frankreichs und seiner Regierung zu versichern. Der Prinz seinerseits soll sich sehr warm für die Freundschaft, welche die Russen und ihren Herrscher Frankreich gegenüber bestellt und welche durch nichts getrübt werden könne, verbürgt haben. Bei dieser Gelegenheit wollen wir doch erwähnen, daß sich ein ansehnlicher Bruchteil der hiesigen Presse über die im Nizza bei der Vorstellung der russischen Oper „Das Leben für den Zaren“ stattgehabte russophile Manifestation sehr fühl, ja missbilligend äußert. Einige Blätter gehen so weit, die Demonstration als von cabolins (Comédianten) veranstaltet zu bezeichnen und sie als eines aufgellärteten Volkes unwürdig hinzustellen. Der Hauptimache bei derselben, Günzburg, Director des Nizza'er Stadttheaters, so äußerten sich einige Journalisten, sei der Leibnarr des russischen Selbst

Schutz, jährlich einen ganzen Strauß zu schicken hatten, da jene Herrscher durch Uebersendung eines solchen Stämmchens die Krankheiten werther Personen zu heilen pflegten. Auch die zauberkräftige Cigarrenspitze des Emirs Befshir auf dem Libanon ist noch vorhanden. Sie ist aus einem Sykomorenast und einem Korallenstück gearbeitet und stammt aus des Emirs Harem. Als er sie dem Fremdling schenkte, sagte er ihm: „So oft Du daraus rauchst, wirst Du in den Dampfwolken die schönsten Frauengestalten erblicken.“ Versuche, die in dieser Richtung später angestellt wurden, sollen jedoch keineswegs das verheissene Resultat erreichen haben.

Wenn ich diese Dinge anführe, so thue ich es, weil jedes Ge-
häuse seinen Bewohner charakterisiert. Vieles übergehe ich, um nicht
ins Hunderste oder Tausendste zu gerathen. Nur ein augensfälliger
Zug sei noch hervorgehoben, die Vorliebe Frankl's für Denkmäler.
Zeit seines Lebens war es ihm eine Herzenssache, Männern, die er
bewunderte oder liebte, den Stein des Gedenkens aufzurichten in
flüchtigen Gewühl der Gegenwart. Er war zeitlebens ein raselose
Entreiber von Ehrenschulden dieser Art. Beethoven dankt ihm sein
Denkmal in Heiligenstadt, ihm und Fernkorn, der es unentgeltlich
gab; dass gleichen Glück auf dem Matzleinsdorfer Friedhofe; das Schiller-
Denkmal in Wien ist vor Allem ein Erfolg seines unermüdlichen
Drängens. Die Tochter Schillers, Frau v. Gleichen-Rußwurm, dankt
es ihm durch Uebersendung von Haaren ihres Vaters, die in einer
goldene Lyra gefaßt sind. Aber auch wo kein vollständiger Dank zu
holen war, wirkte der Unermüdliche raselos in diesem Sinne; so rieß
er in Leitmeritz das Denkmal des österreichischen Dichters und „ge-
meinen Soldaten“ Josef Emanuel Hilger ins Leben, dessen Werk
er auch herausgegeben. Seine letzten Bemühungen in dieser Richtung
galten Lenau und Anastasius Grün, deren Standbüsten (von Carl
Schwerets Hand) nun bald zwei Ecken des Schillerplatzes schmücken
werden. Beide Dichter waren ihm ja im Leben so nah verbunden,
Mittkämpfer und Mitsänger, das Erstere besonders Anastasius, von
dem sich bei ihm noch manches seltene Freundschaftszeichen findet, so
gar zwei selbstgemalte Aquarelle, Rosen und Nelken, die den „Spazier-
gänger“ freilich mehr als Blumenfreund denn als Blumenmale
glänzen lassen. Und da giebt es denn bei Frankl Denkmäler in großer
Zahl, ausgeführte und Plan gebliebene, kleine Modelle und Entwürfe,
die Träume gleichsam eines Menschen, der seinen Freunden noch über
Grab hinaus helfen möchte, eines Mannes, der den Nachruhm als
die ideale Hinterlassenschaft der Persönlichkeit schätzt und das Fort-
gelten nach dem Tode als eine begreifliche Form jenes Jenseits, da-
dem Menschen unter so vielen Formen erscheint.

herrschers und am wenigsten geeignet, politische Demonstrationen zu veranstalten. — Die Senatorenwahl im Departement Seine et Oise aus der der bekannte Großindustrielle Décanville, Erbauer der Ausstellungsbahn, als Nachfolger des zum Deputirten gewählten Nationaldeconomen Léon Say als Sieger hervorgegangen, hat eine Scission in der republikanischen Partei herbeigeführt. Décanville, der sich gemäßigte Republikaner nennt, ist nämlich erst im zweiten Wahlgange mit Hilfe der Monarchisten gewählt worden, nachdem er diesen in Bezug auf seine Stellung zu der Frage der Einreihung der geistlichen Seminaristen in die Armee, welche die Clericalen trotz aller Woten der Deputirten und Senatoren und trotz des Inkastretens des betreffenden Gesetzes, noch nicht als definitiv gelöst betrachten, weitgehende Concessions gemacht und was geradezu unerklärlich, sich als Kandidaten des 6. Präsidenten der Republik hingestellt hatte. Die Radicalen greifen deshalb Décanville heftig an und nehmen für seinen geschlagenen Gegner Goncourt, der gegen das Vorgehen seines Mitbewerbers protestiert, Partei. Der „Temps“ und andere gemäßigte Organe für Décanville eintreten, eine scharfe Polemik zwischen Radicalen und Opportunisten entbrannt die sich wieder auf die Frage der Trennung von Staat und Kirche zugespielt hat. Der „Temps“ erklärte gestern anscheinend officiell daß diese Forderung der Radicalen nie bewilligt werden könne und daß man über sie überhaupt nicht in Verhandlungen treten werde weil unfehlbar nach Durchführung einer solchen Maßregel sich eine unversöhnliche clericalre Partei, wie in Belgien, bilden würde und sehr wahrscheinlich sei, daß diese die Mehrheit des Landes in kurzer Zeit für sich gewinnen würde. Dies würde aber den Todesstoss für die Republik bedeuten, die eben erst angefangen hat, in Frankreich Wurzeln zu schlagen. Die Radicalen sind selbstredend außer sich über diese schwarzseherischen Prophezeiungen und kennzeichnen die Gemäßigten bereits als „Antirepublikaner und Verbündete der Monarchisten“. Die große republikanische Concentration, welche man für lange gesichert glaubte, wird mithin wohl bald in die Brüche gehen.

Großbritannien

[Zu dem Vergleich zwischen Parnell und der „Times“ bemerkt die „Pall Mall Gazette“: Erst am letzten Sonnabend entschloß sich die „Times“, ihre Sache aufzugeben. Die Bedingungen wurden arrangirt, und außer den Parteien und ihren Rechtsbeiständen erfuhr Niemand etwas. Die „Times“ wird nicht nur die taxmäßigen Kosten Parnells tragen, sondern auch, was weit mehr ins Gelb läuft, seine wirklichen Kosten. Es heißt, daß Parnells Secretär Campbell 2000 Pf. Sterl. erhalten wird. — Das „Freeman’s Journal“ schreibt: Es ist ein Sedan für die „Times“, welche sich ergeben und unter das Toch gekrochen ist. Ihre Niederlage ist so zermalmend wie Niemand es sich hat träumen lassen. In der ganzen Geschichte bleibt es nichts so Memmenhaftes. Die Directoren der „Times“ und ihre Freunde im Cabinet haben bis zur letzten Stunde Blindfalt gespielt in der verzweifelten Hoffnung, daß Parnell den Kampf nicht aufnehmen würde. Sie haben aber wenig ihren Mann gekannt.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 6. Februar

Die Gesundheits-Verhältnisse in den schlesischen Städten von 15 000 und mehr Einwohnern während des IV. Quartals 1889

gestalteten sich nach Ausweis der in den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts mitgetheilten Tabellen relativ günstig. Zumeist blieb die Sterblichkeit hinter den aus dem zehnjährigen Durchschnitt (1878—87) gewonnenen Durchschnittszahlen zurück; October wurden dieselben nur in Neisse und Ratibor, im November in Neisse, im December in Brieg, Neisse und Ratibor überschritten. Über die absolute Höhe der Sterblichkeitszahlen gibt die nachstehende mitgetheilte Tabelle Aufschluß; es starben danach, auf 1 Jahr um 1000 Einwohner berechnet in

	October	November	December
Beuthen DS.	27,2	22,7	25,1
Breslau	21,7	23,1	25,7
Brieg	21,7	19,3	28,3
Gleiwitz	21,5	14,1	16,6
Glogau	16,0	16,0	16,0
Görlitz	19,9	18,9	19,7

	October	November	December
Grünberg	17,2	25,8	27,3
Hirschberg	18,2	21,1	29,8
Kattowitz	20,1	17,8	24,7
Königshütte	17,0	21,4	23,1
Langenbielau	25,9	29,8	31,4
Liegnitz	18,3	20,3	18,8
Neisse	25,8	25,3	23,2
Neustadt	32,4	28,3	19,3
Oppeln	37,3	23,2	22,5
Ratibor	27,7	18,9	36,6
Schweidnitz	21,8	21,8	18,4

Die höchste Sterblichkeitsziffer ergab sich demnach im October für Oppeln, welches überhaupt in diesem Monat die einzige deutsche Stadt war, in der eine hohe Gesamtsterblichkeit (über 35,0 auf 1000 Einwohner) zur Feststellung gelangte, im November für Langenbielau, im December für Ratibor. Die niedrigste Mortalitätsziffer hatte im October und December Glogau, im November Gleiwitz. Eine beträchtliche Säuglingssterblichkeit, d. h. höher als ein Drittel der Lebendgeborenen, zeigte sich im November in Neustadt (435 auf 1000 Lebendgeborene), im December in Brieg (436 : 1000), eine geringe Säuglingsmortalität von weniger als ein Zehntel der Lebendgeborenen im October in Katowitz und Königshütte, im November in Oppeln und Brieg (Gleiwitz hatte gerade $\frac{1}{10}$), im December in Gleiwitz und Oppeln.

Unter den Todesursachen traten während der Berichtszeit Infectionss-
krankheiten nicht besonders hervor. An Masern starben während des
Quartals in Beuthen 10, Neustadt 9, Brieg 7, (Breslau ebensfalls 7),
Liegnitz 5, Gleiwitz 4, Neisse 3, Grünberg, Kattowitz, Königshütte,
Langenbielau je 2, Görlitz 1; gänzlich verschont blieben dennach nur
Glogau, Hirschberg, Oppeln, Ratibor und Schweidnitz. Erkran-
kungen an Scharlach erlagen in (Breslau 25), Beuthen 22, Oppeln
11, Königshütte 9, Gleiwitz 6, Glogau 5, Grünberg, Langenbielau,
Neisse je 1. Todesfälle an Diphtheritis kamen in allen hierher ge-
hörigen Städten vor, und zwar in (Breslau 109), Görlitz 30, Katto-
witz und Liegnitz je 12, Beuthen 11, Königshütte 8, Ratibor 7,
Neustadt 6, Oppeln 5, Glogau und Schweidnitz je 4, Gleiwitz und
Langenbielau je 3, Grünberg und Neisse je 2, Brieg und Hirschberg
je 1. Von Todesfällen durch Unterleibstypus kamen in (Breslau 10),
Neustadt 5, Gleiwitz, Langenbielau und Neisse je 2, Beuthen, Brieg,
Königshütte, Oppeln, Ratibor, Schweidnitz je 1 zur Kenntnis. An
Wochenbettfieber starben (5 in Breslau), je 2 in Beuthen, Königshütte
und Ratibor, je 1 in Hirschberg, Liegnitz und Oppeln. Er-
krankungen der Verdauungsorgane kamen während des Quartals
unter den Todesursachen nicht wesentlich in Betracht; eine auffällige
Häufung von Todesfällen durch solche zeigte nur Liegnitz im October
mit 20 Todesfällen. Für die Krankheiten der Atmungsorgane
ergab sich bei den hier behandelten Städten, von Breslau abgesehen,
nicht die andernärts vielfach gemachte Beobachtung, daß im December
eine bemerkenswerthe Steigerung der Frequenz, wie der Mortalität
dieser Affectionen auftrat. In einzelnen Städten zeigte sich vielmehr
ein Rückgang der Zahl der Todesfälle, und wo eine Zunahme zu
verzeichnen war, fiel sie nicht ins Gewicht. Eine Beeinflussung der
Mortalität durch die Influenza konnte sich im December auch kaum
schon geltend machen, da die meisten schlesischen Städte, soweit man
überhaupt aus den spärlichen und oft ungenauen Berichten Schlüsse
ziehen kann, erst im Anfang dieses Jahres von der Epidemie besessen
wurden.

Von Interesse für weitere Kreise dürfte auch eine Uebersicht über die Sterblichkeit in den im Vorstehenden aufgeführten schlesischen Städten¹⁾ während des Jahres 1888 sein. Dieselbe ist der vor einiger Zeit errichteten Nachweisung der Bevölkerungs-Vorgänge in deutschen Städten von 15 000 und mehr Einwohnern für das Jahr 1888 entnommen. Danach fanden in

Gestorbene, auf 1000 Einwohner	Durchschnittszahlen aus den Jahren berechnet.	Gestorbene Kinder, auf 100 Lebendge- borene berechnet.
26,8	33,8	22,6
27,4	31,8	26,6
26,3	26,8	24,5
17,5	21,9 ²⁾	17,0

²⁾ Liegnitz und Langenbielau sind in der Tabelle nicht aufgeführt.

²⁾ Durchschnitt aus den Jahren 1885/86

Humoristen, denn daß seine Gestaltungskraft noch weit über Essai und Stimmungsbild hinausreicht, das beweist er in dem „Stummen von Ossiach“, der einzigen eigenlichen Novelle und gleichzeitig einer der schönsten

Universitätsnachrichten. Aus Dorpat kommt die Nachricht, daß dort am 29. v. Mis. der Professor der Chirurgie Eduard von Wahl, 56 Jahre alt, gestorben ist. Wahl lehrte (als Nachfolger des Professors v. Bergmann) seit 1878 in Dorpat. Zuvor war er leitender Arzt am Peterpauls-Hospital und am Kinderkrankenhaus in Petersburg. Arzt war er seit 1859. In Dorpat sind nunmehr zwei chirurgische Lehrstühle verwaist. Der zweite Chirurg Wilhelm Koch hat sein Lehramt niedergelegt, um nach Deutschland, seiner Heimat, zurückzukehren. — Die Akademie der Wissenschaften hat in einer ihrer letzten Sitzungen drei größere Reisestipendien vergeben. Es wurden zunächst Privatdozent Dr. Rohde in Breslau 1800 M. zu einer Reise nach Neapel überwiesen, wo er in der zoologischen Station von Professor Dohrn Untersuchungen über das Central-Nervensystem der Haifische und Echinodermen betreiben will. Sodann erhielt der Physiker Prof. Mathiesen in Rostock 1500 Mark zu einer Reise nach dem nördlichen Gismeer, um dort an den Fangstationen der Walfische Studien an den Augen dieser Thiere vorzunehmen. Schließlich erhielt der Sprachforscher Professor Dr. Winkler in Breslau 500 Mark zu einer Fahrt nach Petersburg, wo er Materialien zur Kenntniß der türkischen, samoedischen und tungusischen Sprache sammeln will. Außerdem wurden an Dr. Schellong in Königs-

Das Geburtstagsgeschenk aber, mit dem der Dichter das Lesepublikum überrascht hat, ist das mehrgedachte Büchlein: „Episches und Lyrisches.“ Mit besonderem Antheil wird man darin die Stücke aus der letzten Zeit lesen, als Beweise einer späten Frische, wie sie bei Gelehrten öfter als bei Dichtern vorkommt. Noch jetzt läßt sich Frankl vom zeitgeschichtlichen Moment anregen, er dichtet das Leben mit, er die Dichtung mitgelebt. So findet sich da sogar ein formvoller endetes Gedicht auf den entthronten Kaiser von Brasilien, also in allerlechter Zeit, Verse von schwermüthiger Romanzenstimmung spanischen Trochäen, die aber von deutlichen Reimen glänzen. Welche glühende Farbenpracht er noch jetzt auf der Palette hat, zeigen die zwei neuere Gedichte, Episoden aus dem üppigen Leben Alexanders Borgias, darunter ein Bachanal. In der schwierigsten Strophegeströmtda der Fluß farbiger Rede scheinbar fessellos dahin; unter den jüngeren Modernen schlägt solche Klänge keiner mehr an, unter den älteren höchstens Hermann Lingg. Es ist die poetische Ueberlieferung Wiens, die da noch fortwirkt, die Tradition des Colorits, jene von Farbe Lenau und Grüns, welche schon längst die Farbigen in der Kunst waren, als die Malerei noch mit geschlossenen Augen im Grau tastete. Als der letzte jener Coloristen der Feder lebt Ludwig August Frankl noch fort; möge die Welt ihm noch lange nicht erbleichen.

„Unter der Schellenkappe.“ Empfindsame Geschichten von F. M. Roth. (S. Schottländer. Breslau und Leipzig.) Unter der Schellenkappe, gleichsam im Narrengewand, lässt F. Mamroth die Helden und Heldinnen seiner empfindsamen Geschichten vor uns erscheinen; lose Reime im Munde, mit der Britische alles Bestehende geizeln, spöttisches Lächeln auf den Lippen über die Menschen und über die Dinge und im Herzen dennoch die brennende Sehnsucht nach Glück und nach Liebe, und frischen Wunden durch die herben Enttäuschungen, die das Schicksal in unheimlicher Vorliebe zeitigt, und die zerbrende Bitterkeit über das Unlängliche und die Unwahrheit hinnieden! Sollen wir wirklich, Ludwig XI. gleich, wie es in dem Motto des Buches lautet, heiterer werden, weil jeder Anderen noch viel trauriger sind, als wir selbst? Da müßte der Autor so trefflich zu scherzen weiß, nicht auch so ergreifend ernst sein können, so wie er uns nun einmal die meisten seiner Geschichten erzählt, hört, wir deutlich das helle Lachen ausklingen in unterdrücktem Weinen, und viel mehr als jenes, scheint uns dieses vom Herzen zu kommen. Aufdringlich wird uns keine dieser Stimmungen zugemutet; in geistvoller Sarcasmus, reich gewürzt durch witzige Anspielungen und Metaphern sprechen diese Geschichtchen zu uns, nicht alle gleichwertig (z. B. ich begraben wurde“ und „Die Orgel“ gefallen uns wenig), aber ein Zeugnis gebend von dem echten Talente des Autors. F. Mamroth besitzt nach unserem Dafürhalten, alle Gaben zu einem hervorragenden deutsch-

Gestorbene, auf 1000 Einwohner aus den Jahren 1878-87.	Durchschnittszahlen aus den Jahren 1878-87.	Gestorbene Kinder, auf 100 Lebendgeborene berechnet.
Glogau.	21,5	23,4
Görlitz	22,1	27,7
Grünberg	20,3	— ³⁾
Hirschberg	24,4	— ³⁾
Kattowitz	19,1	— ³⁾
Königshütte	23,9	29,7
Neisse	19,8	22,1
Neustadt	28,0	— ³⁾
Oppeln	31,6	— ³⁾
Ratibor	28,5	23,7
Schweidnitz	29,1	30,2
		33,6

Es ergiebt sich aus der vorstehenden Tabelle ohne Weiteres, daß das Jahr 1888 für die schlesischen Städte sowohl nach Maßgabe der absoluten Höhe der Sterblichkeitsziffern, als auch im Vergleich mit dem zehnjährigen Durchschnitt, welcher nur in Ratibor überschritten wurde, in gesundheitlicher Beziehung ein günstiges war. Die höchste Mortalitätsziffer ergab sich in Oppeln, welches auch sonst oft recht ungünstige Sterblichkeitsverhältnisse gezeigt hat, die niedrigste für Gleiwitz. Die in hygienischer Hinsicht besonders übel beleumundeten Städte des oberschlesischen Industriebezirkes zeigten im Berichtsjahre auffallend günstige Verhältnisse. Die Infektionskrankheiten spielten an einzelnen Orten unter den Todesursachen eine bemerkenswerthe Rolle. Eine größere Mortalität durch Masern hatten Königshütte mit 15 und Schweidnitz mit 20 Todesfällen (in Breslau 12 Todesfälle); ganz frei waren nur Glogau, Görlitz und Neustadt. Todesfälle durch Scharlach kamen überhaupt nicht vor in Grünberg, Hirschberg, Neisse, Neustadt, Schweidnitz, wogegen Ratibor mit 81 und Königshütte mit 89 Todesfällen (Breslau 44) eine auffallend hohe Mortalität aufzuweisen hatten. Todesfälle durch Diphtheritis sind bis auf Grünberg überall beobachtet worden; die höchste Mortalität hatten nächst Breslau (495 Todesfälle) Görlitz mit 43, Königshütte mit 65 Todesfällen. Ebenso sind Todesfälle durch Unterleibstypus in allen Städten außer Grünberg vorgekommen, die meisten nächst Breslau (46 Todesfälle) in Schweidnitz (14 Todesfälle) und Oppeln (16 Todesfälle). An Flecktyphus ist 1 in Beuthen, an Pocken keiner gestorben. Dear Wothenbettfieber erlagen je 1 in Neisse und Brieg, 2 in Ratibor, 3 in Gleiwitz, je 5 in Beuthen und Oppeln, 6 in Görlitz, 9 in Königshütte (15 in Breslau). Die Mortalität durch Erkrankungen der Atemorgane zeigte überall ein ziemlich gleichmäßiges Verhalten; eine auffallend geringe Mortalität an Lungenentzündung zeigte Grünberg mit 10 Todesfällen (Breslau 994). Die Sterblichkeit der acuten Darmkrankheiten verhielt sich im Ganzen gleich; besonders günstige Verhältnisse ergeben sich nur für Neustadt, wo 1 Todesfall zur Meldung gelangte, während Breslau z. B. 988 Todesfälle dadurch hatte.

Für Breslau gestalteten sich die gesundheitlichen Verhältnisse im Jahre 1889 etwas ungünstiger, als im Jahre 1888, soweit man aus den über 1889 bis jetzt vorliegenden Angaben einen Schluss ziehen kann. Es starben hiernach in Breslau 1888 8602, 1889 9243. Im Ganzen sind indessen beide Jahre als relativ günstig zu bezeichnen. Die Mortalität durch Infektionskrankheiten hat sich im Jahre 1889 gegenüber dem Vorjahr insofern etwas verschoben, als in Folge erheblicher epidemischer Ausbreitung die Masern eine bedeutende Zunahme der Todesfälle — 1888 12, 1889 77 — Scharlach eine mäßige Steigerung — von 44 auf 55 — zeigten, während bei Diphtheritis die Zahl der Todesfälle von 495 auf 382 zurückging. An Unterleibstypus starben 1888 46, 1889 37. Keuchhusten zeigte 1889 mit 75 Todesfällen — gegen 41 im Jahre 1888 — ein bemerkenswertes Anwachsen der Mortalität. Von den übrigen Krankheiten hatten nur die acuten Erkrankungen der Verdauungsorgane 1889 eine wesentliche Zunahme der Todesfälle — von 988 auf 1286 — aufzuweisen; die übrigen Krankheiten, insbesondere auch die Erkrankungen der Atemorgane hielten sich ungefähr auf derselben Höhe, wie in den Vorjahren. Nähere Angaben über die Gesundheitsverhältnisse des Vorjahrs bleiben einer späteren Mitteilung vorbehalten.

* Nehmen erst seit kürzerer Zeit an der Berichterstattung Theil.

* Zu der deutschfreisinnigen Wählersversammlung, welche morgen Freitag Abend 8 Uhr, im Gasperk'schen Saale, Matthiasstraße, stattfindet und in welcher der Kandidat für den Ostbezirk, Fabrikbesitzer und Stadtv. Ernst Becker, und Rechtsanwalt und Stadtv. Heilberg Ansprachen halten werden, sind alle Parteigenossen und diejenigen Wähler eingeladen, welche am 20. Februar für die freisinnige Partei stimmen wollen.

* Vom Operntheater. In der Sonnabend stattfindenden Première der Novität „Nichtsdesto“ liegen die Hauptrollen in den Händen der Damen: von Savary, Berry, Neumann, Unger und Frey, sowie der Herren: Müller, Weiß und Bentzien. Tolstoi's Drama „Die Macht der Finsternis“, welches bei seiner Erstaufführung im Lessing-Theater (Frei-Bühne) so gewaltiges Aufsehen erregte, ist von Director Witte-Wild erworben worden.

* Aus dem Schlesischen Museum der bildenden Künste. Wie schon früher berichtet, hat die Plastikmalerei des großen Treppenhauses unseres Museums, und zwar die Malerei des nordwestlichen Zwinkels, durch Witterungsseinfluss nicht unbedeutend gelitten. Für die Ausdehnung des Schadens sind schon Vorbereitungen getroffen und zwar ist das erforderliche Gerät für den Maler bereits aufgestellt. Infolge dessen befindet sich der Zugang zu dem Wernerseal und den Lichtenbergischen Sälen bis auf Weiteres nur von der östlichen Seite des Treppenaufgangs aus. Vorauftischlich wird die jetzt bestimmt in Aussicht genommene Ausmalung der sechs Wandnischen des Treppenhauses bald erfolgen.

* Österreichisches Consulat. Nach der Erkrankung des österreichisch-ungarischen Consuls, Herrn Cornel Stadler, hatte, wie bereits gemeldet, der Generalconsul Freiherr von Czikann aus Berlin die provisorische Leitung des bietigen österreichischen Consulats übernommen. Da Freiherr von Czikann sich nach Berlin zurückzugeben mußte, ist an seine Stelle der österreichisch-ungarische Viceconsul aus Amsterdam, Herr von Aurnhammer, hier eingetroffen und hat bereits die Geschäfte des Consulats interimistisch übernommen. Herr von Aurnhammer ist im Hotel Galisch abgestiegen.

* Eine Bitte um Abhilfe, die gewiß nicht vergeblich ist. Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Schles. Kirchenzeitung“: Mit der nahenden Confirmationsszeit wiederholen sich Klagen und Nebelstände, die seit einer Reihe von Jahren zu einer Eigenthümlichkeit der Breslauer confessionellen Verhältnisse zu gehören scheinen. Es sind dies die Klagen und Beschwerden solcher Eltern, deren Kinder, obwohl katholisch getauft, doch die evangelische Schule besuchen und evangelisch confirmirt werden. Diese Eltern wie Kinder betäuben sich bei dem evangelischen Confirmator, wenn der selbe von ihnen den kirchlichen Nachweis der empfangenen Taufe verlangt, ohne welche doch eine Confirmation unmöglich ist, „wir erhalten das Taufzeugnis, vom katholischen Pfarramt oder Küster unterfertigt, entweder erst nach vielen ärgerlichen Verhandlungen und Gängen, wobei wir wegen der evangelischen Erziehung der Kinder manches anhören müssen, oder das zum Zweck der Confirmation verlangte katholische Taufzeugnis wird zunächst verweigert!“ Die von vielen Seiten gleichlautenden Klagen, welche von evangelischen Geistlichen Breslau bestätigt wurden, stellen, so sagt das citirte Blatt, die Thatache außer Zweifel. Ferner wird darüber geglaubt, daß die schließlich ausgestellten Taufurkunden abgerissene Papierstücke seien. Die „Schles. Kirchenzeitg.“ hofft, daß durch die ihrerseits bewirkte öffentliche Besprechung dieser Thatsachen Wandel zum Bessern geschaffen werde.

a. Zum Oberschlesischen Kohlenverkehr. Nachdem im vergangenen Monate der Kohlenverkehr seinen Höhepunkt erreicht hatte, so daß wiederum Kohlenwagenmangel zu Tage getreten war, entwickelte sich trotz Schließung der Wasserumtschlagstellen zu Anfang des Winters der Verkehr so lebhaft, daß alle disponiblen Züge zur Beförderung von Kohlen und mit zum geringeren Theil auch von anderen Frachten aufgeboten werden mußten. Die leeren Wagen wurden auf dem schnellsten Wege dem Kohlenrevier zur Wiederbeladung wieder zugeführt. Mit Eintritt der auch andauernden milden Witterung ließ der Verkehr derartig nach, daß die Einstellung mehrerer Züge veranlaßt wurde, und da der Verkehr um diese Zeit stets, wie zur Zeit des Hochwassers zurückgeht, so durfte bald wieder der Güterzugsfahrplan die normale Anzahl der Züge aufweisen. Eine Verstärkung dürfte erst wieder mit Gründung der Wasserumtschlagstellen eintreten. Auch nach dem Auslande war die Ausfuhr in dieser Zeit eine überaus lebhafte. Vom 1. Februar er. ab hat die Leitung des oberschlesischen Steinkohlenverkehrs nach Österreich-Ungarn resp. nach den Stationen Osti-Affonsa und Sárvár der ungarischen Staatsseisenbahnen, ehemaligen ungarischen Westbahn, in der Weise eine Rendition erfahren, daß die Sendungen nicht mehr über Wien-Bruck a. d. L.-Naab, sondern künftig über Wien Nordbahnhof - Wiener Verbindungsbaahn - Mayrhofen - Wiener Neustadt - Szombathely erfolgen. Hingegen erfolgt die Leitung bis Wien in der bisherigen Weise. Die von den Eisenbahn-Verwaltungen seiner Zeit aufgespeicherten Kohlenvorräthe, die sogenannten Kohlendepots, welche den Kohlenbedarf zur Maschineneisung bei Eintritt einer nochmaligen Strifebewegung im Kohlenrevier decken sollten, werden nunmehr aufgebraucht werden, um ein Schlechtwenden der Kohle zu verhindern.

* Patent-Liste für Schlesien und Posen. (Aufgestellt durch das Patentbureau von H. und W. Pataky in Berlin SW.) A. Anmeldungen: Ernst Stegmann in Kaczgora bei Radenz, Provinz Posen, Duo-Blechwalzwerk mit heb- und senkbaren Unterwalzen; Wilhelm Weber in Beuthen O.S., Verbindung eines einerseits geschlossenen Wasserrohres mit einem andererseits geschlossenen Heizrohre für Dampfkessel; Augustin Kluge, Kreisschulinspector in Nieder-Schöpfeld, Reg.-Bez. Liegnitz, Kurbelgetriebe mit zwei unter 180 Grad versetzten, umlaufenden und gegen die Welle geschränkten Kurbelscheiben; Johann Bieltz in Groß-Positz bei Krone a. Brahe, Provinz Posen, Vorrichtung zum Fortbewegen steckengebliebener Fuhrwerke ohne Vermehrung und Überanstrengung der Zugtiere. — B. Ertheilungen: E. Stegmann in Kaczgora bei Radenz, Provinz Posen, Walzwerk für Bandseilen und Draht; P. Sudow u. Co. in Breslau, Dampfwasser-Ableiter mit entlastetem Kolbenset; G. Lüder in Mannhagen bei Milzow, Düngestreumashine; A. G. Barth in Graudenz, Westpr., Einführungsvorrichtung für die Näder an mehrschirigen Pflügen; G. Schulz in Natzletz bei Dirschig, Schuhohlemesser.

= Innungswesen. Dem Innungswesens für den Regierungsbereich Oppeln, welcher seinen Sit in Oppeln hat, gehören zur Zeit 136 Innungen mit 3702 Verbandsgenossen an.

= Jubiläum. Am 1. Februar feierte, wie bereits mitgetheilt, der Hauptmann der Artillerie a. D. Theuerich seinen 50jährigen Eintritt in die Armee. — Im Laufe des Vormittags erschien eine Deputation des Krieger-Vereins, dem der Gesellte als Oberst-Lieutenant angehört, und überreichte ihm ein großes Portrait Kaiser Wilhelms mit Dedication des Vereins. Späterhin überbrachten die Herren Pastoren Dr. Eisner und Spieg nebst sechs Deputiten des Presbyteriums dem Jubilar als Preis ein Diplom. Der Jubilar, im Alter von 69½ Jahren noch besonders rüstig, feierte diesen Threntag im Kreise seiner Familie.

w. Deutscher Schriftsteller-Verband. Wie nunmehr bestimmt worden ist, wird die dritte allgemeine Versammlung (deutscher Schriftsteller-Tag) c. Ende August und Anfang September in Breslau stattfinden.

* Der allgemeine deutsche Sprachverein, Zweigverein Breslau, hält am Montag, 10. Februar, im kleinen Saale des „König von Ungarn“ eine Versammlung ab, in welcher Gymnasialdirector Prof. Dr. A. Möller einen Vortrag über „sprachliche Sünden der Gegenwart“ halten wird.

* Der Riesengebirgsverein, Gruppe Breslau, veranstaltet Sonnabend, 8., und Sonntag, 9. d. M., eine Höhnereschlittenfahrt nach der Prinz Heinrich-Baude. Die Kosten betragen für die Person, einschließlich der Eisenbahn- und Schlittenfahrt, 24 Mark.

* Königliche landwirtschaftliche Hochschule zu Berlin. Im nächsten Sommer-Semester lesen u. A. über Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau: Professor Dr. Orth (u. A. Praktische Übungen zur Bodenfunde), Professor Dr. Werner (u. A. Betriebslehre, Mindviehzucht), Professor Dr. Lehmann, Ingenieur Schotte (Landwirtschaftliche Maschinenebene), Forstmeister Krieger, Garteninspector Lindemann. Über Botanik und Pflanzenphysiologie lesen: Professor Dr. Kny (u. A. Morphologie der Pflanzen), Professor Dr. Trant, Professor Dr. Wittmaak (u. A. Land- und forstwirtschaftliche Botanik), Privatdozent Dr. Tschirch; über Chemie und Technologie: Scheimer, Regierung-Math Prof. Dr. Landolt, Professor Dr. Dörr (Spiritusfabrikation nebst Übungen) Dr. Herzfeld, Privatdozent Dr. Haydu und Privatdozent Dr. Marxwald; über Mineralogie, Geologie und Geognosie: Professor Dr. Grüner; über Physik: Professor Dr. Börnstein und über Zoologie und Thierphysiologie: Professor Dr. Nehring, Dr. Karlsch und Professor Dr. Buns. — Vorträge über Veterinärkunde halten: Prof. Dr. Dieckerhoff, Prof. Dr. Möller, Prof. Müller und Oberrovaarzt Kötter (Hufbeschlagslehrer); über Medizin- und Staatswissenschaft: Professor Dr. Sering; über Culturtechnik und Baukunde: Meliorations-Bauminister Gerhardt und Professor Schlichting (u. A. Landwirtschaftliche Bautechnik) und über Geodäsie und Mathematik: Professor Dr. Bogler, Professor Dr. Börnstein und Professor Dr. Reichel. Das Sommer-Semester beginnt am 16. April 1890.

* Die beiden größten Turnstädte des Reiches. Bekanntlich ist neben Berlin mit nahezu anderthalb Millionen Einwohnern Hamburg mit seinen Vororten die volksreichste Stadt Deutschlands. In turnerischer Beziehung ist, was die Anzahl der vorhandenen Turnvereine und ihrer Mitglieder betrifft, Berlin zwar auch die erste Stadt des Reiches, den zweiten Platz aber nimmt jetzt Leipzig ein, nachdem dagegen vor einiger Zeit die Einberufung der Vororte Neudörfel, Gutriesch, Gohlis, Neuschönefeld, Sellerhausen u. a. m. stattgefunden hat. Durch diese Erweiterung ist die Einwohnerzahl Leipzigs auf 280 000 gestiegen. Das Turnvereinswesen beider Städte stellt sich in folgenden Zahlen dar: Berlin besitzt augenblicklich 30 Turnvereine mit zusammen 6343 Mitgliedern, Leipzig dagegen besitzt jetzt 18 Turnvereine mit 5046 Mitgliedern. In Berlin kommt durchschnittlich auf 50 000 Einwohner ein Turnverein mit 211 Mitgliedern, in Leipzig aber kommt schon durchschnittlich auf 16 000 Einwohner 1 Turnverein mit 280 Mitgliedern. Somit steht in Anziehung des Turnvereinswesens Leipzig eigentlich noch vor Berlin und wohl überhaupt unter den Turnstädten Deutschlands an erster Stelle. — Im Anschluß an diese Notiz mögen, nach denselben Gesichtspunkten betrachtet, noch zwei Städte angeführt werden, nämlich München, wo im vorigen Jahre das VII. Allgemeine Deutsche Turnfest abgehalten wurde, und — Breslau. In München bestehen zur Zeit 11 Turnvereine mit zusammen 3500 Mitgliedern, in Breslau 5 Turnvereine mit etwa 1200 Mitgliedern, wovon aber weitauß die Mehrzahl, nämlich rund 700, auf den hiesigen Alten Turn-Verein entfällt. Im Durchschnitt kommt in München auf 25 000 Einwohner 1 Turnverein mit etwa 318 Mitgliedern, in Breslau auf 64 000 Einwohner 1 Turnverein mit etwa 265 Mitgliedern. Somit läßt sich der Baulenachweis leicht erkennen, daß in der Hauptstadt Schlesiens noch recht wohl überhaupt unter den Turnstädten Deutschlands an erster Stelle. — Im Anschluß an diese Notiz mögen, nach denselben Gesichtspunkten betrachtet, noch zwei Städte angeführt werden, nämlich München, wo im vorigen Jahre das VII. Allgemeine Deutsche Turnfest abgehalten wurde, und — Breslau. In München bestehen zur Zeit 11 Turnvereine mit zusammen 3500 Mitgliedern, in Breslau 5 Turnvereine mit etwa 1200 Mitgliedern, wovon aber weitauß die Mehrzahl, nämlich rund 700, auf den hiesigen Alten Turn-Verein entfällt. Im Durchschnitt kommt in München auf 25 000 Einwohner 1 Turnverein mit etwa 318 Mitgliedern, in Breslau auf 64 000 Einwohner 1 Turnverein mit etwa 265 Mitgliedern. Somit läßt sich der Baulenachweis leicht erkennen, daß in der Hauptstadt Schlesiens noch recht wohl überhaupt unter den Turnstädten Deutschlands an erster Stelle.

* Zur Bautätigkeit. Die milde Witterung gestattete es, die Bauten auch während der letzten Wochen zu fördern. Auf allen größeren Bauplätzen herrscht reges Leben. Bei dem Bau des Sparkassengebäudes ist der Dachstuhl und die eine Thurmspitze bis auf den Schieferbelag fast vollständig fertig gestellt; bei dem Bau der Wechslerbank ist das dritte Stockwerk beendet, bei dem Bau der Bodencredithank hat man die Zeit bemüht, das Baugerüst zu errichten, welches an Solidität dem der Wechslerbank nichts nachgiebt. Der große Neubau auf der Tauenhienstraße, gegenüber der Teichstraße, welcher erst im Spätherbst begonnen wurde, ist schon weit aus dem Grunde gewachsen. Bei dem neuen Feuerwehrdepot an der Elbingstraße und dem Gesellschaftshaus in dem Zwingergrundstück wird rüstig am innern Ausbau gearbeitet. Auch vielen kleineren Bauten kam die außergewöhnliche Gunst der Witterung zu staaten. Bauherren und Bauhandwerker können mit dem diesmaligen Winter bisher wohl zufrieden sein.

* Bau der Dombrücke. Die Monitirung des eisernen Tragewerks ist fast beendet. Auch die der Schnalle parallel laufenden Schwellen, auf welchen der Brückenbelag ruhen soll, sind schon gelegt. Dieselben

stellen wohl etwa 2 Fuß hohe, auf die „habe Kanle“ gestellte Eisenbahnen dar, die in verhältnismäßig geringen Abständen von einander liegen. Die Rohrleitung für das Gas ruht in Rundöffnungen der vorerwähnten Schienen unter den zu beiden Seiten der Fahrfläche der Brücke gelassten Laufstegen. Das Niveau der neuen Brücke ist etwa 1/2 Meter höher als das der einmündenden Straßendämme, so daß eine entsprechende Erhöhung der betreffenden Straßen erforderlich sein wird.

R. Von der Zwingermauer. Am 1. April d. J. geht das exponierte Stück des Zwingergrundstückes in den Besitz der Stadt über, ebenso das von dem Verein christlicher Kaufleute der Stadt zur Zwingerstraße geschenkte Terrain und der gegen ein entsprechendes Stück des Kinderspielplatzes an der Promenade einzutauschende Theil des Grundstückes an der Westfront desselben. Mit dem Abbruch der so lange umstrittenen Mauer soll dann sofort vorgegangen werden. Der Abbruch des alten Gesellschaftshauses wird schon früher erfolgen. In letzter Zeit haben noch zwischen dem Verein und dem Magistrat Verhandlungen stattgefunden, die Übergabe gegen eine Entschädigung von etwa 10000 Mark noch ein Jahr hinauszögern, da der Bau des Gesellschaftshauses noch so weit zurück ist, daß an eine Benutzung des Neubaus in diesem Sommer nicht zu denken, dieselben haben sich aber zerschlagen.

=ß = Von der Oder. Das Treibis hat der bereits begonnenen Schiffahrt wiederum ein Ende gemacht. Nur in Stettin, wo lindes Wetter herrscht, ist reges Leben und es erfolgt dafelbst zahlreiche Verladungen. Dampfer „Wilhelm“ vor der Dampfer-Compagnie in Stettin hat bereits mit einem beladenen Schleppzuge Stettin bergwärts verlassen. — An einzelnen Stellen hat sich das Treibis bereits festgesetzt und ist zu einer compacten Masse zusammengezogen.

○ Wolkenhain, 3. Februar. [Generalversammlung des Verschönerungs-Vereins. — Feuerwehr-Stiftungsfest.] Seit dem Sommer des vorigen Jahres besteht hier ein Verschönerungsverein, der am Donnerstag seine erste Generalversammlung abhält. Der selbe zählt z. B. schon 100 Mitglieder und verfügt über 217 Mark Einnahme, wovon 150 Mark zur vorläufigen Einrichtung eines von der Stadt bewilligten Spielplatzes für Kinder, sowie 20 M. pro anno für Pflege und Fütterung der Singvögel durch Aufstellung von Nistkästen, Einrichtung eines Tränkelpfades auf der schön gelegenen, aber wasserarmen Wilhelmshöhe. Kaufmann Marx Roske erklärte sich in dankenswerter Weise zur Schenkung einer entsprechenden Grautischale bereit. — Am Sonnabend Abend beginnt die hiesige freiwillige Feuerwehr im Boerschen Saale das Jahresfest ihres 24-jährigen Bestehens.

+ Tagan, 4. Februar. [Bahnsache. — Wahl.] Mit dem 15. October v. J. war auf der Strecke Gassen-Arnisdorf der Nachdienst eingerichtet worden. Als Ende December eine Anzahl Beamten an der Infusione erkrankten, wurde der Nachdienst bis auf Weiteres gestoppt. Man ließ dafür auf der Gassen-Arnisdorfer Strecke einige Nachzüge ein. Durch einen der letztgenannten wurde nun das Unglück am Montag, den 27. v. M. herbeigeführt. In Folge dessen hat sich die Verwaltung verlaßt gegeben, zu der ersten Einrichtung zurückzuführen. Heute Nacht sind die Züge wieder wie nach dem 15. October verkehrt. — In unserm Nachbarkreise Sorau haben die Sozialdemokraten jedoch zwei Wahlversammlungen gehalten. In Christianstadt traf am Sonntag ein Leiterwagen voll Bettelwichter ein, die alsbald die Stadt und Umgegend mit sozialdemokratischen Wahlaufrufen belegten.

○ Beuthen a. O., 4. Febr. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der ersten diesjährigen S

(Fortschung.)

Conduct der Stadtpfarrer Buchal. Am Grabe sprach Capelan Wobarsz. Provinzial-Schulrat Slawitski aus Breslau — der einzige noch lebende Bruder des Entschlafenen — sprach dem Redner seinen Dank aus.

J. P. Glas, 5. Febr. [Krankenpflege.] Im hiesigen städtischen Krankenhaus wurden im Jahre 1889 333 Kranke, nämlich 190 männliche und 143 weibliche, ärztlich behandelt. Von den Kranke gingen ab: 34 mit Tode, 5 ungeheilt, 17 in andere Institute und 245 geheilt. Es blieb daher Ende December 1889 ein Bestand von 32 Kranke.

a. Nativor, 4. Februar. [Ein nach sechs Jahren beförderter Brief. — Drei Jubiläen in einem Jahre.] Die Maschinistenfrau Krug von hier sandte im Jahre 1884 an ihren damals in Amerika weilen Gatten einen Brief. Dieser Tage ist derselbe seitens des Oberpostamts zu Oppeln an die Absenderin, deren Gatte inzwischen von Amerika längst zurückgekehrt ist, als unbestellbar wieder zugestellt worden. — Der Badermeister Conrad zu Bosatz feierte kürzlich das 60jährige Jubiläum seiner Ortsangehörigkeit von Bosatz. Derfelbe Herr wird in diesem Jahre sein 25jähriges Schützen- und sein 50jähriges Bäckerjubiläum feiern.

Die Besitzveränderung in der Provinz. Die bisher Herrn Franz Eger in Quarz gehörige Apotheke ist für 80 000 Mark in den Besitz des Apothekers Paul übergegangen.

Zur Wahlbewegung in der Provinz.

s. Hirschberg, 5. Februar. Einen interessanten Verlauf nahm eine nationalliberale Wahlversammlung in Seifersdörf am Dienstag Abend. Die Versammlung war zwar sehr zahlreich besucht, aber nicht von Anhängern der nationalliberalen Partei, sondern fast durchweg von freisinnigen Männern. Einberufer war Apotheker Fintz-Gunnersdorf, welcher nach Eröffnung der Versammlung gegen den Freisinn zu reden anfing, ohne vorher ein Bureau gebildet zu haben. Nach lebhaften Diskursen aus der Versammlung und nachdem bereits Unruhe und Gemütre entstanden waren, wurde schließlich ein Bureau gebildet. Alsdann sprach Redakteur Mewes aus Berlin über den Segen der Getreidezölle und der Brannweinsteuer u. s. w., stieß aber während seiner Ausführungen auf den entschiedenen Widerstand der Majorität der Anwesenden. Die Aufregung wurde in der Versammlung schließlich so mächtig, daß die Einberufer es für das Gerathenfeier hielten, einer nach dem Andern aus dem Saal zu verschwinden; die letzten flossen sogar durch die Rüche den Rückzug angetreten haben. Mit einem donnernden Hoch auf den freisinnigen Kandidaten Herrn Dr. Barth schloß diese nationalliberale Versammlung.

§ Aus dem Wahlkreise Grünberg-Freibstadt. Das Cartell ist verbracht! so lautete die Botschaft, welche in der am Mittwoch-Abend abgehaltenen General-Versammlung des conservativen Kreisvereins zu Neusalz seitens des Vorsitzenden, Amtsrichters Suchsland, verkündet wurde. Bei dieser für die Cartellbrüder so ungünstigen Wendung der Dinge verließ die Versammlung in trübseligster Weise, obgleich Oberlehrer Becker durch seinen Vortrag über die „Fürtage der preußischen Regenten für den Ackerbau und den Bauernstand“ sich bestrebt, den gefunkenen Mut wieder aufzurichten. Nach Beendigung des Vortrages machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß sich die Freiconservativen über ihre Stellungnahme gegenüber der Kandidatur des Landrats Neumann noch nicht definitiv geäußert hätten, daß man aber „selbstverständlich“ auf ihre Unterstützung hoffen dürfe, wohingegen die Nationalliberalen erklärten, daß sie in dem lediglich von der deutschconservativen Partei ohne ihre Zustimmung aufgestellten Kandidaten einen Cartell-Kandidaten nicht erblitten könne, weshalb sie sich der Teilnahme an der Wahlbewegung enthalten wollen. Amtsrichter Suchsland behandelte die Herren von der Partei des „gesunden Menschenverstandes“, die Freiconservativen, noch ziemlich glimpflich, konnte aber nicht umhin, das „nachgeborene Kind“, wie er die Partei nannte, einer edlen Annäherung zu zeihen. Dem winzigen Häuflein der Nationalliberalen wurde dagegen ein schauerliches Grabfeld gefangen. Nach diesen Vorgängen ist es bei der in Stadt und Land für die freisinnige Sache außerordentlich günstigen Meinung kein Zweifel mehr, daß am 20. Februar der Kandidat der deutschfreisinnigen Partei, Herr Rentier Jordan-Berlin, gewählt wird.

* Schweidnitz, 6. Febr. Der zum Abgeordneten für den Reichstag von der deutschfreisinnigen Partei im Wahlkreis Schweidnitz-Striegau in Aussicht genommene Regierungsrath a. D. Stephan in Berlin wird sich in den nächsten Tagen den Wählern seiner Partei vorstellen. Es sind Versammlungen angekündigt, bei welchen außer den Kandidaten noch andere Redner Ansprachen halten werden, für den 7ten Februar in Schweidnitz und Freiburg, für den 8. in Zobten, für den 9. in Striegau und Schweidnitz. Außerdem werden noch zwei weitere Versammlungen und eine große Partei-Versammlung hierorts stattfinden. Auch für mehrere Dorfschaften des Wahlkreises sind Vereinigungen der deutschfreisinnigen Partei angekündigt.

** Janow, 5. Febr. Morgen findet in Bönnchen bei Hohenfriedeberg beim Kandidaten der conservativen Partei, Rittergutsbesitzer v. Mutius, eine „gesellige Zusammensetzung“ der conservativen Führer des hiesigen Wahlkreises statt, wobei auch Mitglieder der Centrumspartei angetreten sein werden, so daß wohl nicht mehr daran zu zweifeln ist, daß ein Theil der Centrumswähler für den conservativen Kandidaten stimmen wird. Das muß die freisinnige Partei zu desto regerer Thätigkeit anspornen. Herr v. Mutius wird demnächst an mehreren größeren Orten des Wahlkreises sprechen. Der conservative Feldzugsplan wird in der Zusammenfassung definitiv festgestellt werden. — Am 10. d. M. wird auch der biszige freisinnige Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage, Herr Dr. Hermes, hier eintreffen und an zahlreichen Orten des Wahlkreises zu den Wählern sprechen.

* Braunschweig, 5. Febr. Im Mittisch-Trebnitzer Wahlkreise haben nun auch die Deutschfreisinnigen beschlossen, einen eigenen Kandidaten in dem Mühl- und Bauergutsbesitzer Tänzer in Heinrichsdorf aufzustellen. Da dieselbe eine geachtete und beliebte Persönlichkeit, namentlich unter den kleinen Leuten ist, so dürfte er eine ganz beträchtliche Anzahl von Stimmen auf sich vereinigen. Es stehen somit jetzt im Wahlkreis vier Kandidaten gegenüber: Bauergutsbesitzer Johann Tänzer (Centrumspartei), Graf von Stolberg-Brustava (Centrum) und Schuhmacher Heitig-Breslau (Sozialdemokrat).

** Brieg, 5. Febr. Der Kandidat der freisinnigen Partei im Wahlkreis Brieg-Namslau, Herr Max Brömel aus Berlin, wird sich am Sonntag, 16. d. M., seinen Wählern im diesbezüglichen Kreise vorstellen und an diesem Tage Vormittag in Löwen und Nachmittag in Brieg in Wählerversammlungen sprechen. Die Cartellparteien des Wahlkreises halten an der Kandidatur des Barons Georg von Saurma-Jeltsch auf Sterendorf, Kreis Namslau, fest. Die Centrumspartei wird wahrscheinlich einen eigenen Zählcandidaten aufstellen. Die Sozialdemokraten haben den former Schüß aus Breslau als Zählcandidate aufgestellt.

Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 6. Februar. Der Vorsitzende, Justizrat Freund, eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 20 Minuten mit einigen geschäftlichen Mitteilungen. Sodann tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein und bewilligt zunächst 1267,37 M. zur Bereitung der Kosten für Veranstaltungen aus Anlaß der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers in Breslau am 29. und 30. November 1889. Im Weiteren gelangen sodann u. a. folgende Vorlagen zur Erledigung.

Bon der Mittelmühle. Die Versammlung soll sich damit einverstanden erklären, daß dem Pächter der Mittelmühle, Kaufmann Carl Leipziger, gestattet werde, a. auf dem Mühlgrundstück ein Remisengebäude zu errichten und b. behufs Gewinnung des nötigen Bauteerrains einen Schuppen zu verlegen und den Baum an der Uferböschung teilweise zu lassieren.

Der Referent, Stadtv. Heinze, empfiehlt die Genehmigung der Vorlage, die ohne Discussion ausgeprochen wird.

Bewilligung. Zur Bereitung der Kosten der XVIII. Allgemeinen Schlesischen Provinzial-Lehrer-Versammlung werden 125,75 M. auf Antrag des Stadtv. Brechner bewilligt. Die

Verlängerung des Mietshausvertrages mit dem Kaufmann S. Zimmerwahr wegen einer Parzelle vor der Unterführung der Rechte-Ober-Eisenbahn und Vermietung einer nebenanliegenden Parzelle an denselben wird von dem Referenten Stadtverordneten Köhler II zur Annahme empfohlen. — Stadtverordneten Wagner bemängelt, daß dem Mieter gestattet sei, zwischen den beiden Parzellen über d

durch die Unterführung an der Rechte-Ober-Eisenbahn führende Straße zur Verbindung zweier Parzellen ein liegendes Geleise zu legen. Es habe dieses Geleise, namentlich in der Dunkelheit, schon wiederholt zu Unglücksfällen Veranlassung gegeben. Eine Befestigung dieses Uebelstandes sei nach seiner Ansicht nicht schwer, er bitte deshalb den Magistrat, einen hierauf bezüglichen Passus in die Bedingungen aufzunehmen. Der Referent schließt sich diesem Wunsche an, worauf die Vorlage angenommen wird.

Im Anschluß an dieselbe macht der Referent, Stadtv. Köhler II, darauf aufmerksam, daß zwischen den beiden Parzellen und der Trebnitzer Straße von der Marstall-Berwaltung ein Schneeballschlagplatz etabliert worden sei, der sich als ungemein übelständig erweise. Der in Frage stehende Platz sei nach seiner Ansicht für eine derartige Anlage ebenso wenig geeignet, wie etwa die Plätze am Augustaplatz oder an dem Centralbahnhofe. Er bitte, auch diesen Uebelstand zu beseitigen und einen besseren, weiter hinausgelegenen Platz zu suchen.

Protokolle über die Sitzungen des Curatoriums der Gas- und Wasserwerke. In Nr. 67 d. Stg. haben wir aus denselben einige Mitteilungen von allgemeinem Interesse gemacht. Stadtv. Haber bittet, von denselben Kenntnis zu nehmen, indem er den Wunsch daran knüpft, daß das Curatorium im nächsten Jahre die Frage wegen einer Ermäßigung der Gaspreise zu einem Abschluß bringen werde.

Magistrat gibt der Versammlung die Annahme des Vertrages.

Leichtwilligen Zuwendung des Geh. Sanitätsrathes Dr. J. Gräher an die Stadt (s. Nr. 67 d. Stg.) Kenntnis. — Stadtv. Dr. Pannasch in eingehender Weise die hervorragenden Dienste, die der verstorbene Geh. Rath Dr. Gräher sich um die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Breslau erworben hat, hervor und empfiehlt, sich mit der Annahme des Legats einverstanden zu erklären.

Die Versammlung tritt dem bei.

Hospital zu St. Bernhardin. Magistrat legt der Versammlung ein neu entworfenes Statut für das Hospital zu St. Bernhardin mit dem Gründen um Genehmigung desselben vor. Die Vorlage wird auf Antrag des Referenten, Stadtv. Bellier de Launay, dem Ausschuß VI zur Beratung überwiesen. Mit der

Verlängerung des mit dem Fleischermeister Paul Nitschke über die Lieferung des Fleischbedarfs für die Inhaftierten der Gefangenens-krankenanstalt im Armenhause bestehenden Vertrages erklärt sich die Versammlung auf Beifürwortung des Referenten Stadtv. John einverstanden.

Willemer'sche Stiftung. Zur Erweiterung der Wirtschaftsgebäude der Willemer'schen Stiftung in Herrnproßnitz und Errichtung eines Bade- und Krankenhauses sollen aus dem freien Vermögen der Stiftung 41 600 Mark bewilligt werden. Die Versammlung tritt dem Antrage des Referenten, Stadtv. Bluhm, die Vorlage dem Bauausschuß zur Prüfung zu überweisen, bei.

Bewilligung. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß

1) zum Zweck vermehrter Ausgabe von Suppenportionen für die Zeit vom 1. Januar c. bis zum Schlusse des Winters einmalige Subventionen:

- a. von 1500 Mark dem hiesigen Frauenverein zur Speisung und Bekleidung der Armen in Breslau für dessen Anstalten II, III, IV, V und VI.
- b. von 450 Mark dem Bezirksverein für die Nikolai-Vorstadt und
- c. von 70 Mark dem Convent der Grauen Schwestern von der heil. Elisabet

für die von diesen erhaltenen Suppenanstalten bewilligt und

2) der Betrag von 2020 Mark aus dem Haupt-Extraordinarium der Kammer pro 1889/90 entnommen wird.

Stadtv. Müller erachtet als Referent das Vorgehen des Magistrats als sehr dankenswerth und beantragt die Genehmigung der Vorlage.

Neue Bauordnung. Magistrat überwendet der Versammlung eine Nachweisung der seitens der gemischten Commission vorgenommenen Änderungen des von der Commission des Magistrats vorberathenen Entwurfs des königl. Polizei-Präsidiums für eine neue Bauordnung.

Der Referent, Stadtv. Simon, beantragt, die Vorlage den Ausschüssen IV und V zu überweisen. Die Versammlung beschließt dies, nachdem Stadtv. Friedländer noch den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Ausschüsse die Vorlage als eine dringliche behandeln möchten.

Standbilder für den Sitzungsaal der Versammlung. Magistrat beantragt die Bewilligung eines Credits von 24 000 Mark zur Auffertigung von Modellen und aufzufinden Falls zur Ausführung der Standbilder der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. für den Stadtverordnetensaal (s. Nr. 67 d. Stg.).

Referent Stadtv. Heinze hält den Magistratsantrag für gerechtfertigt und empfiehlt die Annahme desselben. Dieselbe erfolgt.

Bewilligung. Zur Deckung der Kosten für Mehrarbeiten bei Reparaturen in Stadthäusern werden 3436,94 Mark bewilligt.

Feuerwehr. Magistrat beantragt, daß der mit dem Particulier A. Körner um die in seinem Grundstück Friedrich-Wilhelmsstraße 58c zu einer Feuerwache und zu Zwecken der Straßenbereinigung gemieteten Räumlichkeiten geschlossene Mietvertrag unter den bisherigen Bedingungen bis zum 31. März 1893 verlängert werde. — Referent Stadtv. Vogel empfiehlt die Annahme des Antrages. Derselbe erfolgt ohne weitere Begründung. Magistrat überwendet der Versammlung den Entwurf der Straßen-Ordnung mit den Änderungen, welche die gemischte Deputation vorgeschlagen hat. Wir haben darüber bereits berichtet. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. Was die Verordnung über das Tragen von Stößen und Schirmen anlange, so erklärte sich die Commission ebenfalls mit den vorgeschlagenen Bestimmungen einverstanden, jedoch hofft

Referent Stadtv. Heinze, daß die Commission sich für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner Vorschriften angeschlossen, da sich in neuerer Zeit in größeren Städten herausgestellt habe, daß gerade diese Vorschriften gegen Fahrzeuge zum Transport geringerer Lasten vorteilhaft befehlt würden. — Der Referent Stadtv. Heilberg bemerkte, daß neben einer Anzahl nur redaktioneller Änderungen folgende wesentliche von der Commission beschlossen worden seien. Das Polizei-Präsidium wollte unter die Straßen und Plätze, welche überhaupt von Fuhrwerk nicht befahren werden dürfen, auch den Hintermarkt gerechnet wissen. Die Commission konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Hintermarkt als Parallelstraße zur Ohlauer- und Albrechtsstraße für den Verkehr der vierrädrigen Velocipeden habe die Commission sich für den Verkehr der inneren Stadt den betreffenden Berliner V

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

L a n d t a g .

* Berlin, 6. Febr. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit dem freifinnigen Antrage wegen der Reform der Eisenbahntarife. Der Abg. Brömel begründete denselben in einer zweistündigen glänzenden Rede, welche bewies, daß Redner die Frage eingehend studirt hatte. Er berief sich meist auf Sachverständige des Eisenbahnwesens, so auf die Regierungsräthe Todt und Ulrich, welche einige Tarifreformen ihrerseits angeregt haben. Redner wies nach, wie ein großer Theil, fast die Hälfte des Güterverkehrs und mehr als ein Drittel des Personenverkehrs, zu billigeren Tarifen als den normalen befördert werde. Das beweist, daß eine Ermäßigung nothwendig sei; daß sie möglich sei, beweisen die großen Überschüsse der Eisenbahnen, welche zu allgemeinen Staatsausgaben verwendet werden, also eine Verkehrsteuer seien. Redner ging dann auf den Zonttarif in Ungarn ein, verwarf aber den Perrot'schen Vorschlag eines gleichmäßigen Personenportos für alle Entfernung und berief sich auf die Vorschläge der Herren Todt und Ulrich. Die Redner der anderen Parteien hatten wohl nicht eine so allgemeine, objective, ja fast zu akademische Begründung des Antrages erwartet; sie hatten jedenfalls eine mehr agitatorische Rede vorausgesetzt und ihre Gegenreden danach eingerichtet. So begannen denn die meisten Redner damit, daß sie im Allgemeinen ihr Einverständniß mit vielen Ausführungen erklärt, aber dann machten sie Bedenken geltend, die meist nicht auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens lagen. Herr von Tiedemann-Bomst meinte, der Landtag solle die Tariffrage dem Landeseisenbahnrath überlassen; er warnte vor einer Ueberstürzung der Tarifreform. Herr von Wedell-Malchow machte namentlich finanzielle Bedenken geltend; denn ohne die Eisenbahnüberschüsse könne man manche Ausgaben nicht machen. Graf Limburg-Stirn hielt den Antrag für einen gefährlichen, weil man seine Tragweite nicht übersehen könne; derselben Ansicht war der Ministerialrath Fleck. Dagegen sprachen sich die Abg. Seer (Provinz Posen), Pleß (Centr.) und Schöller-Breslau für den Antrag aus, welcher einer Commision von 28 Mitgliedern überwiesen wurde. Morgen Eisenbahntarif.

Das Herrenhaus hielt heut seine 3. Sitzung ab. Das Präsidium theille mit, daß es dem Kaiser anlässlich des Ablebens der Kaiserin Augusta die Theilnahme des Herrenhauses ausgedrückt habe, wofür der Kaiser dem Hause seinen herzlichsten Dank aussprechen lasse. Auf die schriftlichen Glückwünsche des Präsidiums im Namen des Herrenhauses hat der Kaiser durch ein Dankschreiben geantwortet. Die Tagesordnung wird ohne eine Debatte von Bedeutung erledigt. Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, statt.

Abgeordnetenhaus. 11. Sitzung vom 6. Februar.

11 Uhr.

Auf Wiederholung: mehrere Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Brömel auf Ermäßigung der Eisenbahntarife. Der Antrag lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die bestehenden Personen-, Gepäck- und Gütertarife einer Reform zu unterziehen, welche durch Ermäßigung der Tarifsätze und Vereinfachung des Tarifsystems die preußischen Staatsbahnen für die wirtschaftlichen Interessen des Landes in erhöhtem Maße nutzbar macht.

Abg. Brömel: Mein Antrag hat vor allen Dingen den Zweck, diese in ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Bedeutung weitauß hervorragendste Frage des Eisenbahnwesens einmal einer besonderen Betrachtung in diesem Hause zu unterziehen. Ich vertraue, daß die Mehrheit des Hauses diesen Antrag einer Commission zur näheren Beratung überweisen wird. Als vor einem oder zwei Jahren der Eisenbahnminister mit allerlei Wünschen auf Tarifermäßigung bedrängt wurde, erklärte er, daß es nicht wohl anginge, Tarifermäßigungen gewissermaßen wie einen Plakat an einzelnen Stellen des Landes niederfallen zu lassen; eine Tarifermäßigung müsse vielmehr wie ein milder Regen auf das ganze Land befruchtend niedergefallen. Wir schlagen Ihnen nun vor, daß die Mitglieder dieses Hauses gemeinschaftlich vor den Herrn Eisenbahnminister hturen und zu ihm sagen: Bitte, Excellen, lassen Sie regnen. (Heiterkeit.) Es ist nicht zu verkennen, daß in einem sehr weiten Umfang nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern sich eine Bewegung für eine Reform des Eisenbahntarifwesens entwickelt hat. Nicht allein Interessenten, Schriftsteller und Volkswirthe, sondern auch, und nicht zum geringsten Theil, Eisenbahnfachmänner selbst halten den Zeitpunkt für gekommen, an eine entscheidende Reform des Eisenbahntarifwesens heranzugehen. Nur weiß ich wohl, daß eine auf ein praktisches Ziel gerichtete Beratung gewissermaßen post festum kommt. Die Eisenbahnen mit ihren feinen Tarifzähnen können die wirtschaftliche Bewegung, welche sich im freien Wettbewerb vollzieht, nicht mitmachen; es liegt in der Natur der Dinge, daß eine Eisenbahntarifänderung meistens in einem Stadium kommt, wo die wirtschaftliche Bewegung bereits ihren Höhepunkt überschritten hat. Daraus folgt aber nicht, daß man überhaupt an den Eisenbahntarifen nicht rütteln dürfe. Allerdings kann man einwenden: Wie ist es denn möglich in einer Zeit, wo überall die Waarenpreise in die Höhe gegangen sind, an einer Ermäßigung der Eisenbahntarife zu gehen? Dieser wirtschaftliche Aufschwung wird aber nach menschlichem Erkenntniß nicht andauern; wir müssen unseren Blick auf dauernde wirtschaftliche Verhältnisse richten. Die Personen- und Gütertarife sind seit einer ganzen Reihe von Jahren unverändert geblieben. In vielen einzelnen Fällen sind Ermäßigungen eingetreten, während von irgend einer gewichtigen Erhöhung der Tarifzähne gar nicht die Rede gewesen ist. Die Wirkung dieser Ausnahmetarife darf nicht unterschätzt werden. Nach der Übersicht über die Verwaltung der preußischen Staatsbahnen im Jahre 1888/89 wurden von dem gesamten Güterverkehr nicht weniger als 49% Procent zu Ausnahmetarifzänen bemüht. Von den gesammten Einnahmen aus dem Güterverkehr entfallen nicht weniger als 39 Procent auf die Ausnahmetarifzäume. Bei dem Personenverkehr wurden 1887/88 mit Hin- und Rückfahrtskarten, Abonnements- und Rundreise-Billetts nahezu 42% der Passagiere befördert, auf die Einnahme entfielen 37½%, auf den königlichen sächsischen Staatsbahnen wurden 1887/88 sogar 7% der Personen zu ermäßigten Säumen gefahren. Was liegt nun näher als die bestehenden Ausnahmetarife, welche in so großem Umfange als normale Säume anzusehen sind, nun auch tatsächlich zu Normalhäfen zu machen? Die preußische Staatsverwaltung hatte 1887/88 einen Überschuß von 343 Millionen, 1888/89 gar von 363 Millionen. Das statistische Anlagekapital verzinst sich mit 6%, das wirkliche mit 7%. Ich meine nun, die Eisenbahnhverwaltung kann sich mit einer geringeren Verzinsung begnügen und einen wesentlichen Theil der jehigen Überschüsse zu Tarifermäßigungen verwenden. Die Frage der Tarifermäßigung ist keineswegs identisch mit einem Angriff auf die Überschüsse der Staatsseisenbahn-Verwaltung. Bei einer richtigen Tarifermäßigung besteht immer noch die Aussicht, die Ausfälle wieder auszugleichen, ja geradezu die Einnahmen zu erhöhen. Um für die Rechnung pro futuro richtige Unterlagen zu gewinnen, wird uns der Eisenbahnminister hoffentlich in der Commission, die sich mit meinem Antrage beschäftigen haben wird, ausreichendes Material zur Beurtheilung der Ergebnisse bisheriger Tarifermäßigungen geben. Wenn die Commission nur dieses Material beschafft, wird sie schon ein gutes Werk gethan haben. Dem Eisenbahnminister kann die Frage der Tarifermäßigung nicht allein überlassen bleiben, er ist der mächtigste Mann nicht allein in wirtschaftlichen Dingen, sondern auch in Bezug auf das finanzielle Ergebnis des ganzen Staatswesens. Dieser hervorragende, einzige Mann hat aber auch eine hervorragende einzige Verantwortung; er kann aus eigener Machtwollkommenheit Tarife ermäßigen, hat aber die ungeborene Verantwortung dafür zu tragen. Da ist es natürlich, wenn er keine durchgreifende Reform vornehmen will; deshalb muß die Landesvertretung mit Hand anlegen. Wir sind also nicht Gegner, sondern Bundesgenossen des Eisenbahnministers in dem Streben nach jeder möglichen Verkehrserleichterung. Der Personenverkehr ist für die Eisenbahnen fast aller Länder sehr wenig rentabel, der Güterverkehr ist der weitauß rentabelste Theil. Ein hervorragender Eisenbahnfachmann und Mitglied der Eisenbahn-Direction in Köln, der Oberregierungsrath Todt, hat über das wirkliche Ertragsnis des Güter- und Personen-Verkehrs im Jahre 1883/84 Berechnungen aufgestellt

Auf denselben rechnerischen Grundlagen habe ich eine Berechnung für 1888/89 gemacht. Danach stellt sich die Einnahme aus dem Personenverkehr im Jahre 1888/89 auf den preußischen Staatsbahnen auf 189½ Millionen Mark; dafür sind geleistet 5950 Millionen Personenkilometer. Für diese Leistung sind nach den angegebenen rechnerischen Grundlagen an Selbstkosten 178½ Millionen Mark aufgewendet; es ergibt also der ganz ungeheure Personenverkehr der preußischen Staatsbahnen einen Überschuß von nur 11 Millionen Mark. Beim Güterverkehr betrug bagegen die Einnahme 559 Millionen Mark; dafür sind geleistet 13 193 Millionen Tonnenkilometer mit einer Ausgabe an Selbstkosten von 263 Millionen Mark; es bleibt also ein Reingewinn von 296 Millionen Mark. Der Personenverkehr erzielt also kaum 6 Procent der Einnahmen als Reingewinn, der Güterverkehr weit über die Hälfte. Fachmänner meinen übereinstimmend, daß das ungünstige Ergebnis des Personenverkehrs allein durch weitgehende Tarifermäßigungen zu bessern sei, keineswegs durch Tariferhöhung. Zu den Ursachen des schlechten Ergebnisses gehört nach den Berechnungen von Todt unter Anderem auch die ungenügende Ausnutzung der Betriebsanlagen und Betriebsmittel, eine Verlustwerbe, die auch von der Bahnverwaltung selbst von jeder als befreit anerkannt ist. Trotzdem ist die Ausnutzung der Personenwagen immer noch im Rückgang. Vor 8 Jahren waren 25,41 p.C. aller Plätze belegt, in 1888/89 nur 24,7 p.C., und namentlich in höheren Klassen ist die Ausnutzung der Wagen immer schlechter geworden. Während vor 8 Jahren die Plätze in der ersten Klasse zu 14½ p.C. ausgenutzt wurden, geschah es im letzten Jahr nur noch zu 9 p.C. Dagegen ist die Ausnutzung der zweiten Klasse von 31,8 p.C. auf 32,2 p.C. gestiegen. Der Massenverkehr ist also von Bedeutung für die jetzt bessere Ausnutzung der Betriebsmittel. Die Entwicklung des Personenverkehrs zeigt, daß hier die bessernde Hand angelegt werden muß. Der gesamte Personenverkehr ist von 1883/84 bis 1888/89 von 147 Mill. Personen auf 207 Mill. gestiegen, also um 40 p.C., der Verkehr in der ersten Klasse dagegen gefallen von 1 421 000 auf 1 061 000 Personen. Der Verkehr der zweiten Klasse ist mäßig gestiegen von 17 auf 20 Millionen Personen, der der dritten Klasse von 80 auf 111 Millionen, der der vierten Klasse von 44 auf 70 Millionen, letzterer für sich allein also um nahezu 60 p.C. Die Bedeutung des Verkehrs der vierten Klasse für die Finanzen ist also in diesem Zeitraume enorm. Nach diesen Verhältnissen hat sich vermutlich eine Herausbildung in der Benutzung der einzelnen Klassen vollzogen; das Publikum wird durch die gestiegenen Bedürfnisse des Verkehrs in die billigere vierte Klasse hineingedrängt. Die vierte Klasse ist zwar über angeordneten wegen der mangelnden Sitzeplätze und der übrigen ungenügenden Ausstattung; für einen Theil der unbemittelten Bevölkerung ist sie aber geradezu ein Segen, besonders für den Nahverkehr, weil eine gewisse Traglast mit in den Wagen genommen werden kann. Für den weiteren Verkehr fehlt es aber an Licht und Luft. Der Eisenbahnminister will hier auch jetzt eine Reform in dieser Beziehung eintreten lassen. Aber auch für den Fernverkehr wird die vierte Klasse sehr stark benutzt. Die durchschnittliche, von einer Person zurückgelegte Strecke, beläuft sich für den ganzen preußischen Staat auf nur 29,78 Kilometer, in der 4. Klasse dagegen auf 63 Kilometer. Allerdings läßt sich die Ausnutzung der Betriebsmittel nicht auf 100 p.C. der Plätze heben, aber ein Nebelstand ist es, daß die Säume häufig ganz leer fahren. Ich bin einmal im Juil, als die Züge von Berlin alle nach der See oder nach dem Gebirge gingen, von Basel bis Berlin allein im Coups gefahren. Todt meint, daß durch bessere Tarifierung die Ausnutzung der Personenwagen, welche jetzt noch nicht die Hälfte des vorhandenen Materials betrifft, gesteigert werden können, und zwar auch ohne Unbequemlichkeit für das reisende Publikum. Auf die principielle Grundlage der Vorschläge mit dem sogenannten Personenporto oder dem in Ungarn eingeführten Zonttarif will ich heute nicht eingehen. Es ist ein Irrthum, daß es völlig gleichgültig sei und die Selbstkosten der Bahn nicht ändern würde, ob in einem Wagen eine Person mehr oder weniger mitgeführt wird. Selbst bei der Post, wo die Frage der Selbstkosten eine viel untergeordnetere Rolle spielt, als bei dem Eisenbahnverkehr, hat man einen verschieden Tarif für die verschiedenen Briefsorten eingeführt. Es handelt sich darum, die Tarife so zu bemessen, daß ein recht ausgedehnter und darum lohnender Verkehr stattfindet. Die ungarischen Staatsbahnen haben den großartigen Versuch mit dem Zonttarif gemacht, dessen Tarifzähne nicht nach einem Kilometer, wie bei uns, sondern nach fünf Kilometern berechnet sind, und es gibt einen Ab-, Mittels- und Fernverkehr. Wenn wir unsere Retourbillets, Abonnements- und Rundreisebillets in Betracht ziehen, so kommen wir bei uns zu ähnlichen oder noch niedrigeren Tarifzähnen wie in Ungarn. Andererseits ist anzuerkennen, mit welcher Entschlossenheit Ungarn mit einem Male eine durchschnittliche Ermäßigung der früheren Tarifzähne um ca. 40 p.C. eingeführt hat. Durch diese Beschränkung auf drei Zonen ist eine Vereinfachung des Systems erreicht worden, welche gegenüber dem in anderen Ländern, auch in Preußen bestehenden ungewohnten Verkehr von einzelnen Billets eine ganz bewundernswerte ist. Ich habe hier eine Anzahl von Billets aus Ungarn vor mir; sie enthalten auf einer Seite nichts weiter als die Angabe der Abfahrtsstation, für welche Zone das Billet gilt und den Fahrpreis; auf der Rückseite sind die Endstationen der Zone angeführt, bis zu welchen das Billet gültig ist. Auf den für Fernzonen gültigen Billets ist die Angabe enthalten, daß das Billet für alle Stationen gültig ist. Auf jeder Eisenbahnstation werden nur 16 Sorten von Billets für jede Wagenklasse in Berechnung gehalten. Damit ist noch nicht gesagt, daß man ohne Weiteres zu diesem System übergehen müßte; die bisher veröffentlichten Bahnen und Erfolge dieses ungarischen Systems scheinen zu Gunsten desselben zu sprechen; dasselbe besteht aber so kurze Zeit, daß man noch keinen Schluss auf die Wirksamkeit der neuen Einrichtung ziehen darf. Wir dürfen nicht vergessen, daß Ungarn nur 4500 Kilometer Eisenbahnen hat, während wir 23 000 Kilometer haben. Dort ist die weiteste Entfernung 800 Kilometer, bei uns weit über das Doppelte, was bei dem Fernzonentarif sehr ins Gewicht fallen dürfte. Es ist ja nicht unsere Sache, der Eisenbahnhverwaltung ein neues Tarifsystem gewissermaßen auf dem Präsidium zu überweisen, in dessen möglicherweise ich auf zwei Vorschläge aus Fachkreisen hinweisen. Der Geheimrath Todt legt das Schwergewicht auf eine durchgreifende Ermäßigung der Tarifzähne für den Nahverkehr; Geh. Rath Ulrich wendet sich gegen das Bierklassensystem, welches dahin führt, daß viele Plätze leer gefahren werden, und schlägt zwei Wagenklassen, eine gepolsterte und eine nicht gepolsterte, vor. Durch die ganze Bewegung geht ein demokratischer Zug, wie denn in England selbst die bestituierten Klassen in sehr ausgedehntem Umfange die 3. Klasse benutzen, die auch bei Schnellzügen mitgeführt wird. Todt schlägt ebenfalls nur zwei Wagenklassen vor, aber er will für Schnellzüge nur Wagen 1. und 2. Klasse, für Personenzüge nur Wagen 2. und 3. Klasse eingeführt wissen. Die Ermäßigung der Tarifzähne, welche er vorschlägt, wird mit einem Schlag die ungeheure Masse der Ausnahmobillets, die Rücksichtskarten, Abonnements- und Rundreise-Billetts, befreiten und alle Tarifzähne ungefähr auf das Niveau der jehigen Ausnahmetarife herabsetzen. Der finanzielle Ausfall, welchen dieser Reformvorschlag im Gefolge haben würde, würde eigentlich wenig ins Gewicht fallen; er würde nämlich pro Jahr ohne Verkehrssteigerung 20 Millionen Mark im Durchschnitt betragen. Andererseits würde aber durch die Ausdehnung des Freigepäcks aus dem Billetpreise der Verwaltung eine Mehreinnahme von 7–8 Millionen Mark erwachsen, so daß der Ausfall sich auf 12–13 Millionen Mark reducieren würde. Die Kosten der Verwaltung würden sich nicht erheblich vermehren; denn einmal ist eine wesentliche Steigerung des Verkehrs zu erwarten, und dann würde durch die Einführung zweier Wagenklassen eine größere Ausnutzung der Wagen erfolgen. Die Einrichtung der Abonnementbillets, welche gerade in Preußen sehr verbreitet ist, könnte vielleicht beibehalten werden. Die Berliner Stadtbahn hat ebenfalls ihre Tarife ermäßigt; es gibt jetzt nur noch zwei Zonen, und es ist lediglich eine Frage der Zeit, daß auf der Berliner Stadtbahn zu einem Einheitszähne für alle Entfernung gebracht wird. Der jehige Gepäcktarif ist unhaltbar; die Gepäckwagen werden nur zu 2 p.C. ausgenutzt. Dies liegt daran, daß der Gepäcktarif zur Zeit ein irrationaler ist. Die Einnahmen aus dem Gepäcktarif liegen sich erheblich erweitern, wenn man nach Art der Postsendungen auch für den Gepäckverkehr den Zonttarif einführt. Noch wichtiger als eine Reform des Personentarifs ist eine Reform des Gütertarifs. Seit langer Zeit sind die Gütertarife in den Normalzähnen stabil geblieben, trotzdem in allen Zweigen der Produktion ein Rückgang der Preise der Produkte stattgefunden hat. Diese Stabilität der Tarife ist mit den wirtschaftlichen Interessen des Landes auf die Dauer nicht zu vereinigen; in Folge dessen ist denn auch für Hunderte von Artikeln ein Ausnahmetarif eingeführt worden. Am 1. Januar d. J. hat der Eisenbahnminister eine Vorlage an den Landeseisenbahnrath gelangen lassen, in welcher ein Ausnahmetarif für Massengüter vorschlägt. Der Ausfall würde 15 Millionen pro Jahr betragen, 11 Millionen allein für Steinkohlen und Coals. Sehr beberzigenswert ist dabei die Begründung, welche er seinem Vorschlag gegeben hat. Er sagt, die Frachtermäßigung sei im volkswirtschaftlichen Interesse von einer solchen Bedeutung, daß man vor einer Einbuße der

Einnahme nicht zurücktreten dürfe. Von der Manigfaltigkeit der Tarifzähne muß man übergehen zu einer gewissen Einheitlichkeit und Einfachheit des Systems. So einfach ist die Sache allerdings nicht, wie es sich eine Petition aus Hannover denkt, welche einfach einen Einheitszähn von 2½ Mark für die Fernzüge vorschlägt und dann meint, auf den ersten Blick werde das hohe Hans erkennen, daß das finanzielle Risiko bei diesem Vorschlag nur ein unbedeutendes sei. Nun ist es ja möglich, daß bei einem einheitlichen Tarif diese oder jene wirklichen oder vermeintlichen Interessen zu kurz kommen würden. Manche Ausnahmetarife für Güter sind aus besonderen wirtschaftlichen oder politischen Rücksichten, z. B. zur Hebung des Exports, zur Abschaltung des Imports, gemacht worden. Es wäre ein Vortheil dieser Reform, wenn auf diese Sonderdiensten keine Rücksicht genommen würde. Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform des Tarifs ergibt sich aus der Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens von selbst, diejenigen, welche noch immer gegen eine Ermäßigung der Personen tarife sind, weil dadurch die Beweglichkeit der arbeitenden Bevölkerung noch gesteigert werden könnte, werden sich durch die gestern veröffentlichten Erlasse eines besseren belehren lassen, in welchen es als eine hohe Aufgabe hingestellt wird, für den Schutz der arbeitenden Klassen Einrichtungen zu treffen.

Abg. Schmieding (nat.): Als ich vor einigen Jahren eine Rede über die Tarifreform hielt, da hatte die freifinnige Presse nur Spott und Hohn dafür, da hielt es, es wäre ganz gut, daß die begehrten Schotterstücke energisch zurückgewiesen werden seien. Deshalb muß ich meine Verwunderung über die heutige Rede des Vertreters der freifinnigen Partei aussprechen. Mit den allgemeinen Ausführungen des Vorredners kann ich einverstanden sein; ich bin einverstanden mit der Vereinfachung des Tarifs, ich bin ferner damit einverstanden, daß die Tarife so herabgedrückt werden müssen, daß die Einnahmen der Eisenbahnen mit den Verzinsungen decken; denn die Eisenbahnen sollen nicht eine indirekte Besteuerung herbeiführen. Mein Widerspruch richtet sich nur dagegen, daß jetzt bald eine Ermäßigung der Tarife für Majenartafel eintreten soll. Der Antrag richtet seine Spize gegen die Montanindustrie; das zeigt sich allerdings deutlicher in dem Antrage, welcher dem Reichstag vorgelegt wurde. Dieser Antrag wollte für die fremden Kosten eine Ermäßigung der Tarife herbeiführen. Der Reichstag hat den Antrag abgelehnt, er war ein Schlag ins Wasser. Wenn der jetzige Antrag, soweit er sich auf die Majenartafel bezieht, durchgeführt würde, so würde er andere Folgen haben, als man erwartet. Die Kohlennoth, die jetzt vorhanden ist, wird dann größer werden. Jetzt ist ja der Wagenmangel für die Kohlengruben etwas befehligt; wenn aber die Massenartafel billiger gefahren werden, wird er sofort wieder auftreten, denn dann werden sich die Ansprüche an den Wagenpark der Eisenbahnen steigern. Die nächste Ursache der Kohlennoth ist ja der Ausstand der Arbeiter, aber die dauernde Ursache ist, daß man nicht rechtzeitig geplant hat, was jetzt zur Unzeit gefordert wird. Hätte man die Tarife nachdrücklich ermäßigt, so würde die Überproduktion der Kohlen befehligt worden sein durch Erweiterung des Abfahrgebietes. Damals wurden wir sogar in der Thronrede gemahnt, die Überproduktion einzuhören; es wurde uns vom Herrn Minister gesagt, wir hätten keine Tarifermäßigungen zu verlangen. Wäre man damals den Wünschen entgegengestellt, dann hätte der Bergbau sich naturnäher entwickeln können. Das amegehrte Verhältniß trat ein bei den Kohlenverbrauchs-Industrien; sie dehnten sich aus und steigerten den Kohlenverbrauch. Wenn die rückläufige Bewegung wieder eintreten sollte, dann würde der Antrag Brömel am Platze sein. Mit der Überweisung des Antrages an eine Commission bin ich einverstanden; es könnte geprüft werden, welche Wünsche schon jetzt eine Verstärkung verdienen, namentlich soweit sie von landwirtschaftlicher Seite kommen. Herr Brömel beklagte sich über die teuren Getreidepreise in Berlin; sie könnten ermäßigt werden durch billigere Tarife. Ich beantrage, den Antrag an eine Commission von 28 Mitgliedern zu vermeiden. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Tiedemann (Bomst): Ich hielte den Antrag zuerst für einen rein agitatorischen, aber die eingehende sachliche Begründung seitens des Antragstellers hat meine Ansicht geändert. Ich kann mich vielen Ausführungen anschließen; aber ich muß doch dem Antrage des Vorredners an, eine Commission von 28 Mitgliedern einzurichten. Die Commission wird aber nicht die Aufgabe haben, Tarifreformen vorzulegen; ich halte es für vollständig falsch, daß der Landtag sich in die Tarifgestaltung mit ihren Einzelheiten mischt; dazu sind die Landeseisenbahnräthe eingestellt. Der Landtag soll sich von solchen Interessenfragen trennen. Unter dem Privatystem ist keine Reform vorgenommen worden, die einzige Maßregel war eine Erhöhung der Tarife um 20 % im Hundert. Unter den Staatsbahnsystemen sind erfreuliche Fortschritte gemacht worden. Auf dem von der Staatsbahnhverwaltung eingeführten Wege müssen wir weiter forschen, aber es darf nicht überstürzt werden; man muß immer dabei prüfen, welche Folgen wird eine jede Maßregel haben in finanzieller, in wirtschaftlicher Beziehung und in Beziehung auf die Eisenbahntechnik. Die wirtschaftlichen Folgen, auf welche wir das größte Gewicht legen, hat Herr Brömel gar nicht berücksichtigt. Allerdings werden jetzt die Überschüsse der Eisenbahnen zum Theil für allgemeine Staatszwecke verwendet; diese Überschüsse sind eine Verkehrssteuer, aber diese Einnahmen können wir nicht entbehren, und in wirtschaftlicher Beziehung müssen wir darauf Rücksicht nehmen, daß nicht die verschiedenen Wirtschaftsgebiete durch eine einschneidende Tarifänderung geschädigt werden. Herr Brömel will die Tarifreform so durchführen, daß eine finanzielle Schädigung nicht eintritt; er hofft auf eine größere Auslastung der Personenwagen. Die wird nicht zu erreichen sein; denn der Rückgang der Auslastung entfällt hauptsächlich auf die Secundärbahnen. Die Statistik über die Auslastung der Wagen und über die Zahl der Personen ist ganz zuverlässig; denn die Statistik gibt nur die Anzahl der verkauften Billets an, und da kann es denn kommen, daß ein Reisender, welcher für eine längere Reise mehrere Fahrkarten kaufen muß, weil er umsteigen muß, in dieser Statistik als drei Reisende auftritt, oder daß ein Reisender 1. Klasse als ein Reisender 2. Klasse, und ein Reisender 4. Klasse auftritt, weil er sich ein Zuschlagsbillett gekauft hat. Herr Brömel hat auf die gestern Abend im "Staatsanzeiger" erschienenen Erlasse hingewiesen und mit Batho gesagt, in Zukunft werde man auch für die Arbeiter auf den Eisenbahnen fahren. Seine Vorschläge gehen dahin, daß die 4. Klasse beim alten bleiben soll. Was ist denn da für die Arbeiter gehehen? Ich bin nicht einverstanden damit, daß wir in Bezug auf den Personenverkehr allzuviel Erleichterung gewähren. Der ungarische Sonenttarif passt für Preußen nicht; dort handelt es sich um 4000, hier um 23 000 Kilometer Staatsbahnen. Der Sonenttarif in Ungarn ist der Stadt Budapest auf den Leib zugeschnitten, denn jeder Reisende, der über Budapest hinauszufahren will, muß dafelbst ein neues Billet lösen. In Preußen kann die Statistik der Tarifreform gar nicht allein gelöst werden; die Staatsbahnen müssen mit den anderen Bahnen in Deutschland zusammengehen, und auch die Zustimmung der anderen Staaten ist notwendig. Wenn Herr Brömel

harauf gerichtet, dem wirtschaftlichen Wohl des Landes zu dienen und dasselbe zu fördern, freilich ohne dabei die finanziellen Grundlagen der Staatsverwaltung und damit die festen Stützen des Staates zu erschüttern. (Beifall rechts.)

Abg. Seer (natl.) hält gerade im Interesse des Ostens eine sehr erhebliche Tarifermäßigung für nothwendig. Der Osten produziert viel theurer als der Westen, weil er viele Bedürfnisse von fern her beziehen müsse. Die Landwirtschaft des Ostens befindet sich in einer Notlage und es müsse ihr durch Tariferleichterungen geholfen werden.

Abg. Pleß (Centr.): Die Vorschläge, welche gemacht werden, beruhen in Bezug auf die Berechnung des Ausfalls und der Verkehrssteigerung immer nur auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen; wir können aber die Vorgänge in anderen Staaten uns als Beispiel dienen lassen. Der Sonntarif ist in Ungarn eingeführt, und wenn er auch nicht übermäßig Gutes gewirkt hat, so hat er doch auch nichts Schlechtes zu Wege gebracht, und das ist schon vollständig genug. In Hamburg-Altona bestand neben einer Pferdebahn die Eisenbahn; die letztere hatte sehr hohe Tarife und konnte mit der Pferdebahn nicht concurren. Als die Tarife herabgestellt wurden, stieg der Verkehr auf das Doppelte. Ähnlich darf auf eine Verkehrssteigerung bei den Eisenbahnen gerechnet werden, wenn eine Tarifermäßigung eintreffe.

Abg. v. Wedell-Malchow (cons.): Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag einer Commission von recht viel Mitgliedern überwiesen wird. Wenn Herr Brömel der Sieg beobachtet sein sollte, wenn es ihm gelingen sollte, eine Fundamentalreform zu Stande zu bringen, so schmückt er sich dabei mit fremden Fehden; denn wenn überhaupt auf dem Gebiete der Tarifreform eine Einwirkung möglich ist, so haben die Möglichkeit die Partien geschaffen, welche sich für die Verstaatlichung der Eisenbahnen ausgesprochen haben; ohne die Verstaatlichung hätten wir es mit selbstständigen Privatbahnen zu thun. Eine Ermäßigung der Tarife ist ja wohl in manchen Punkten wünschenswert, allein wir dürfen dabei die allgemeine Finanzlage nicht außer Acht lassen. Wir haben manche Erleichterungen der Gemeinden nur dadurch bewerkstelligen können, daß wir die Überschüsse aus der Eisenbahnverwaltung mit dafür verwenden. Wir müssen auch bedenken, daß im Reiche bedeutende Mehrausgaben bevorstehen für die Invaliditätsversicherung, für Heer und Flotte. Selbst wenn keine außerordentlichen Mehrforderungen in Aussicht stehen für unsere Colonialpolitik, ist sehr viel Geld erforderlich. Wer steht uns denn dafür, daß nicht große Wirtschaftskrisen eintreten, welche die Eisenbahnneinnahmen sehr herabdrücken. Langsam und vorsichtig muß man bei den Reformen vorgehen. Was die Erlasse des Kaisers betrifft, so denke ich, daß durch die Einrichtung der vierten Klasse allen Ansprüchen der Arbeiter genügt ist. Eine allzustarken Herabdrückung der Personentarife würde gefährlich sein und nur die Selbstfahrt der Bevölkerung verhindern. Mit der Unterlage, welche der Antragsteller für die Verhandlung gegeben hat, wird allerdings die Commissionsberathung kaum eine fruchtbare werden; der Antragsteller müßte dann darauf rechnen, daß andere ihm die Begründung liefern sollten.

Abg. Schöller (frc.) hält eine Ermäßigung der Tarife für nothwendig. Die preußischen Wasserstraßen laufen meistens von Süd nach Nord, mit Ausnahme der märkischen Wasserstraßen; für die Verbindung vom Westen nach Osten fehlt es an Wasserstraßen, welche mit den Eisenbahnen concurren könnten; deshalb ist eine Ermäßigung der Eisenbahn tarife in dieser Beziehung dringend nothwendig. Der Antrag Brömel verdient daher besondere Berücksichtigung.

Abg. Schröder (Pole) hält Tarifermäßigungen, namentlich für das Güter, für nothwendig; bedenklich sei aber eine allzu starke Ermäßigung der Personentarife, weil dadurch die Arbeiter noch mehr vom Osten nach dem Westen gelockt werden würden.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.): Ich habe den Antrag zuerst für einen harmlosen gehalten; nach seiner Begründung erscheint mir der selbe doch gefährlich. Wenn Herr Todt auch im Eisenbahnen eine Autorität ist, so kann ich seinen Schlüssen, die er aus den statistischen Mittheilungen zieht, nicht folgen. Eine vermehrte Ausnutzung der Personenwagen wird kaum möglich sein; denn leere Wagen laufen nur auf den Nebenlinien, nicht auf den Hauptlinien; dort sind die Wagen immer besetzt; die Büge sind zu lang, es müßten also bei der Verkehrssteigerung neue Büge eingelegt werden, und dadurch steigen die Kosten. Die Ausnahmetarife sollte man der Verwaltung nicht zum Vorwurf machen; sie zeigen, daß unser Tarifwesen sich in seinem Flusse befindet, das es sich weiter bildet; was bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen versprochen wurde, ist reichlich erfüllt. Es ist aber gut, daß der Antrag in eine Commission geht; die Erörterungen werden dann zeigen, daß schließlich doch alles ganz gut ist, wie man es nicht besser machen kann. (Beifall rechts.)

Abg. Brömel erhält das Schluswort als Antragsteller: Auf der rechten Seite des Hauses scheint man den Grundsatz des laissez aller zu proklamieren, den man auf anderen Gebieten nicht gelten lassen will. Redner macht dann einige persönliche Bemerkungen gegen die vorigen Redner.

Der Antrag wird einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Der Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung für unvorhergesehene Ausgaben im Jahre 1888/89 wird durch Kenntnissnahme für erledigt erklärt.

Schluß nach 3½ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Eisenbahnatlas)

Herrenhaus. 3. Sitzung am 6. Februar.

1 Uhr.

Am Ministerialische v. Scholz, v. Lucius, v. Schelling.

Der Präsident macht dem Hause davon Mittheilung, daß das Präsidium dem ihm ertheilten Auftrage gemäß Sr. Majestät dem Kaiser und König das Beileid des Herrenhauses aus Anlaß des Ablebens der Kaiserin Auguste ausgesprochen hat. Der Kaiser hat das Präsidium beauftragt, dem Hause dafür seinen herzlichsten Königlichen Dank zu sagen.

Zum Geburtstage des Kaisers hat das Präsidium die ehrfürchtigsten Glückwünsche des Hauses schriftlich eingerichtet, da der Kaiser der Landestrainer wegen nicht in der Lage war, das Präsidium persönlich empfangen zu können. Dem Präsidium ist darauf das folgende allerhöchste Anschreiben zugegangen:

Mit aufrichtiger Freude habe Ich die Glückwünsche des Herrenhauses entgegenommen, welche Mir das Präsidium aus Anlaß Meines Geburtstages unter Erneuerung des Gelobnisses der Treue in warmen Worten dargebracht hat. Für diese Betätigung inniger Theilnahme spreche Ich dem Präsidium Meinen herzlichsten Dank aus.

Berlin, den 29. Januar 1890.

Neu berufen und bereits in das Haus eingetreten ist Landrat v. d. Neck (Grafschaft Mansfeld und Saalekreis).

Auf der Tagesordnung steht die einmalige und Schlussberathung einer Reihe kleinerer Vorlagen. Die Kirchengemeinde-Ordnung für die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Bornheim, Oberrad, Niederrad, Bonames, Niederursel und Haufen wird ohne Debatte unverändert angenommen, desgleichen der Entwurf, betreffend die Abänderung des § 11 des Gesetzes über die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen, und der Entwurf, betreffend die Abänderung des § 19, Absatz 1, des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872, letzterer nach Abstimmung eines Amendements des Herrn von Jerin.

Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes von 1869, betreffend die Konsolidation preußischer Staatsanleihen, wird für erledigt erklärt und der Vertrag vom 20. November 1889 wegen Fortdauer des thüringischen Zoll- und Handelsvereins ohne Debatte unverändert angenommen.

Schluß nach 2½ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Gesetzentwurf, betreffend die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in der Provinz Schlesien.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 6. Februar. Die Erlasse des Kaisers Wilhelm über die Arbeiterfrage machen auch in Wien großen Eindruck. Das „Wiener Tagbl.“ legt dem Kaiser Wilhelm den Ehrennamen „Arbeiterkaiser“ bei und sagt, das Programm des Kaisers Wilhelm geht weit über alle offiziellen Reformprogramme hinaus, welche bis jetzt aufgestellt worden sind. Der anfangs auffällige Unzufriedenheit, daß unter den Staaten, mit welchen eine internationale Verständigung über die kaiserliche Anregung zu suchen ist, Österreich und Italien nicht genannt sind, wird dahin interpretiert, daß die Zustimmung der genannten beiden Staaten zu der Conferenz entweder schon gesichert ist oder vermöge des bundesfreundlichen Verhältnisses als gewiß angenommen wird. Die Version dagegen, daß Österreich nicht zu den Industriestaaten zu zählen sei, wird nicht

gelten gelassen, zumal Österreich gerade in dem letzten Jahr in Auslandsfragen reiche Erfahrungen gemacht hat. — Die Londoner Presse bespricht die Vorschläge des Kaisers mit den ihnen gebührenden Achtung, allein in kommerziellen und industriellen Kreisen dürften sie kaum eine freundliche Aufnahme finden. Der „Standard“ verspricht sich keine praktischen Erfolge von der geplanten internationalen Conferenz. Wenn der Kaiser beabsichtigt, so schreibt das Blatt, ein gemeinsames System der Einmischung in die Verhältnisse der industriellen Production vorzuschlagen, so dürfte England kaum in der Lage sein, seinen Wünschen entgegenzutreten. Die öffentliche Meinung ist keineswegs vorbereitet, solche Maßregeln anzunehmen, noch dürften sie annehmbarer gemacht werden, wenn sie von dem Haupt-Schulzollstaate der Welt vorgeschlagen werden. Dieser Vorschlag des Kaisers ist in Wahrheit eine Verleugnung des Schatzolls. Möge er den Nationen der Welt vorstehen, die Freiheit einzuführen, dann wird er für das Elend seines Volkes das Heilmittel angewendet haben, welches einige Aussicht haben würde, sich erfolgreich zu beweisen.

Dem Abgeordnetenhaus ist soeben das Secundärbahngesetz sowie das Gesetz, betreffend den Erwerb weiterer Privatbahnen für den Staat, zugegangen. Letzteres ermächtigt den Staat zur künftigen Übernahme der Wahlhausen-Schmalzalder Eisenbahn, der Unterelsbischen Eisenbahn, der Westholsteinischen Eisenbahn und der Schleswig-Holsteinischen Marschbahn im Gesamtbetrag von 26 269 300 Mark, wofür 3½ proc. consolidierte

Anleihen ausgegeben werden sollen. Das Secundärbahngesetz wirft Anträge auf die Bau neuer Eisenbahnen und zur Beschaffung von Betriebsmitteln insgesamt 201 656 466 M. aus. Schlesien ist daran befreit mit den neuen Bahnen Lublin-Lwow 1 400 000 M., Cösl, Stadt, nach Polnisch-Neukirch 1 500 000 M., Striegau nach Malisch 3 045 000 M., Goldberg nach Löwenberg 2 840 000 M., Goldberg nach Merzdorf 3 700 000 M. Außerdem wird u. a. für eine Bahn von Swinemünde nach Heringsdorf 600 000 M. gefordert.

Zur Anlage zweiter und mehrerer Geleise werden für schlesische Bahnen gefordert: Neisse-Deutsch-Rasselwitz 1 350 000 M., Lauban-Greiffenberg-Hirschberg bis Ruhberg 2 260 000 M.; für die Berliner Ringbahn 6 300 000 M. Ferner werden ausgeworfen für die Vereinigung der Bahnhöfe der früheren Oberschlesischen und der A.-D.-U.-Eisenbahn in Beuthen OS., sowie die anschließende Strecke bis Chorzow und die Herstellung der Bahnverbindung Chorzow-Katowitz die Summe von 5 400 000 M. Für die selbstständige Einführung der Bahnlinie Groschowitz-Gr.-Strehlitz-Laband in die Bahnhöfe Gleiwitz und Oppeln, sowie die Ränderung des Bahnhofs zu Gleiwitz und die Erweiterung des Bahnhofs Oppeln die Summe von 8 650 000 M., für die Herstellung der Verbindungsbaahn zur Umleitung durchgehender Büge auf der Südsseite von Breslau, sowie eines

Rangirbahnhofs daselbst die Summe von 19 950 000 M. Die Nationalliberalen des Abgeordnetenhauses bereiten einen Antrag vor, die Kriegsschuld der Stadt Königsberg in Pr. aus dem Anfang dieses Jahrhunderts vom Staat übernehmen zu lassen. Die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses hat beauftragt von mehreren schlesischen Gymnasien beantragte Erhöhung des Normalatals und Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern mit Rücksicht auf die den Lehrern wollwollende Erklärung des Ministers und die früheren Beschlüsse des Hauses durch motivierte Tagesordnung erledigt.

Die Herrenhauscommission beantragt zum Gesetz der Unterhaltung der nicht-schiffbaren Flüsse Schlesiens eine Resolution, die Regierung zu ersuchen, Anlagen zur Be- bzw. Entwässerung der Flussniederung, zum Schutz und zur Förderung der Fischzucht zu begünstigen und auf die Ausnutzung der nutzbaren Wasserkraft Bedacht zu nehmen. — Ferner ging dem Herrenhause ein Gesetzentwurf zu, die Abänderung von Amtsbezirken betreffend; danach werden zugelegte Gemeinde Rennersdorf und Riesigk Rennersdorf im Kreise Neisse unter Abtrennung vom Amtsgerichte Neisse dem Amtsgericht zu Friedland in Oberschlesien; die Gemeinde Tschirne, Kreis Bunzlau, unter Abtrennung vom Amtsgericht Bunzlau, dem Amtsgerichte zu Naumburg am Quell.

Das „Reichsgesetzblatt“ publicirt das Gesetz, betreffend die Postdampferverbindung mit Ostafrika vom 1. Februar 1890. Die Arbeiter der lgl. Werkstätten in Spandau hatten bekanntlich vor einigen Wochen ein mit ca. 7000 Unterschriften versehenes Dankschreiben an den Kriegsminister wegen des Eintretens in der Budgetcommission für den Bau von Arbeitshäusern in Spandau gerichtet. Hierauf ist dem Director der Pulverfabrik, Generalmajor Küster, folgendes Schreiben zugegangen, das durch Anschlag an den lgl. Werkstätten fund gegeben werden soll: Aus der Adresse hab ich mit Genugthuung ersehen, daß das Bestreben der Heeresverwaltung, die Wohlfahrt der Arbeiter zu fördern, von den Arbeitern mit Dank anerkannt wird. Inwieweit der Bau der Arbeitshäuser gefördert werden kann, hängt von der Bereitstellung der Mittel durch die gesetzgebenden Factoren ab. Die Arbeiter der technischen Werkstätten können indeß versichert sein, daß ihr Interesse seitens der Heeresverwaltung nach Möglichkeit vertreten werden wird. Gez. Verdy du Vernois.

— Der Kriegsminister soll nach der „Post“ beabsichtigen, Ende der nächsten Woche persönlich nach Spandau zu reisen, um eine Abordnung der Arbeiter der verschiedenen Fabriken zu empfangen. Der Fürstbischof Dr. Kopp kam gestern Abend von Breslau nach Berlin.

Der Polizeipräsident von Müffling in Frankfurt a. M. ist, wie das „Mainz. Journ.“ meldet, nicht wegen der Bockenheimer Bergänge nach Berlin gereist, sondern aus Gründen, welche bereits in der vorigen Woche maßgebend waren und mit der Versammlung in Bockenheim außer allem Zusammenhang stehen.

Major Liebert vom Großen Generalstab, welcher sich demnächst nach Ostafrika begeben wird, ist heute vom Kaiser empfangen und aus Anlaß der Verdienste, welche sich derselbe als Stellvertreter des Majors Wöhmann bei der Organisation der ostafrikanischen Schutztruppe erworben hat, mit dem Kronen-Orden 3. Klasse ausgezeichnet worden.

Der Afrikareisende Krause steht der Kreuztg. mit einer für die Entwicklung der englischen Goldküsten-Colonie und des deutschen Schutzegebietes Togoland an der Selaventküste in Westafrika wichtige Neuigkeit sei vom Volta zu melden. Dieser bedeutende Fluss sei vor Kurzem von einem deutschen Dampfer etwa 330 Kilometer von seiner Mündung aufwärts befahren worden. Drei Deutsche haben an der Fahrt teilgenommen. Sie konnten feststellen, daß die Mission des Hauptmanns von François, einige Dörte in diesen Gegenden unter deutschem Schutz zu stellen, gescheitert sei.

Im Befinden des Hauptmanns Kund ist in den letzten Tagen eine erfreuliche Besserung eingetreten. Der Patient macht bei dem schönen Wetter schon wieder tägliche Spaziergänge zum Theil unter sorgsamer Führung, zum Theil sogar allein. Auch mit dem Sprechen geht es besser. Es lassen sich daran die besten Hoffnungen knüpfen.

In dem gestrigen englischen Ministerrath erklärte Salisbury die Nachrichten über den Conflict mit Portugal seien günstig.

Nach dem nunmehr in allen Einzelheiten festgestellten Plane des

aus Paris mittheilt, im Jahre 1891 folgende Kriegsschiffe theils fertig gestellt, theils der Vollendung entgegengeführt, theils in Bau genommen: 10 Panzerschiffe, ein Panzerkreuzer 1. Klasse, 4 Panzerkreuzer 2. Klasse, ferner 2 schnelle Kreuzer 1. Klasse, 4 schnelle Kreuzer 2. Klasse, sowie 2 Torpedokreuzer, 5 Torpedos 1. Klasse, 12 Hochseitorpedos, 35 Torpedos 1. Klasse.

Nach einer Belgrader Meldung hat Janow eine Proclamation an das bulgarische Volk gerichtet, in welcher er dasselbe auffordert, nicht vor dem Schajt zurückzuschreiten und den Usupator Ferdinand zu verjagen, und dem Prinzen den Rath ertheilt, wenn ihm sein Leben lieb sei, Bulgarien freiwillig zu verlassen.

Aus Sofia wird über die Affäre Paniza gemeldet, daß unter den beschlagnahmten Papieren des Majors ein chiffrirtes Schriftstück mit dem Namen Hitrowo's, des russischen Gesandten in Bukarest, gefunden worden ist. Paniza soll überall erklärt haben, Hitrowo habe ihm mitgetheilt, daß, wenn die Bulgaren sich nicht selbst von ihrem gegenwärtigen Regime befreie, Rußland im Monat März zur Occupation Bulgariens schreite. Um diese Occupation zu vermeiden, habe Paniza sich so viel Mühe mit der Verschwörung geben, die jedoch nur wenige Anhänger fand.

+ Frankfurt a. M., 6. Febr. Der „Frank. Ztg.“ wird aus Madrid berichtet: Zwischen dem Ayuntamiento (Stadtteil) der Hauptstadt und dem von der Regierung ernannten Alcalde Mellado ist ein Conflict ausgebrochen. Die Stadtverwaltung und die städtischen Finanzen sind mehr als je desorganisiert. Der Rücktritt des Alcalde gilt für wahrscheinlich.

!! Wien, 6. Februar. Die „Pol. Corr.“ meldet aus Petersburg: Die Commission zur Revision der Statuten der evangelischen Kirchenverwaltung unterbreite dem Zaren den Schlussbericht, in welchem beantragt wird, die evangelischen Kirchengemeinden einer strengen Kontrolle der Regierung zu unterstellen, auf welche künftig auch das Patronatsrecht in allen Kirchenpfarreien überzugehen habe. Den Kirchengemeinden soll zwar das Recht zu stehen, Candidaten für erledigte Pfarrstellen vorzuschlagen, die Bestätigung jedoch ausschließlich vom Minister des Innern abhängen. Endlich soll die Verwaltung der Kirchengräte den Pastoren entzogen und den Gouvernementsbehörden zugewiesen werden. Die Sanctionierung dieser Anträge durch den Zaren gilt für gewiß. — Prof. Dittel diagnosticirte bei Andrassy eine carcinomatöse Neubildung in der Blase. Der Zustand des Patienten ist völlig hoffnungslos und die Katastrophe bevorstehend. Auf höheren Auftrag ist heute ein Hôpital nach Boloska gereist.

a. Brüssel, 6. Februar. Die gesammte belgische Presse begrüßt die Erlasse Kaiser Wilhelms sympathisch. Die Zusage Belgiens zu einer Arbeiterschutz-Conferenz erscheint zweifellos.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

Berlin, 6. Februar. Der Reichskanzler gab heut Nachmittag den Beamten des Handelsministeriums ein Mittagessen, wobei er dem Unterstaatssekretär und den vortragenden Räthen seinen Dank für die treue Unterstützung aussprach, welche sie ihm während seiner zehnjährigen Leitung des Handelsministeriums zu Theil werden ließen. Am Diner nahm der neue Handelsminister v. Verleysch Theil.

München, 6. Februar. Die vereinigten Ausschüsse der Kammer und Reichsräthe beschlossen einstimmig, den Antrag des Centrums, auszusprechen, daß das placetum regium sich nicht auf die Glaubens- und Sittenlehre erstrecke, als formell unzulässig abzuweisen. Betreffs der rechlichen Stellung der Altkatoliken wurde die Abstimmung veragt. Ein Antrag von Abgeordneten, die Regierung möge auf die Rückberufung der Redemptoristen im Bundesrat hinwirken, wurde angenommen.

Stuttgart, 6. Febr. Der von Göppingen kommende Personenzug fuhr heute früh in Cannstatt auf einen Güterzug, welcher entgleiste. Dem „Neuen Stuttgarter Tagebl.“ zufolge wurden mehrere Wagen zertrümmt. Das Geleise nach Remslahn ist gesperrt. Verletzt wurde Niemand.

Stuttgart, 6. Febr. Der „Staatsanzeiger“ teilt über das gerichtliche Verfahren gegen den Attentäter Martin Müller Folgendes mit: Oberstaatsarzt Ludwigsburg erklärte, Müller leide an primärer Verrücktheit; dieselbe Überzeugung gewann der Untersuchungsrichter. Das Medicinalcollegium sprach die Unzurechnungsfähigkeit Müllers für unzweifelhaft aus. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft entschied das Landgericht, Müller hinsichtlich der Beschuldigung des Mordversuchs, begangen an dem Prinzen Wilhelm, und des Hochverrats außer Verfolgung zu setzen. Da es außer Zweifel ist, daß Müller geisteskrafft ist, wird derselbe nunmehr nach einer öffentlichen Irrenanstalt verbracht.

Wien, 6. Febr. Die „Pol. Corresp.“ ist erstaunt, zu erklären, daß die Darstellung einiger Blätter, nach welchen durch die beobachtete Einführung rauchlosen Pulvers in der bereits beendigten Ausrüstung der Infanterie mit dem achtmillimetrischen Repetiergewehr Veränderungen notwendig würden, welche eine finanzielle Belastung und Störungen bezüglich der Schlagfertigkeit der Armee befürchten ließen, unrichtig sei. Bei der Construction des Repetiergewehrs sei auf die Einführung des rauchlosen Pulvers bereits von vornherein Rücksicht genommen worden; die notwendig werdende Veränderung des Gewehres beschränkt sich ausschließlich auf eine Correctur der Visirvorrichtung und wird weder die Schlagfertigkeit

jährlich zu erneuernder parlamentarischer Commissionen mit 285 gegen 203 Stimmen ab. Ein Antrag, nach welchem einfach die Befugnisse der Commissionen zu erweitern seien, wurde schließlich an die Commission zurückgewiesen.

Paris, 6. Februar. In der Budgetcommission sprachen Léonard und Rovier über den Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzungsbudgete. Der Finanzminister bestätigte die in den Zeitungen erwähnten Gerüchte über eine Anleihe und wies auf die Notwendigkeit hin, in Folge der Consolidierung der Obligationen mit sechsjähriger Laufzeit neue Hilfsquellen zu finden, um zu einem wirklichen Budgetgleichgewicht zu gelangen. Die Regierung sei entschlossen, vom Lande nur die notwendigen Opfer zu verlangen. Nach einer ziemlich erregten Discussion beschloß die Commission, das Creditgesetz der Regierung zurückzustellen, damit dieselbe die Möglichkeit prüfe, einige der geforderten Credits in das Budget von 1891 einzustellen, welches nach den Erörterungen der Minister mit ausreichenden Hilfsquellen ausgestattet sei. Die Regierung erklärte sich hiermit einverstanden.

Paris, 6. Februar. Der Untersuchungsräther verfügte nunmehr die gerichtliche Verfolgung gegen Laveissière, Joubert, Präsident der österreichischen Staatsbahngesellschaft, und Secretan, Administratoren der Société des Mâtaux, und gegen Hentsch, den Präsidenten des Verwaltungsraths des Comptoir d'Escompte. Die Anklage lautet auf Vertheilung einer fictiven Dividende. Secretan ist außerdem wegen wucherischen Aufkauhs von Waaren angeklagt.

London, 6. Februar. Die „St. James Gazette“ bespricht die beiden kaiserlichen Erlassen und erkennt in den Vorschlägen des Deutschen Kaisers ein bedeutsames Zeichen der Zeit. Obgleich die Engländer kaum vorschnell den Regierungen in den Arbeiterfragen entgegenkommen würden, so sei es doch unleugbar, daß der Strom der Zeit sich in der vom Deutschen Kaiser angegebenen Richtung bewege. — Die „Pall Mall Gazette“ beurtheilt die Erlassen von ihrem radikalen Standpunkte aus, jedoch im Ganzen zustimmend. Salisbury werde die Einladung des Kaisers annehmen müssen, selbst wenn er sich geweigert hat, an der in Aussicht genommenen Arbeitskonferenz in Bern im nächsten Mai teilzunehmen. Die Sache steht jetzt ganz anders bei einer Einladung, welche die Unterchrift des Deutschen Kaisers trägt. Die Erklärungen des Kaisers seien ganz vortrefflich. In weiterem Verlaufe des Artikels bezeichnet die „Pall Mall Gazette“ die Erlassen als eins der bedeutendsten Ereignisse in der modernen Geschichte Europas.

London, 6. Februar. Das „Bureau Reuter“ meldet: Diplomatischen Berichten aus Athen zufolge soll das Cabinet Tritupis fest entschlossen sein, die durch den kaiserlichen Ferman auf Kreta geschaffene Lage nicht anzuerkennen; es werden heimlich Vorbereitungen getroffen, um gegebenenfalls in eine Action zu Gunsten der Kretenen einzutreten zu können. Die centralen Mächte hätten der griechischen Regierung wiederholt und auf das Deutlichste zu verstehen gegeben, Griechenland werde in einem solchen Falle die Folgen seiner Handlungen allein zu tragen haben. Das Gericht, die Mächte beabsichtigten, Schritte zu thun, um die Zurückziehung des Fermans zu erlangen, sei unbegründet; die englische Regierung beschränke sich auf die wachsame Beobachtung der Ereignisse in Kreta.

London, 6. Februar. Heute Morgen hat in der Kohlengrubberghöchan in der Nähe von Newport, Südwales, eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden. Alle Verbindung mit der Grube, in welcher sich 300 Arbeiter befinden, ist abgeschnitten.

London, 6. Februar. Bis Nachmittag um 3 Uhr sind 60 Leichen in Abergang aufgefunden worden.

Stockholm, 6. Februar. Gestern legten in den Grängesbergsgängen (Darlane) 400 bis 500 Arbeiter die Arbeit nieder. Da dieselben gegen Personen und Eigentum gewaltsam vorgingen, mußte Militär requirierte werden.

Locale Nachrichten.

Breslau, 6. Februar.

?? Wahlversammlung der Cartellparteien. Die für gestern Abend nach Köslers Brauerei einberufene Versammlung der cartellistischen Wähler nahm einen ziemlich raschen Verlauf, da Herr Diacous Küngel seine in Aussicht gestellte Rede wegen plötzlich eingetreterner Erkrankung nicht halten konnte. Gegen 8¹/₂ Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kaufmann Stenkel, die Versammlung mit einer kurzen Ansprache und versuchte darin eine Rechtfertigung seiner Ausserung am 25. v. M. im nationalliberalen Wahlverein, die Deutschfreisinnigen seien wiederholt mit den Reichsfeinden gegangen, wegen deren ihn die freisinnige Presse heftig angefeindet habe. Er führte aus, in einer unlängst abgehaltenen deutschfreisinnigen Wahlversammlung sei erklärt worden, man wolle in der Stichwahl lieber für einen Sozialdemokraten, als für einen Cartell-Candidaten stimmen. Ferner müsse er darauf hinweisen, daß die deutschfreisinnige Partei gegen viele Gesetzesvorlagen mit den Polen, Dänen und Sozialdemokraten, also mit den Reichsfeinden, gestimmt habe. Also müsse er seine Ausserung, die Deutschfreisinnigen seien wiederholt mit den Reichsfeinden gegangen, aufrecht erhalten. Dagegen habe er nie gesagt, die Deutschfreisinnigen gehörten zu den Reichsfeinden. — Die darauf folgende Rede des Staatsanwalts Petersson beschäftigte sich ausschließlich mit der Sozialdemokratie. Der Redner ging von einem sozialistischen Aufruf aus, der mit den Worten beginnt: „Proletarier aller Länder vereint euch, ihr habt nichts zu verlieren, als eure Ketten, ihr habt die ganze Welt zu gewinnen!“ An der Hand dieser Worte suchte er die Gemeinschädlichkeit der Sozialdemokratie nachzuweisen, wies die Berechtigung ihrer weit gehenden Forderungen zurück, deutete darauf hin, was von Seiten der Regierung und Gesetzgebung für das Wohl der Arbeiter schon gethan worden sei, und was noch werde gethan werden, wobei er sich hauptsächlich auf die Kaiserliche Postfahrt vom 17. November 1881, auf die bisher erfolgte soziale Gesetzgebung und auf die soeben veröffentlichten Cabinetsordens Wilhelm II. bezog, und forderte schließlich zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie auf, der zwar einerseits mit Liebe, aber auch mit Energie geführt werden müsse. — Nachdem der Redner geschlossen, proklamierte der Vorsitzende mit einigen Worten des Dankes den Schluß der Sitzung. Während dessen bat ein anwesender Arbeiter (wahrscheinlich Sozialdemokrat), „um Discussion“, wurde aber sofort aus dem Saale entfernt.

— d. Bezirksverein der Nicolai-Vorstadt. In der letzten, zahlreich besuchten Versammlung sprach Lehrer W. Köhler über Schul- und Erziehungsfragen. Nachdem der Vortragende einleitend darauf hingewiesen, wie geringe Gunst von einzelnen Kreisen der Volksschule zu gewendet werde, während von Andern die Wirkamkeit der Schule wieder überschätzt werde, sprach er von äusseren Schuleinrichtungen. Wie jahr man auch die Zunahme der vielfältigen Mäzenatschulhäuser bedauern möge, so werde sich doch in großen Städten, wo der theuer erkaufte Raum gehörig ausgenutzt werden müsse, nichts dagegen thun lassen. Wenn nur die Schulsysteme selbst in kleinen, pädagogisch zulässigen Grenzen blieben! Die Luftbeizung werde nach den bisherigen Erfahrungen von der Lehrerschaft allgemein verworfen. Die Worte seien besser in den Hof zu verlegen. Die Schulräume müßten täglich gefeiert werden. In Folge dessen müßten auch die Hausdienner besser gestellt werden, um die erforderlichen Hilfskräfte stellen zu können. Nachdem Redner kurz über Schulräder während der Unterrichtszeit und über Schülerbibliotheken seine Meinung ausgesprochen, verbreitete er sich des Weiteren über die im Vorjahr mit Eifer von Frankfurt a. M. her angeregten „Haushaltungsschulen“ für aus der Schule entlassene Mädchen aus dem Volle. Diese Schulen, in welchen die verschiedensten wirtschaftlichen Verrichtungen, Kochen, Waschen, Plätteln usw. den jugendlichen, dem häuslichen Wirkungskreise entfremdeten Arbeiterinnen in einem Umfange gelehrt würden, wie ihn ein kleiner Haushalt erfordere, dürften sich mit der Zeit zu wirklichen Fortbildungsschulen für Mädchen entwickeln. Mit der Volksschule ließen sie sich schwer-

lich in Verbindung bringen. Jugendspiele in besonders angesehenen Stunden während der Unterrichtszeit müßten in großen Schulhäusern notgedrungen eine ununterbrochene Störung herbeiführen. Wichtiger sei die Schaffung von großen Spielplätzen für die auf die Straße oder eben Hörfäume angewiesenen Kinder der inneren Stadt; es dürfte sich jedoch die Ausführung dieses Wunsches, in Breslau wenigstens, schwer ermöglichen lassen. Die erziehliche Wirkung eines gut geleiteten Spieles lasse sich nicht bestreiten. Von Fragen mehr unterrichtlicher Natur, die der Vortragende berührte, seien besonders die Orthographiefrage und das neu eingeführte Körperzeichnen erwähnt. Mit letzterem seien verschiedentlich gute Anfänge gemacht. Ob die Erfolge den an die Lehrer gestellten ungleich höheren Anforderungen bei dem Betriebe des Unterrichts mit zwei wesentlichen verschiedenen Abtheilungen entsprechen werden, müsse die Zukunft lehren. Überhaupt sei die gegenwärtige Schule bei der oft grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit den geplanten Neuerungen gegenüber darauf angewiesen, durch das Experiment praktisch zu erprobem, ob eine Einrichtung sich bewähre oder nicht. Mit der Orthographiefrage seien wir in einer Sackgasse gerathen. Das öffentliche Leben erwies sich der neuen Rechtschreibung gegenüber in zäher Weise unzugänglich. Es lasse sich nicht gut einen Rath geben, wie diesem Missstande abzuholzen sei. Am Schlusse seines mit Beifall aufgenommenen Vertrages wies der Redner auf die in der sog. „Einheitschule“ zu Tage tretenden Reformbestrebungen hin. Den ersten praktischen Versuch mit einer „Einheitschule“, die alle höheren und niederen Schulsysteme umfassen sollte, gedachte demnächst die Stadt Karlsruhe zu machen. — Nach einem Bericht über den Stand der Sterbehäuser Angelegenheit wurde dieselbe einer aus 6 Mitgliedern bestehenden Subcommission zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Im Weiteren berichtete der Vorsitzende, Maurermeister und Stadtverordneter Simon, über den Stand der Schlachthoffrage, der elektrischen Beleuchtung und des Baues von Markthallen. Beschwerden über schlechtes Pflaster am Freiburger Bahnhofe, auf der Langegasse und der Friedrich-Carlsstraße wurden dem Vorstande zur Erledigung überwiesen.

— o Unglücksfälle. Der auf der Nicolaistraße wohnende Kellner August B. fiel gestern so unglücklich gegen den scharfen Rand einer Bank, daß er einen Rippenbruch linksseitig erlitt. — Die gleiche Verlehung an den rechten Körperseite zog sich der Haushälter K. von der Friedrichstraße zu, welcher in Folge Ausgleitens mit der Brust gegen ein am Boden liegendes Holzstück aufschlug. — Bei der Verhaftung an der Kreisfäge verunglückten am 5. d. M. der auf der Sternstraße wohnende Arbeiter Friedrich H. und der Arbeiter Johann D. Weihgasse wohnhaft. Beide Männer trugen schwere Verlehrungen der rechten Hand davon. — Allen diesen Verunglücken wurde in der königl. chirurgischen Klinik ärztliche Hilfe zu Theil.

— o Verhaftungen. Am 5. d. M. Morgens wurde einem Bäcker gesellen auf der Schießwerderstraße aus seinem in der Schlaftube steckenden verschlossenen Koffer ein Portemonnaie mit über 30 Mark Inhalt, ferner eine silberne Cylinderuhr und verschiedene andere Wertbüchsen entwendet. Der Verdacht der Thätigkeit lenkte sich auf den Bäckerlehrling Max Weißlich, der sich gestern aus der Werkstatt heimlich entfernt hatte und bis zum Abende nicht zurückgekehrt war. Die Vermuthung, daß der Lehrling Breslau würde verlassen wollen, bestätigte sich. Als der Geselle gestern Abend auf dem Centralbahnhofe Umschau hielt, traf er dort den Lehrling am Fahrkartenschalter an, wo er eben im Begriff stand, sich eine Fahrkarte nach Berlin zu lösen. Der jugendliche Flüchtling wurde natürlich an der Ausführung seines Kleides verhindert und durch einen Schuhmann festgenommen. Das entwendete Geld hatte der Lehrling bis auf 8 M., die er für ein Paar Stiefel verausgabt hatte, noch im Besitz. — Heute früh erfolgte die Festnahme eines Arbeiters, der dringend verdächtigt erscheint, am 19. v. M. auf Schwäbischer Territorium gewildert zu haben. — Einem Töpfer auf der Matthiastraße wurde vor einigen Tagen aus der Wohnung die Summe von 145 M. gestohlen. Der Dieb wurde gestern in der Person eines Haushalters ermittelt und zur Haft gebracht. — Ferner erfolgte gestern die Festnahme eines stellungslosen Kutschers, weil derselbe einem auf der Bismarckstraße wohnenden Fuhrwelsbesitzer von dem Wagen eine Steuerfette entwendet hat.

g. Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: Ein schwarzer Filzhut mit den Buchstaben E. Z. gezeichnet; eine Zinkplatte; ein schwarzer Wollkragen; ein schwarzer Muff; ein Portemonnaie und ein Beutel mit Geld; ein goldenes Siegelring mit Stein; ein brauner Stock mit Metallschlag. Gefunden: Einer Arbeitervrouw vom Seegerberg ein schwarzwollenes Kleid im Werthe von 12 Mark und ein grau und schwarz punktiertes Kleid aus verschlossener Stube mittels Einbruch; einem Monteur von der Friedrich Wilhelmstraße aus einem Neubau auf der Lehmgrabenstraße ein blauer Ratinüberzieher; einem Dienstmädchen von der Sadowastraße aus ihrer Kommode ein städtisches Sparkassenbuch (Nr. 218 265) über 134 Mark, ein schwarzer Wintermantel mit Pelzfragen, ein Paar neue Beugschuhe und verschiedene Wäschstücke. — Abhanden kam: Einer Ladenschleudererin von der Kupferschmiedestraße ein Portemonnaie mit 3,78 Mark; dem Lehnmädchen eines Kaufmanns auf der Kupferschmiedestraße zwei Dutzend neuer grau und weiß gesetzter Handtücher; einer Kaufmannswfrau vom Mathiasplatz ein Portemonnaie mit etwa 21 Mark, einer Mühlenschmiedabfantenfrau von der Reichenstraße ein golbes Armband mit Perlen und einem blauen Stein befest; einer Cantorfrau von der Goldnen Radegasse ein Portemonnaie mit 6 Mark; einem Fleischhersteller von der kleinen Scheiterstraße eine silberne Cylinderuhr, welche die Nr. 28 291 trägt, und eine silberne Uhrkette; einem Herrn von der Kaiser Wilhelmstraße ein Portemonnaie mit 30 Mark; einer Dame von der Lessingstraße ein Bisamhund; einer Kaufmannswfrau von der Neudorfstraße ein goldener Ohrring mit einem Diamant. — Selbstmord: Am 5. d. M. Vormittags wurde auf dem Baume des Magdalenen-Kirchhofs ein Mann erbärgt gefunden; derselbe war etwa 45–50 Jahre alt, hatte dunkles Haar und Bart und trug eine braune Ballonmütze, graue Hose und Weste, dunkles Jaquet und Lederstiefel. In seinen Taschen fand sich ein Portemonnaie mit 2 Pfennigen, ein Kam, eine Haarbürste, ein rothes Taschentuch, zwei Stückchen Rothstift und ein kleiner Schlüssel, sowie verschiedene Papiere, die auf den Namen August Thiel, Breslau, lauteten. Die Leiche wurde nach der Königlichen Anatomie gebracht. — In Untersuchungshaft wurden genommen 37 Personen, in Strafhaft 8.

Landwirthschafts-Zeitung.

* Dem Jahresbericht des landwirtschaftlichen Centralvereins für Schlesien über das Jahr 1889, der, zwar noch nicht vollständig — die ersten 3 Abschnitte (Allgemeine Zustände, die Factoren des landwirtschaftlichen Betriebes, der landwirtschaftliche Betrieb) konnten noch nicht abgeschlossen werden — so eben erschienen ist, entnehmen wir Folgendes; Die 7 Lehranstalten des Centralvereins, nämlich die Landwirtschaftsschulen zu Brieg und Liegnitz, die Ackerbauschule zu Pospelau und die landwirtschaftlichen Winterschulen zu Schweidnitz, Neisse, Oppeln und Görlitz zählten am Schluß des Jahres zusammen 630 Schüler (gegen 601 im Vorjahr), von denen 577 (1888: 549) Schlesier sind, 37 (37) anderer preußischer Provinzen und 7 (5) andern deutschen Staatsverbänden angehörten, 9 (10) dem Auslande entstammten. Es ist nur ein schlesischer Kreis vorhanden — (1888: 2) — aus dem kein Schüler im laufenden Jahre eine der landwirtschaftlichen Lehranstalten besucht, nämlich der niederschlesische Kreis Hoyerswerda. Im Übrigen weisen die größten Schülerzahl auf die Kreise Brieg (55), Breslau und Leobschütz (23), Glogau (22), Neisse (21), Grottkau und Goldberg-Hainau (je 20), Schweidnitz (19), Gojel (18), Groß-Strehlitz und Orlau (je 16), Nippitz und Oels (je 15), Neustadt, Strehlen und Glatz (je 13). Diese siebzehn Kreise stellen zusammen 354, mithin mehr als drei Fünftel der Gesamtziffer der Schlesier der Heimat nach angehörigen Schüler. Zwanzig Kreise sondieren 10 bis 6, 23 Kreise 5 bis 1 Schüler. Die Lehrschmiede für rationellen Hufbeschlag zu Breslau bildete 91 Schmiede in der englischen Hufbeschlagsmethode (System Graf Einsiedel) aus, von denen 69 Schlesier waren. Im Ganzen sind während des 23jährigen Bestehens der Anstalt 701 Schmiede (619 Schlesier) unterwiesen worden. Zu dem am 12. October veranstalteten Wettbewerb in englischen Hufbeschlag wurden 240 M. zu Preisen gewährt. — Der Besuch der von den Wanderlehrern einberufenen Versammlungen war, sofern nicht besondere Umstände hemmend einwirkten, durchschnittlich befriedigend; daß den Vorträgen zugewandte Interesse ließ zwar zuweilen zu wünschen, doch war in dieser Beziehung im Ganzen ein gewisser Fortschritt nicht zu verkennen, namentlich wenn, wie meist üblich, den Anwesenden die Bestimmung des Themas überlassen wurde. Von den Wanderlehrern Siegert wurden zwecks Hebung der Obstforschung in Schlesien im Laufe dieses Jahres 25 Vorträge über Obstbaumplanzung, Obstbaumpflege und Obstverwertung gehalten. Praktische Obstbaulehrkurse hielt Siegert ab an der Provinzialschau in Breslau, an den Kreishausen in Liegnitz, Wohlau, Falkenberg, Bunzlau, Breslau, Miliisch und in den Ortschaften Gleiwitz,

Gustau und Hausdorf-Kauder. Die Dauer der Kurse betrug meist eine Woche. Außerdem trat der Wanderlehrer vielfach mit Rath und That ein und wirkte auch schriftstellerisch für die Hebung von Obst- und Gartenbau. Der Erfolg dieser Bemühungen blieb nicht aus. An die Kreishausen werden fast durchweg Obstbäume gepflanzt, welche nach Lage und Boden den besten Erfolg versprechen, es kommt meistens nur gutes Baumaterial zur Verwendung, und die Pflege der Bäume ist eine bessere und sachgemätere geworden. Viele Großgrundbesitzer zeigen regeres Interesse für den Obstbau und erkennen seine Bedeutung an. Neue, größere Obstgärten sind im vergangenen Jahre mehrfach angelegt worden, auch wurden Vorberatungen zur Anlage von Obstgärten für nächstes Frühjahr getroffen. Eine rationale Obstverwertung bricht sich allmählich Bahn; Obstmärkte in Verbindung mit Ausstellungen sind vielfach abgehalten.

Orte Schlesiens errichtet worden; die hergestellten Obstweine finden immer mehr Anklang, so daß zu hoffen ist, daß dieses gefundene, klare Getränk nach und nach auch in Schlesien mehr zum Hausturm werden wird. Die Thätigkeit des Flachbau-Instructor Heiss zu Pospelau wurde in diesem Jahre vorwiegend durch die Kreise Freystadt, Glogau und Sprottau in Anpruch genommen. Daneben besuchte er im Kreise Rybnik 5, im Kreise Viez 7, im Kreise Leobschütz 2 und im Kreise Ratibor 4 Ortschaften. Endlich hielt derselbe am 24. November d. J. einen Vortrag zu Ebersdorf, Kreis Habelschwerdt. In die genannten niederschlesischen Kreise unternahm der Flachbau-Instructor auf Veranlassung des Herrn Landwirtschaftsministers 3 Reisen, um durch Vorträge Anlegung von Musterfeldern u. a. eine rationelle Anbau- und Ernte-Methode des Flachses anzubauen. — Von der agriculturchemischen Versuchs- und Controlstation zu Breslau wurden 3251 Proben (gegen 2224 im Vorjahr), 1618 Dungstoffe (1066 im Vorjahr), 333 für technische Zwecke bestimmte Gegenstände (764 im Vorjahr), 71 Böden und Erden (52 im Vorjahr) und noch 8 andere nicht in vorstehende Gruppen fallende Gegenstände.

Die agricultur-botanische Versuchs- und Samenkontrollstation des Breslauer landwirtschaftlichen Vereins — Director Dr. Eidam — hatte sich im Jahre 1889 einer gegen das Vorjahr beträchtlich gesteigerten Anzahlpräparationen von Seiten der Landwirthe und der Händler zu erfreuen. Es fanden im Ganzen 1972 Einsendungen statt, während die Zahl derselben 1888: 1716 und 1887: 1483 betragen hatte. Bettaus die Hauptmenge aller zugeschickten Proben bestand aus Sämereien, deren Anlauf für den Verbrauch auch in Schlesien immer mehr von dem in der Station ermittelten Gebrauchswert abhängig gemacht wird. Die übrigen abgegebenen Gutachten und Schriftstücke bezogen sich auf Krankheiten der Gewächse, auf Schädigungen von solchen durch Ursachen manigfacher Art, sowie auf verschiedene Verbrauchsgegenstände, auf Bestimmungen und auf den Culturwert von Pflanzen, endlich hauptsächlich auf die botanische Prüfung von Futtermitteln, deren Teste häufig Verfälschung und Verunreinigung zur allgemeinen Klage geworden ist. Außerdem wurden noch zahlreiche schriftliche und mündliche Anfragen beantwortet, auch wiederholt auf Veranlassung des Gerichtes Gutachten abgegeben. Die Sammlungen der Station wurden vermehrt; besonders hervorzuheben ist der Anfang des H. Rabatz'schen Herbariums mit mehr als 10 000 Species und meist sehr sorgfältigen Standortangaben. Unter Leitung des Directors der Station sind im Berichtsjahr in der Brendel'schen Fabrik wiederum einige neue Blüthenmodelle fertig gestellt worden und zwar die Mist-, die Rothbuche, die Weißbuche, von jedem der männliche und der weibliche Blüthenstand, ferner die Cornelkirche, der Calmus und der Rohrboden.

Handels-Zeitung.

○ Vom öberschlesischen Eisen-, Zink- und Kohlenmarkt. Seit unserem letzten Berichte ist in der allgemeinen Geschäftslage des heimischen Montan-Districts keine Aenderung eingetreten. Der Markt bewahrt seine ausgesprochen feste Tendenz, die Preise sind stetig und der andauernde Bedarf erschöpft die Leistungsfähigkeit der Werke. Das Erz-Geschäft bewegt sich auf Grund der langjährigen Verträge in bestimmten Bahnen. Die Förderung wird nach Kräften angespannt, weil die Situation der Hochofen-Industrie reichere Zufuhren bedingt. Die Verhüttung minderwertiger schlesischer Erze neben Zusetzung ausgebiger Steine und Schläcken ausländischen Ursprungs und die in dieser Weise betriebene Steigerung der Production genügt aber noch immer nicht dem grossen Bedarf an Roheisen. Auf den schlesischen Hochofenwerken ist die disponibile Production ganz verschlossen. Die Preisnotiz für Puddel-Roheisen von 8 M. für 100 kg ab Hochofenstation dürfte daher für die nächste Zeit nur geringen Schwankungen unterliegen. Giesserei-Roheisen bleibt lebhaft begehrt und wird mit 9–9,50 M. pro 100 kg. frei Hochofenstation bezahlt. Der jährliche Niedergang der Warrantspreise, welcher nach wohl informirten Berichten theilweise auf Ueberspekulationen und zum Theil auf penible Belehnungsmaassregeln der beteiligten Bankhäuser zurückzuführen ist, flösst im Reviere keinerlei Besorgniß ein. — Thatsächlich ist in England eine Abschwächung der Conjectur in Walzwerksfabriken nicht erfolgt und entsprechen die Vorgänge an der Glasgower Börse nicht den authentischen Berichten über die Situation und den regen Verkehr auf dem englischen Eisenmarkte. — Auf dem Walzeisenmarkte beginnt das Nehen der Frühljahrs-Saison den Andrang nach Waare zu erhöhen. — Auf der Donau ist die Schiffsahrt nach allen Richtungen eröffnet und wird auch der Export hierdurch neue Nahrung erhalten. Im Inlande ist die Marktlage stetig. Aufträge sowohl für die starkbeschäftigten Fabriken wie für den Grosshandel, welcher nach Beendigung der Inventur seine Läger wieder reicher zu versorgen bestrebt ist, gehen in grossen Posten ein. Die Preise entsprechen denen der Vorwoche. — Auf dem Zinkmarkte war in der Berichtswoche ein völliger Stillstand eingetreten. Umsätze sind nicht zu verzeichnen, während von London mattre Tendenzen berichtet wurde. — Der Kohlenmarkt hat auch in der verflossenen Woche seine Festigkeit bewahrt, und entsprechen die flotten Verladungen auf allen Zechen der regen Nachfrage seitens der Consumern; die Preise sind unverändert geblieben. In Kattowitz hat eine Commissionssitzung von Grubenvertretern zur Beratung der Kohlenconvention stattgefunden; zu definitiven Beschlüssen soll es indessen noch nicht gekommen sein.

△ Schienen-Submission. Die erste Schienen-Submission im neuen Jahre ist von der königl. Eisenbahn-Direction in Erfurt abgehalten worden, und zwar sind daselbst am 21. Januar 5400 Tonnen Stahl-schienen zur Verdüngung gekommen.

II. Qualität 46–50 Mark, geringer 38–42 Mark. 2) 633 Stück Schweine und 46 Stück Bestand. In Schweinen schleppendes langsames Geschäft, nur beste Ware etwas leichter verkäuflich. Unverkauft 38 Stück. Man zahlte für 50 Kgr. Fleischgewicht: beste feinste Ware 54–58 M., mittlere Ware 50–55 Mark. 3) 401 Stück Schafvieh. In Schafvieh verließ der Markt ruhig. Gezahlt wurde für 50 Kgr. Fleischgewicht excl. Steuer: Prima-Ware 46–52 Mark, geringste Qualität 36 bis 40 Mark. 4) 444 Stück Kälber erzielten Mittelpreise. Export: Oberschlesien: 18 Ochsen, 153 Kühe, 2 Kälber, Frankfurt a. M.: 23 Ochsen, 2 Kühe, Hamburg: 20 Ochsen, Sachsen: 24 Ochsen, 4 Kühe.

■ **Sagan.** 5. Februar. [Vom Getreide- und Productenmarkt.] Auf dem letzten Wochenmarkte wurden den amtlichen Preisfeststellungen zufolge bezahlt pro 100 Kilogramm oder 200 Pfund Weizen schwer 18,82 Mark, mittel — Mark, leicht 18,53 Mark, Roggen schwer 18,16 Mark, mittel — Mark, leicht 17,86 Mark, Gerste schwer 16,87 M., mittel — Mark, leicht 16,53 M., Hafer schwer 17,00 M., mittel — Mark, leicht 16,80 Mark, Erbsen (ohne Notiz), Kartoffeln schwer 3,60 M., mittel — M., leicht 3,20 M., Hefen schwer 6,50 M., mittel — M., leicht 6,00 Mark, das Schock (à 600 Kilogr.) Roggen-Langstroh schwer 36,00 Mark, mittel — M., leicht 33,00 M., das Kigr. Butter schwer 2,20 Mark, mittel — M., leicht 2,00 M., das Schock Eier schwer 3,40 M., mittel — M., leicht 3,00 M., Hasen pro Stück 3,50–3,00 M.

Bemerktes.

* **Jahrbuch der Vereine.** Es gibt in Deutschland etwa 40 000 Vereine, von denen der größte Theil, etwa 8000, gewerbliche, Verkehrs- oder landwirtschaftliche Interessen verfolgt, 7000 sich mit der Pflege der Kunst — namentlich des Sanges — beschäftigen, 5000 der Förderung der Religiosität oder Milibehörigkeit und ungefähr ebensoviel der Gesellschaft und dem Allgemeinwohl dienen. Dazu kommen noch die Tausende von Krieger-, Turn- und Schützenvereinen, deren jeder kleine Ort mindestens einen hat; ferner eine große Anzahl Frauen-, Sport-, politische, Sammlungs- und Spiel-Vereine. Wissenschaftliche Gesellschaften gibt es rund 150, Radfahrer-Vereine etwa 700. Ein Vereins-Adressbuch unter obigem Titel bereitet nun die Berliner Verlagsbuchhandlung Paul Wiesenthal vor, von dem im Frühjahr der erste Band erscheinen soll. Derselbe wird die Radfahrer-Vereine, Jagd-, Jagdschutz-, Forst-Vereine, Hundezucht-Vereine, Renn-, Reiter-, Traber-, Pferdezucht-Vereine, Brieftauben-Vereine, Vogelfreunde- und Geselligkeit-Zucht-Vereine, Ruder-, Segel-, Schwimm- und Bade-Vereine, Eislauf-Vereine, Rollschuhlauf-Vereine, Fischerei-, Angel- und Fischzucht-Vereine (ca. 2500 Vereine) nebst ihren Lokal-Adressen, den Adressen der Vorstandsmitglieder und sonstige Notizen enthalten. Die weiteren Bände des Jahrbuchs will die Verlagsbuchhandlung in kurzen Zwischenräumen herausgeben.

* **Über transportable Feldbahnen.** (Mitgetheilt von Gust. Ottendorff in Breslau.) Die transportable Feldbahn, welche sich in den letzten Jahren fast überall eingebürgert hat und deren Verwendung im steten Wachsen begriffen ist, ist wohl das einflussreichste Hilfsmittel und dazu berufen, dem Landwirt die Wirtschaftskosten in sehr erheblichem Maße zu verringern, den Bauunternehmer unabhängig von Temperaturverhältnissen und den durch dieselben bedingten schlechten Wegen zu machen, und den Fabrikanten die Transportkosten der Rohmaterialien wie der fertigen Produkte um mehr als das Zehnfache zu vermindern. In der That hat man dies auch überall eingesehen, und es gibt fast kein größeres Gut, keinen Betrieb, kein Gruben- resp. Hüttenwerk, keine bedeutendere Ziegelei, keine Fabrik von einiger Bedeutung, die sich nicht zum Transport ihrer Produkte schmalspuriger Stahlbahnen bediente. Durch die während jahrelanger Praxis auf diesem Gebiet gesammelten Erfahrungen ist es gelungen, hervorragendes in constructioneller und sonstiger Beziehung zu leisten, fix und fertige Anlagen zu liefern, die seitens des Consumenten ohne alle Schwierigkeiten in wenigen Minuten sicher und leicht in Betrieb gesetzt werden können. Die Schienen werden mit den Stahlswellen zu einzelnen Gleisjochen von 2–5 Mtr. Länge fest verbunden und lassen sich bequem gleich den Weichen, Drehscheiben, Wendeplatten usw. von 1 bis 2 Arbeitern transportieren. Die Firma Friedr. Krupp, Gußstahl-Fabrik, Essen, hat auch auf diesem Gebiete nach jeder Hinsicht Mustergültiges geleistet und u. A. auch Specialfabrikate für jeweilige Transportzwecke, z. B. von Erde, Kies, Lehm, Feldfrüchten, Holz, Dünger, Sand, Mergel, Kies, Baumstämmen, wie auch einen Universalwagen konstruiert, der als Plateau-, Kasten- und Muldenwagen zu verwenden ist und daher für alle Zwecke auf dem Lande, Ziegelerien und Fabriken etc. dient.

* **Der Inhaber der Firma Aug. Zeiß & Co. in Berlin,** August Zeiß, hat auf Grund wiederholter Lieferungen von Shammon-Registratoren und -Mappen an die Großherzogl. Sächs. Schatzkammer-Bewaltung und das Haus- und Staats-Archiv die Ernennung zum Großherzogl. Sächsischen Hoflieferanten erhalten.

Vom Standesamte. 6. Februar.

Aufgebot.

Standesamt I. Härtel, Philipp, Locomotivheizer, ev., Neue Lauenhienstraße 17, Gröhl, Mar., 1. Vorwerksstr. 63a. — Kipig, Wilh., Schlosser, ev., Holsteiner Str. 28, Juraschek, Anna, 1., Bergstr. 12. — Klausewitz, Paul, Friseur, ev., Auguststr. 8, Alexander, Juliane, 1., Tannenfeld. — Sierbefälle.

Standesamt I. Baude, Wilhelmine, geb. Stache, Brauerfrau, 57 J. — Klus, Gustav, S. d. Musters Anton, 2 M. — Schneider, Anna, geb. Stange, Glöcknerfrau, 70 J. — Büttner, Friedrich, Zimmergeselle, 76 J. — Miller, Theodora, geb. Masius, Buchhalterin Wittwe, 50 J. — Beier, Anna, geb. Dombrowski, Feuerwehrmannfrau, 41 J. — Zettel, Reinhold, Comptoirist, 24 J. — Gottwald, Clara, 15 J. — Ulse, Marga, 1. d. Buchhalters Friedrich, 7 W. — Freitag, Christiane, geb. Schütz, Tischlermeisterin, 74 J. — Drexler, Amalie, 1. d. Wagenbauers Ernst, 6 J. — Standesamt II. Smietacek, Anton, S. d. Maschinenezeichner Anton, 3 M. — Mischke, Carl Maurerpolier, 67 J. — Herberger, Frieda, 1. d. Photographen Otto, 1 J. — Herberger, Erich, S. d. Photographen Otto, 2 J. — Jarosch, Hermann, S. d. Droschenkutschers Wilhelm, 1 J. — Klemm, Else, 1. d. Bremers Heinrich, 6 J. — Pache, Gottlieb, Wädert, 67 J. — v. Mayer, Heinrich, Oberst 3. D., 71 J. — Biernacki, Alphonse, Ordensconventual, 68 J. — Gavert, Meta, 1. d. Aderwächters Gottlieb, 4 M. — Küzner, Marie, geb. Mitterne, Schneiderin, 44 J. — Gembus, Heinrich, S. d. Kutschers Hermann, 4 M.

■ **(Musterschutz!) Bewährte Patent-Klopfer** aus Veder für Polstermöbel, Betten, Matratzen und Kleidungsstücke empfohlen. [1178] Wilh. Ermiller, Königl. Hoflieferant, Schweidnitzerstr. Nr. 5.

Farbige Seidenstoffe von 95 Pfge. bis 12,55 pr. Met. — glatt, gestreift, farbig u. gemustert (ca. 2500 versch. Farben und Dessins) — versch. roben- und stückweise porto- und zollfrei das Fabrik-Dépôt **G. Henneberg** (K. u. K. Hofliefer.) **Zürich.** Muster umgehend. Briefe kosten 20 Pf. Porto. [042]

Deutsch-freisinnige Partei. Wählerversammlung

Freitag, den 7. Februar 1890, Abends 8 Uhr, im Saale von Casperke, Matthiasstr. 81.

Tagesordnung:

Ansprache des Candidaten für den Ostbezirk

Herrn Fabrikbesitzer u. Stadtverordneten

Chr. Ernst Wecker

und des Herrn Rechtsanwalt **Heilberg.**

Eingeladen sind unsere Parteigenossen und diejenigen Wähler, welche mit uns stimmen wollen. [1726]

Der Vorstand des Wahlvereins der deutsch-freisinnigen Partei.

Deutsch-freisinnige Partei. Wähler-Versammlung

Sonnabend, den 8. Februar 1890, Abends 8 Uhr, im großen Saale von Gebr. Rösler, Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 68.

Tagesordnung:

Ansprachen des Candidaten für den Westbezirk

Herrn Redakteur und Stadtverordneten

Karl Vollrath

und des Herrn Stadtrichter a. D.

Julius Friedländer.

Eingeladen sind unsere Parteigenossen und diejenigen Wähler, welche mit uns stimmen wollen. [1727]

Der Vorstand des Wahlvereins der Deutsch-freisinnigen Partei.

Freisinnige Partei. Parteigenossen,

welche uns bei der diesmaligen Wahlbewegung unterstützen wollen, bitten wir, mündlich oder schriftlich ihre Adressen in unserem Wahl-Bureau, [1728]

Mende's Hotel, am Magdalenenplatz, niedergelegt zu wollen.

Das Wahlcomité der deutschfreisinnigen Partei.

Del-Portraits nach Photographie künstler. und vornehm ausgeführt. Ähnlichkeit garantiert. Prop. gratis u. franco. Anerkennungen höchsten Abels. [1634]

Portraits-Ausstellung. Tauenhienplatz 4. Maler-Atelier Rembrandt.

National Vieh-Versicherungs-Gesellschaft in Cassel.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung wird hiermit auf Freitag, den 28. Februar ex. Vormittags 1/2 Uhr, im Hotel Prinz Friedrich Wilhelm dahier anberaumt.

Tagesordnung:

1) Bericht über den Geschäftsgang.

2) Vorlage des Rechenschaftsberichtes pro 1889.

3) Dechirgierung der Verwaltung.

Cassel, den 8. Februar 1890.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates.
F. Thon, Königlicher Oberamtmann.

Theodor Lichtenberg Gemälde - Ausstellung

Kunst-Handlung im Museum. zwingerplatz. 2. täglich geöffnet. § 100 Pf. Neu im Museum: Colossalbild von [1673]

G. Simoni, Rom:

Alexander der Große in Persepolis.

Depot 1922]

Chocolats Marquis,
Paris.
bei Wilh. Ermiller, Königl. Hoflieferant.
Schweidnitzerstr. 5.

Als die Deutsch-Italienische Wein-Import-Gesellschaft, welche befannlich unter den Anspinen der königl. italienischen Regierung ins Leben trat, ihre neuen Marken in den Hande! brachte, mag wohl mancher Weinreund, der die italienischen Weine nur von Hören sagen kannte und sie stets nur als zu schwer und zu voll und deshalb als nicht besonders geeignet für den deutschen Consommus gesehert bekam, daran zweifelt haben, daß diese Weine sich einführen würden. Die Gesellschaft hat aber inzwischen durch ihre dem Consommus übergebenen, ganz vorzüglichen Weine den Beweis gefestet, daß Italien heute sehr wohl im Stande ist, die verschiedenartigsten Weine — leichte, mittlere und schwere —, welche allen Geschmacksrichtungen entsprechen, zu liefern und daß es sich nur darum handelt, diese an und für sich guten und edlen Gewächse für den deutschen Geschmack richtig auszuwählen, und durch sorgfältige Kellerbehandlung für den Consommus entsprechend vorzubereiten. Bereitsfügt man dabei weiter, daß die Weine der Deutsch-Italienischen Wein-Import-Gesellschaft gegen die Weine gleicher Qualität anderer Länder wesentlich billiger sich stellen, und in Bezug auf ihre Reinheit und Ursprung unter Regierungscontrolle stehen, so ist es leicht erklärlich, daß diese Weine in der kurzen Zeit schon so viele Verkäufer gefunden haben. Die Weine der Deutsch-Italienischen Wein-Import-Gesellschaft sind nur von Wiederverkäufern zu beziehen, u. A. von Otto Klette in Breslau, Schweidnitzerstraße 27, woselbst ausführliche Preislisten zu haben sind. [0245]

Kehlkopf und Lunge vor Erkrankung zu bewahren, all Derer, die ihre Gesundheit zur Erfüllung der Berufsobligationen benötigen. Durch Gebrauch von **Fay's seichten Sodaten Mineral-Bastillen**, die auch bei schon eingetretem Katarh äußerst wirksam sind, namentlich wenn sie in diesem Falle in heißer Milch genommen werden, wird dieser Schlag sicher erzielt. Erhältlich in den Apotheken und Droguen ab 85 Pf. per Schachtel. [1625]

Minzöl. Ein unerlässliches Erforderniss schneller Genesung bildet für den durch Krankheiten abgemagerten und entkräfteten Körper eine Nahrung, welche den geschwächten Organen nicht noch das schwierige Geschäft der Verdauung aufzuerden, sondern die nährenden Stoffe in einer direct zur Aufnahme in die Säfte geeigneten Form enthält. Ein solches Nahrungsmitel ist Kemmerich's Fleisch-Pepton, das vor äußerlichen Präparaten den Vorrang besitzt, keinerlei Verdauungsstörungen zu veranlassen, kein Durstgefühl zu erregen, angenehm zu schmecken und dennoch an Nährwert keinem "Peptone" nachzustehen, vielmehr alle darin zu übertreffen. [631]

Mutter. In der Grafschaft Glas, an der Grenze des Deutschen Reiches, jern von allen Glaubensgenossen unter einer fünfzigfachen Übermacht Andersgläubiger, zerstreut auf 5 Quadratmeilen in 35 Ortschaften, wohnen hier in Klein- und Umgegend etwa 350 evangelische Christen. Dieselben sind mit Ausnahme einiger Gerichts- und Grenzbeamten, die gewöhnlich nur vorübergehend hier bleiben, fast alle arme Handwerker, Weber und Glasschleifer, Nachkommen jener wenigen glaubenswandelnden evangelischen Familien, die dem Schwert und den Schreden der Gegenreformation — alle Bewohner der Grafschaft Glas waren im 16. und 17. Jahrhundert evangeli — widerstanden haben, oder auch Nachkommen von Hussiten, die um ihres Glaubens willen aus dem benachbarten Böhmen hierher gesiedelt sind.

Als der Gustav-Adolfs-Verein vor etwa 40 Jahren diesen Berstreuten ein Kirchlein schenkte, sprach er die Hoffnung aus, daß die Gemeinde selbst bald im Stande sein würde, dasselbe auszubauen. Diese Hoffnung ist bis jetzt bei der geringen Zahl und der Armut der hiesigen Evangelischen noch nicht in Erfüllung gegangen. Noch immer steht unser Gotteshaus neben einer Sacristei und manchem andern auch ein Thurm. Der Bau eines solchen ist aber gerade in der Diaspora von größter Wichtigkeit. Ein äußerlich vollendetes und würdiges Gotteshaus vermag viel dazu zu thun, das Glaubensbewußtsein der Gemeinde und ihr Ansehen nach außen zu stärken und zu heben. Wie leicht fühlen sich die Protestanten hier in der weiten Diaspora gedrückt. Wie nahe liegt ihnen dann ein Vergleich zwischen der großen katholischen Kirche, die mit ihrem hohen Thurm und seiner vergoldeten Spitze alles übertragt, und dem eigenen winzigen Gotteshaus, das auf seinem unfertigen, abgebrochenen Thurmansatz ein eisernes Kreuz trägt!

Seit einiger Zeit sammelt daher die Gemeinde hier und in der Ferne eifrig für den Ausbau ihres Gotteshauses. Es ist ein mühseliges Werk, doch Gott hilft auch wunderbar dabei. So empfingen wir vor einigen Wochen in einem einfachen Briefe aus Berlin von unbekannter Hand 100 Mk. Jetzt sind beinahe 1000 Mark beisammen. Wenn es 1000 Mark geworden sind, können wir mit dem Bau beginnen. Wollte Gott, daß es in nicht allzulanger Zeit dazu käme! Kann ein Werk, in Jesu Namen begonnen, unvollendet bleiben?

Evangelische Glaubensgenossen, die ihr diese Zeilen lesen, helft uns! Ein vorgegebener Posten des Evangeliums — halten wir uns hier mühsam zusammen. Helft uns, daß wir fest und unbeweglich Wacht halten können und dabei auch zunehmen in dem Werke des Herrn!

Gott lohne einem jeden, was er um Jesu willen für unsre arme bedrängte Gemeinde thut! Amen.

Reinerz, Januar 1890. [448]

Das Comité zum Ausbau des Gotteshauses der ev. Diasporagemeinde Neincz.

Ernst Klein, Pastor.

Prachtvolle Nussbaum-Pianinos, neu, **xalt.** in Eisen, vorzügl. im Ton, bestes Fabrikat, empfiehlt sich als seltenen Gelegenheitskauf 20 % unter dem Fabrikpreise mit mehrjähr. Garantie. Die Instrumente sind auch billig zu vermieten. [2349]

Georg Gohn, Kupferschmiedestrasse 17.

Zeitgeschäfte in Getreide und Spiritus an der Berliner Börse

führe ich zu den konstanten Bedingungen aus. Ausführliche tägliche Marktberichte versende ich gratis und franco. [1487]

Die glückliche Geburt eines strammen Jungen zeigen hocherfreut an Elias Budwig und Frau Erna, geb. Budwig, Breslau, den 6. Februar 1890. Gartenstraße 46 D. [2352]

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hocherfreut an [1685] M. Wieluner und Frau Martha, geborene Dresdner, Liegnitz, den 4. Februar 1890.

Am 4. Februar er. starb unser hochverehrter College, der Stabsarzt a. D., Ritter etc., Herr Dr. med.

Arved Petruschky.

Seine Herzensgüte, sein freundeschaftlich collegiales Verhalten, sein biederer Wesen sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken.

Waldenburg, den 5. Februar 1890. [1739]

Im Auftrage der Aerzte der Stadt und des Kreises Waldenburg:

Sanitätsrath Dr. Hoffmann,
Kgl. Kreisphysikus.

Gestern früh 2 $\frac{1}{4}$ Uhr verschied nach kurzem Krankenlager unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die verwitwete Frau

Henriette Friedensohn, geb. Bromberg, nach kaum vollendetem 70. Lebensjahr.

Reichenbach i. Schl., den 7. Februar 1890. [633]

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Ms., Nachmittags 3 Uhr, hier statt.



Hente Nachts 3 Uhr entschließt sanft, mit den heiligen Sterbesacramenten versehen, nach dreiwöchentlichen Leiden

der Tonkünstler Gustav Slawitzky.

Dies zeigen, um stille Theilnahme bittend, statt jeder besonderen Meldung ergebenst an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gleiwitz und Breslau, den 1. Februar 1890. [2368]

Heute entriss uns der unerbittliche Tod unsere innig geliebte Gattin, Mutter, Gross-, Urgross- und Schwiegermutter

Franziska Schoenlank, geb. Eisenberg, im Alter von 80 Jahren. [2379]

Dies zeigen, um stille Theilnahme bittend, an

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Krotoschin, Breslau, New-York, Minneapolis.

Todes-Anzeige.

Hente Nacht 12 Uhr entschließt sanft nach kurzem Krankenlager unserer herzensguten Gatte, Vater, Sohn und Schwager, der Hüttenmeister a. D. Richard Ullmann, im Alter von 50 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme tief betrübt an Die tieftraurnden Hinterbliebenen.

Babrz, den 5. Februar 1890. Beerdigung: Sonnabend Nachmittag 3 Uhr. [2363]

Heute früh 5 Uhr starb nach kurzem Leiden unsere innig geliebte Tochter

Franziska, 7 Jahre alt. [1762]

Myslowitz, 6. Februar 1890.

Max Silbermann und Frau Natalie, geborene May.

Stadt-Theater.

Freitag. (Kleine Preise.) Zum ersten Male: „Der Generalfeldoberst.“ Trauerspiel in 4 Acten von Ernst von Wildenbruch.

Sonnabend. Zum 2. Male: „Der Generalfeldoberst.“

Lobe - Theater.

Freitag: „Die Ehre.“ Ans. 7 Uhr. Sonnabend. Zum 1. Male:

„Nächstenliebe.“

Lustspiel in 3 Acten von Rosen.

Sonntag Nachmittag 4 Uhr:

Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: „Nächstenliebe.“

Residenz-Theater.

Freitag und Sonnabend:

„Die drei Grazien.“

Paul Scholtz's Theater.

Heut Freitag, den 7. Februar 1890:

Zum 10. Male:

„Der Gloeckguß zu Breslau im Jahre 1583.“

historisches Schauspiel in 4 Abtheilungen von Mirand.

Hierauf zum Schluss:

„Die Zillerhälter in Schlesien.“

Drama in 1 Act von Nehmiller.

Jeder Erwachsene hat ein Kind frei.

Für die mir zu meinem 90jährigen Geburtstage von Nah und Fern so zahlreich zugegangenen Glückwünsche fühle ich mich veranlaßt, da es mir anders nicht möglich, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank auszusprechen. [1743]

Kattowitz OS., 5. Februar 1890.

Johanna Spiegel.

Für die mir zu meinem 90jährigen Geburtstage von Nah und Fern so zahlreich zugegangenen Glückwünsche fühle ich mich veranlaßt, da es mir anders nicht möglich, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank auszusprechen. [1743]

Kattowitz OS., 5. Februar 1890.

Johanna Spiegel.

Beginn des Gottesdienstes in den beiden Gemeinde-Synagogen: Freitag, d. 7. Febr., Abends 5 $\frac{1}{2}$ Uhr. Sonnabend, d. 8. Febr., Morg. 8 $\frac{1}{2}$ u. Abends 5 $\frac{1}{2}$ Uhr. Am den Wochenenden: Morgens 7 Uhr, Abends 5 $\frac{1}{2}$ Uhr. Synagoge d. Angenossen, Sonnenstr. 25, Wgl. 6 $\frac{1}{2}$ u. 5 $\frac{1}{2}$ U. Sonnab. 3 U. Vorfr.

Zweigverein Breslau.

Versammlung, Montag, 10en Februar, Abends 8 Uhr, im II. Saale des „König von Ungarn“.

Vortrag d. Herrn Gymnasialdirektor Prof. Dr. A. Moller über „Sprachliche Sünden der Gegenwart“. [1756]

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Musikalischer Cirkel.

Freitag, 7. Febr., Abends 7 Uhr:

Dritte Soirée,

unter Mitwirkung der Sängerin

Frl. Busjäger aus Bremen.

Nur noch eine Woche!

Weberbauers Local, Zwingerstr.

Photogr.

Jubil.-Ausstellung,

geöffnet von 10—3 u. von 5 bis

8 Uhr. Entrée 50 Pf., 10 Karten

f. Vereine u. Fam. vorher bei

Th. Lichtenberg.

Zeltgarten.

Aufreten

des Mr. Barnum mit seinen

dressirten Ulmer Doggen, von

Miss Wanda mit dem Musée

mysterieux, des Ventiloquisten

Mr. Segommer, der Länzerinen

Geschwister Mariano, des Mi-

misiers Mr. Henry de Vry, des

Komikers Herrn Paul Jülich,

der Sängerin Frl. Jenny Peters;

der Luppo-Troupe am fünfs

achen Luft-Ned, und der

Sängerin Frl. Steinow.

Anfang 6 Uhr. Entrée 60 Pf.

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten.)

Täglich: [1694]

Specialitäten-Vorstellung

und Concert.

Ab 6. Febr. cr.: Auftr. v. Frl.

Ada Straus, Contra-Altin.

Ab 8. Februar:

Neu! Zum ersten Male Neu!

in Breslau.

Das Riesen-Orchester.

Hochkom. musif. Production.

Anfang: 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Entrée 60 Pf., Reserv. Platz 1 M.

Krummhübel.

Sehr gute

Hörnerschlittenfahrt

vom „Hotel Preußischer Hof“

Krummhübel nach der Prinz

Heinrichs-Baude. [1630]

Sichere Führer und Pferde stehen

stets bereit.

Um gütigen Zuspruch bittet

P. Hentschel.

Du hast

recht, Intrigen f. u. n. beirren. B.

w. annekte Chiffre. B. ummöglich. an

D. bitte um Ad. u. Photogr.

Komme bald zu D. Bren.

Jenem Herrn,

den ich im Lobe-Theater kennen

lernte, sendet die besten Grüße die

Sentimentale.

Ich bin hier selbst als

Rechtsanwalt

zugelassen und habe meine Geschäftszimmer

[2364]

Nicolaistraße 79, L.

gegenüber der Elisabethkirche.

Zibell.

Ein tücht. Pädagog. (Dr. phil.)

unterr. mit nachweislich bestem

Erfolg. Off. erb. sub Dr. K. N. 68

an die Exped. der Bresl. Btg.

Gründlicher systematischer Flügel-

unterricht wird für ein mäß.

Honorar von einer sehr bewährten

Lehrerin ertheilt. Näheres Sadow-

straße 63, 2. Et. links. [2372]

Für einen Knaben von 11 Jahren,

der Oster d. J. die Gewerbeschule

in Breslau besuchen soll, wird

eine Pension gesucht. Bedingung:

Beaufsichtigung der häusl. Arbeiten

und nicht zu weit von der Gewerbeschule

entfernt. Gesl. Off. mit Preisangabe unt. J. 2 Exped. der Bresl. Btg.

Residenz-Theater.

Freitag und Sonnabend:

„Die drei Grazien.“

Heut Freitag, den 7. Februar 1890:

Zum 10. Male:

„Der Gloeckguß zu Breslau im Jahre 1583.“

historisches Schauspiel in 4 Ab-

theilungen von Mirand.

Hierauf zum Schluss:

„Die Zillerhälter in Schlesien.“

Drama in 1 Act von Nehmiller.

Jeder Erwachsene hat ein Kind frei.

Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, 10en Febr.

Freitag, 7. Febr., Abends 8 Uhr, im II.

Saale des „König von Ungarn“.

Van Houten's Cacao.

Bester — Im Gebrauch billigster.

$\frac{1}{2}$ Kg. genügt für 100 Tassen
feinster Chocolade.
Ueberall vorrätig.

[5514]

Münsterberger Gemüse-Präserven
von Carl Seldol & Co., anerkaunt als vorzüglichstes Product.
Münsterberger Gemüse-Präserven

find frischen Naturproduken an Güte vollständig gleich zu achten und unterscheiden sich weder im Geschmack, Aroma noch Aussehen von diesen. [1438]

Münsterberger Gemüse-Präserven
sind gelesen, gepunkt, geschnitten, überhaupt zum sofortigen Gebrauch fix und fertig.

Münsterberger Gemüse-Präserven
sind billiger als Conserven und entsprechen 100 Gramm $2\frac{1}{2}$ Pfund Conserven, was jeder Verlust bestätigen wird.
Zu haben in allen besseren Delicatessen- und Colonialwaaren-Geschäften Breslau's und der Provinz.

Bekanntmachung.
Bei dem hiesigen Magistrat ist die Stelle eines besoldeten [620]

Stadtraths

mit einem Anfangsgehalte von 3600 Mark p. a. baldigst zu bezeichnen.
Der zu Wählende muß die Qualification zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst nachweisen, auf Erfordern auch Polizeiaufgaben bearbeiten und darf Nebenämter, mit denen eine fortlaufende Remuneration verbunden ist, nicht annehmen.

Meldungen finden unter Beifügung von Zeugnissen und eines Lebenslaufes bis zum 1. März ds. Jrs. an den Unterzeichneten zu richten.

Erfurt, den 2. Februar 1890.

Der Stadtverordneten-Borsteher Geheimer Commerzienrat Hermann Stürke.

Rgl. Beamter in sicherer Stellung
R sucht 800 bis 1000 M. gegen hohe Binsen. Off. an die Exped. der Bresl. Btg. unter B. 9. [2386]

Ein Kaufmann wünscht sich an einem größeren, soliden Fabrikunternehmen, am liebsten Brauerei, mit 80—100.000 Mark thätig zu beteiligen.
Offertern erb. an Haasestein & Vogler A.-G., Stettin, unter C. W. 50. [629]

Eine Villa,
in Kleinburg belegen, suche ich zu kaufen. Agenten verboten. Offertern unter H. 2706 an Haasestein & Vogler, A.-G., Breslau. [627]

Geschäfts-Offerte.
Mein in bester Geschäftslage, ruhige, zwischen zwei Gasthöfen mit Ausspannung befindliches

Tuch-, Modewaren- und Confectionsgeschäft (4 Schaufenster, zwei Eingänge) beabsichtige ich anderer Unternehmungen halber zu verkaufen. [2149]

Residenten erhebt bei Angabe ihrer Vermögensverhältnisse gern nähere Auskunft Striegau. M. Schild.

Fabrik-Aulage!
In einem industriellen Orte Schlesiens ist ein Fabrik-Etablissement infolge Niederbrändes, mit noch in gutem Zustande befindlicher Dampf- u. Wasserkrift u. geräumigen Nebengebäuden bei nur 3- bis 6000 Mark Anzahlung billig zu verkaufen. Dasselbe ist zu jedem Betrieb und jeder Größe geeignet.

Offertern unter Z. 103 an die Exped. der Breslauer Btg. [1764]

Meine nach der neuesten Technik eingerichtete Dampfmühle (mit Speicher) ist sofort oder vom ersten April cr. zu verpachten, oder in Lohnmühle zu vergeben.

Tägliche Leistung 5 bis 6 Wispel. Gute Verkehrsverbindungen, Eisenbahn 10 und 15 Kilometer. [1724]

J. N. Wrzesinski
in Adelnau, Dampfziegelei- u. Mühlenbesitzer.

Fleischerei in Gastwirtschaft auf dem Lande, im Bresl. Kreise, an der Chaussee gelegen, ist bald günstig zu verkaufen. Hypotheken fest. Zu erfragen bei [2356]

Adolf Sachs,
Breslau, Bismarckstr. 26.

In einer Residenzstadt, direct am Bahnhof, ist ein Hotel m. Restaurant unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. [403]

Offertern unter B. M. 20 an Adolf Mossé, Berlin SW. [404]

In einer Residenzstadt ist ein Restaurant, stolles Geschäft, zu verpachten und 1. April zu übernehmen. Off. unter S. L. 21 an Adolf Mossé, Berlin SW. [404]

Erika
hochfein. Parfüm à 1,50 M.
E. Stoermers Nachf., Ohlauerstr. 24.

Frische fette starke

Puten, Enten,
Perlhühner,

Capaunen, Pouarden,
Hamb. Hühner,

Fasanen,
Hasel-, Schnee- und
Birkhähne,

Schmecken, Grossvögel,
Renntiere Rücken und
Keulen,

Westphäl. und Prager

Delicatess-Schinken,

frischen französischen

Blattsalat,

Rosenkohl, Endivien,
Radis, engl. Sellerie,

Artischocken

empfehlen [1765]

Schindler & Gude,
9, Schweidnitzerstrasse 9.

Frischen

Zander,
Schellfische,

Hecht,
Bratzander,

Cabeljau,
Steinbutten,

Lachs,
Seezungen,

Lebende
Hummer,
Karpfen,

jetzt billig,
Welse

von 6 bis 10 Pfund das Stück,

Aale,
Schleien

empfiehlt [2365]

E. Huhndorf,

Schmiedebrücke 21.

Filiale: N. Schweidnitzerstr. 12.

Ural-Caviar

à Pfund 4,50 Mark. [2116]

Beste conserv. Matjes- Heringe,
Kieler- Sprotten, Lachsheringe,
schöne Rücklinge, d. Stück v. 5 Pfz. an.

Große Kieler Rücklinge, Salz-

heringe, die Mandel 0,50—1,20 M.

C. Boguslawski,

Gartenstr. 19 (Liebigs Etablissement).

Gener- und diebstichere
Geldschränke,

große Auswahl, empf. äußerst billig

A. Gerth, Rosenthalerstr. 16.

Violoncello, fl. Imit. Stradivari,
vorzügl. Soloinstr., zu verkaufen.

Gepl. Offertern sub H. 199 an die

Expedition der Bresl. Btg. erbeten.

30 Str. sehr schönen, seidefreien
Rothlee gibt ab jedes Quantum,

pr. Cr. 41 M. Poralia, Streichen.

Brechscheiben!

für Eisbäder und Eisdränkt liefert
billigst J. Guttmann,

Reuthestraße 2.

Ein Eisen gebraucht. Spiritus-

Reservoir von 6—10.000 Lit., in

gut. Zustand, zu kaufen gesucht.

Offertern an die Exped. der Bresl.

Zeitung sub H. F. 101. [1725]

Frische Schellfische,
Pfund 30 Pf.
Fluss-Zand . . Pfund 55 Pf.
Fluss-Hecht . . " 55 "
Schleie . . " 60 "
frisches, garantirt reines
Gänsefleisch, Pfund 1 Mk.
empfiehlt [2350]

Traugott Geppert,
Kaiser Wilhelmstr. 13.

Kiefernholz

I. Klasse, starkseitig, trocken,
feinährig, Ia. Qualität, à Meter
6 Mark 50 Pf., I. Klasse
IIa. Qualität à Meter 6 Pf.,
II. Klasse, schwachseitig, à Meter 5 Pf. [626]

A. Pototsky,
Steinkohlen- u. Brennholz-
Handlung, Oderthorhafen, Platz 9.

Stellen-Angebieten
und Gesuche.

Insertionspreis die Seite 15 Pf.

Unterrichtsanzeige. Tücht. Er-
zieh., Kindergarten, Französi., Bonnen
find. vorz. Stell. durch Laura Jonas,
Lehr., Berlin, Oranienburgerstr. 32.

Eine Erzieherin zu 2 Mädchen,
pädagogisch und musikalisch ge-
bildet, wird per 1. März d. J. auf-
genommen. Israelitinnen werden
bevorzugt. Um Beschluss der Photo-
graphie wird ersucht. [1665]

L. Königstein,
Przivoss bei M. Ostrau.

Mehrere ist., musikal. Erzieherinnen
nach Oesterreich gesucht durch Fr.
Fanni Markt, Elisabethstr. 7, I.

Eine junge Dame, die ca. 7 J.
in einem der lebhaftesten Mode-
waren-Detail-Geschäfte am Platz
als erste Verkäuferin thätig war
und gegenwärtig eine gleiche Stellung
inne hat, sucht per 1. April a. c.
anderweitig Engagement.

Prima-Referenzen stehen zur
Verfügung. [2375]

Gest. Offertern sub E. D. 4 an
die Exped. der Bresl. Btg.

1 Verkäuferin

fehrt tüchtig, sind. in einem größeren
Modewaren- u. Confectionsgeschäft
in Breslau p. März od. April b. hoch
Salat dauernd. Engag. Off. un-
d. K. F. 6 d. Exped. der Bresl. Btg.

Für unser Kohlen-Engros-Ges-
chäft suchen wir einen gewandten,
mit unserer Branche bekannten

Buchhalter,

welcher durchaus selbstständig zu
arbeiten versteht. Den Meldungen
bitten wir Angaben über Gehalts-
ansprüche und über die bisher inne-
habten Stellungen beizufügen.

Benthen OS. Gebr. Steinitz. [2303]

Ein Ein

gebildet. Mann

in den dreißiger Jahren (Kaufmann),
mit Buchführung vertraut und
schnörkchrift, auch cautious-
fähig, sucht bei bezeichneten Gehalts-
ansprüchen Familienverhältnisse hal-
ber Stellung in Breslau.

Offertern erb. sub D. J. 88 an die

Exped. der Bresl. Btg. [2303]

Vortheil. Unterkommen

findet ein mit der Colonialwaren-
branche vertr. Buchhalter p. 1. Apr.

Offertern unter M. M. 5 an die

Exped. der Bresl. Btg. [2369]

Einen Buchhalter,
eventl. eine Buchhalterin,

die auch in der Correspondenz firm,

sucht per 1. April c. zu engagieren

R. G. Leuchtag. [2314]

Ein tüchtiger Buchhalter,
firm in Buchführ. u. Corresp., welcher

auch D. Weinbranche prakt. kennt, s.

ges. a. g. Ref. p. 1. Apr. 90 Stell.

Gest. Off. erb. u. B. O. 8 Exp. Bresl. B.

Ein Comptoirist

mit guter Handchrift gesucht.

Gest. Offertern an die Exped. der

Bresl. Btg. unter K. S. 186.

Ein erfahrener [1688]

Destillateur (Christ)

wird von einem groß. Destillations-
geschäft per 1. April c. zu engagieren

gesucht.

Bewerbungen mit Zeugnisschriften

find. unter A. Z. 197 an die

Expedition der Bresl. Btg. zu richten.

Ein fleißiger, solidier
Handlungsbuchhalter

wird per 1. April für ein Colonialw-

gesäft engagiert. Um

Offertern unter S. B. postlagernd Walden-

burg i. Schl. wird ersucht. [2385]

Ein Commiss, welcher der poln.

Sprache mächtig, tüchtiger Ver-

äufler, Decorateur, auch Detailreis-

sein muss, wird für ein Modewaren-

und Confectionsgeschäft in der Pro-